

Bestätigungsvermerk

Wir haben den von der ATOSS Software AG, München, aufgestellten Konzernabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Gesamtergebnisrechnung, Anhang, Kapitalflussrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung - sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2011 bis zum 31. Dezember 2011 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

München, den 8. Februar 2012

Ernst & Young GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Müller
Wirtschaftsprüfer

Dr. Burger-Disselkamp
Wirtschaftsprüferin

Konzern-Bilanz zum 31.12.2011

Aktiva (EUR)	Anhang	31.12.2011	31.12.2010
Langfristige Vermögenswerte	11		
Sachanlagevermögen	6, 12, 28	2.948.852	2.812.173
Immaterielle Vermögenswerte	6, 13, 28	177.184	136.155
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	8, 9, 25, 28	553.450	399.816
Latente Steuern	14, 29	277.534	260.259
Langfristige Vermögenswerte, gesamt		3.957.020	3.608.403
Kurzfristige Vermögenswerte	8, 10		
Vorräte	10, 26	8.199	9.480
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	6, 8, 9, 25	2.611.623	3.063.813
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	8, 9, 25	9.180.200	0
Sonstige nicht finanziellen Vermögenswerte	27	518.104	401.975
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	8, 9, 24	15.117.296	20.691.419
Kurzfristige Vermögenswerte, gesamt		27.435.422	24.166.687
Aktiva, gesamt		31.392.442	27.775.090

Passiva (EUR)	Anhang	31.12.2011	31.12.2010
Eigenkapital	38		
Gezeichnetes Kapital	39	4.025.667	4.025.667
Kapitalrücklage	40	-387.528	-375.203
Eigene Anteile	19, 41	-322.909	-376.284
Eigenkapital aus nicht realisierten Gewinnen und Verlusten	38	205.237	0
Bilanzgewinn	67	17.585.809	14.296.435
Eigenkapital, gesamt		21.106.276	17.570.615
Langfristige Schulden	30		
Wandelschuldverschreibungen	6, 17, 35, 36	0	7.000
Pensionsrückstellungen	18, 0	1.716.969	1.744.723
Latente Steuern	14, 29	321.766	727.851
Langfristige Schulden, gesamt		2.038.735	2.479.574
Kurzfristige Schulden	15, 16, 30		
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	30	790.104	788.217
Sonstige Verbindlichkeiten	15, 30, 32	4.622.107	4.153.537
Umsatzabgrenzungsposten	15, 30, 33	1.702.752	1.709.514
Steuerrückstellungen	29, 30	1.038.468	974.633
Rückstellungen (sonstige)	6, 16, 30, 34	94.000	99.000
Kurzfristige Schulden, gesamt		8.247.431	7.724.901
Passiva, gesamt		31.392.442	27.775.090

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung für den Zeitraum vom 01.01.2011 bis 31.12.2011

EUR	Anhang	01.01.2011 - 31.12.2011	01.01.2010 - 31.12.2010
Umsatzerlöse	6, 20, 42	31.574.529	29.314.472
Umsatzkosten	43	-9.345.963	-9.352.871
Bruttoergebnis vom Umsatz		22.228.566	19.961.601
Vertriebskosten	44	-5.526.833	-4.753.527
Verwaltungskosten	45	-2.739.992	-2.544.283
Forschungs- und Entwicklungskosten	21, 46	-6.651.478	-5.962.616
Sonstige betriebliche Aufwendungen	49	-82.555	-18.531
Sonstige betriebliche Erträge	49	80.251	156.948
Betriebsergebnis		7.307.959	6.839.592
Finanzerträge	48	2.078.485	208.365
Finanzaufwendungen	22, 48	-975.644	-89.787
Ergebnis vor Steuern		8.410.800	6.958.170
Steuern vom Einkommen und Ertrag	29, 51	-2.735.485	-2.159.081
Jahresüberschuss		5.675.315	4.799.089
Ergebnis je Aktie (unverwässert)	52	1,43	1,21
Ergebnis je Aktie (verwässert)	52	1,43	1,21
Durchschnittliche Anzahl im Umlauf befindlicher Aktien (unverwässert)		3.975.486	3.964.423
Durchschnittliche Anzahl im Umlauf befindlicher Aktien (verwässert)		3.976.568	3.976.568

Konzern-Gesamtergebnisrechnung für den Zeitraum vom 01.01.2011 bis 31.12.2011

EUR	Anhang	01.01.2011 - 31.12.2011	01.01.2010 - 31.12.2010
Jahresüberschuss		5.675.315	4.799.089
Erfolgsneutrale Veränderungen aus dem Verkauf/Kauf von eigenen Anteilen	19, 38, 41	41.050	40.560
Erfolgsneutrale Gewinne/Verluste aus zur Veräußerung verfügbarer finanzieller Vermögenswerte	25	245.334	0
Ertragssteuereffekte	25	-40.097	0
Sonstiges Ergebnis der Periode nach Steuern		246.287	40.560
Gesamtergebnis nach Steuern		5.921.602	4.839.649

Konzern-Kapitalflussrechnung für den Zeitraum vom 01.01.2011 bis 31.12.2011

EUR	Anhang	01.01.2011 - 31.12.2011	01.01.2010 - 31.12.2010
Jahresüberschuss	52	5.675.315	4.799.089
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	28	486.217	450.169
Ergebnis aus dem Abgang von Anlagevermögen		8.956	511
Ergebnis aus dem Verkauf von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	48	-1.867.804	0
Sonstiges Ergebnis Finanzanlagen	48	662.682	-159.820
Veränderung der latenten Steuern	29	-423.360	-35.933
Rückstellung Pensionszusage	0	-27.754	-137.552
Anpassung zahlungsunwirksamer Posten	53	-49.586	0
Veränderung des Nettoumlaufvermögens			
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	25	452.190	1.218.079
Vorräte und sonstige Vermögenswerte (kurzfristig)	26, 27	-114.850	121.141
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	30	1.887	102.671
Sonstige Verbindlichkeiten (kurzfristig) und Wandelschuldverschreibungen	30, 32	461.570	-132.333
Umsatzabgrenzungsposten	30, 33	-6.763	-1.494.550
Steuerrückstellungen	30	63.835	874.504
Rückstellungen (sonstige)	30, 34	-5.000	28.900
Aus betrieblicher Tätigkeit erwirtschaftete Zahlungsmittel (1)	53	5.317.535	5.634.876
Cash Flow aus Investitionstätigkeit			
Auszahlungen für den Erwerb von Sachanlagevermögen und immateriellen Vermögenswerten	28	-672.424	-2.491.113
Auszahlungen für den Erwerb von sonstigen finanziellen Vermögenswerten	54	-23.648.802	0
Einzahlungen aus dem Abgang von sonstigen finanziellen Vermögenswerten	54	15.577.892	0
Auszahlungen für Zinsen	54	-1.297	-681
Einzahlungen aus Zinsen	54	197.864	160.501
Aus Investitionstätigkeit erwirtschaftete Zahlungsmittel (2)	54	-8.546.767	-2.331.293
Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit			
Gezahlte Dividende	38	-2.385.941	-1.980.784
Einzahlungen aus dem Verkauf eigener Anteile	19, 0	41.050	40.560
Aus Finanzierungstätigkeit erwirtschaftete Zahlungsmittel (3)	55	-2.344.891	-1.940.224
Veränderung des Finanzmittelfonds - Summe (1) bis (3)		-5.574.123	1.363.359
Finanzmittelfonds zu Beginn des Jahres	24	20.691.419	19.328.060
Finanzmittelfonds am Ende des Jahres	24	15.117.296	20.691.419
gezahlte Ertragsteuern		2.192.158	1.350.682
erhaltene Steuererstattungen		2.089	130.698

Veränderung des Konzern-Eigenkapitals zum 31.12.2011

EUR	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Eigene Anteile	Eigenkapital aus nicht realisierten Gewinne/Verlusten	Bilanzgewinn	Summe
Anhang	39	40	19, 41	53	67	
01.01.2010	4.025.667	- 301.013	-491.034	0	11.478.130	14.711.750
Jahresüberschuss 2010	0	0	0	0	4.799.089	4.799.089
Dividende	0	0	0	0	-1.980.784	-1.980.784
Kauf/Verkauf eigene Anteile						
Kauf eigener Anteile	0	0	0	0	0	0
Verkauf eigener Anteile	0	-74.190	114.750	0	0	40.560
Sonstiges Ergebnis	0	-74.190	114.750	0	0	40.560
Stand 31.12.2010/01.01.2011	4.025.667	-375.203	-376.284	0	14.296.435	17.570.615
Jahresüberschuss 2011	0	0	0	0	5.675.315	5.675.315
Dividende	0	0	0	0	-2.385.941	-2.385.941
Sonstiges Ergebnis	0	0	0	205.237	0	205.237
Kauf/Verkauf eigener Anteile						
Kauf eigener Anteile	0	0	0	0	0	0
Verkauf eigener Anteile	0	-12.325	53.375	0	0	41.050
Sonstiges Ergebnis	0	-12.325	53.375	205.237	0	246.287
Stand 31.12.2011	4.025.667	-387.528	-322.909	205.237	17.585.809	21.106.276

Eine Aktie entspricht einem rechnerischen Anteil am gezeichneten Kapital von 1 Euro.

Konzern-Anhang für 2011

I. Informationen zum Unternehmen

Die ATOSS Software AG, im folgenden auch „ATOSS“ oder „Gesellschaft“ genannt, ist eine Aktiengesellschaft, die in München, Deutschland gegründet wurde und in ihrer Haftung beschränkt ist. Die Gesellschaft mit Hauptsitz Am Moosfeld 3 in München entwickelt und vertreibt als einer der führenden Anbieter Softwarelizenzen, Softwarepflege, Hardware und Beratungsleistungen zur elektronischen Unterstützung aller Unternehmensprozesse zum effizienten Personaleinsatz in Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen. Die Produktlinien von ATOSS bestehen jeweils aus integrierten Softwaremodulen, die bei einer Vielzahl von Kunden zum Einsatz gebracht werden.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

1. Bilanzierung nach International Financial Reporting Standards (IFRS)

Der vorliegende Konzernabschluss wurde wie im Vorjahr für das Mutterunternehmen sowie die Tochterunternehmen nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) des International Accounting Standard Board (IASB), wie sie in der EU anzuwenden sind, sowie ergänzend nach den anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften nach § 315a Abs. 1 HGB aufgestellt.

Unter Inanspruchnahme von § 315a HGB wird auf einen Konzernabschluss nach HGB verzichtet.

Die im Vorjahr angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden beibehalten.

Der Konzern wendet die folgenden bereits in Kraft getretenen neuen bzw. geänderten Standards im Geschäftsjahr 2011 erstmalig neu an.

Standard bzw. Interpretation	Bezeichnung	für Geschäftsjahre ab dem
IFRS 1/ IFRS 7	Übernahme von Änderungen an IFRS 1 und IFRS 7: Begrenzte Befreiung erstmaliger Anwender von Vergleichsangaben nach IFRS 7 und IFRS 7 Angaben Finanzinstrumente	01.07.2010
IFRIC 19/IFRS 1	Übernahme von IFRIC 19: Tilgung finanzieller Verbindlichkeiten durch Eigenkapitalinstrumente, und Änderungen an IFRS 1: erstmalige Anwendung	01.07.2010
IAS 24/IFRS 8	Übernahme des überarbeiteten IAS 24: Angaben über Beziehungen zu nahestehenden Personen und von Änderungen an IFRS 8: Geschäftssegmente	01.01.2011
IFRIC 14	Übernahme von Änderungen an IFRIC 14: Vorauszahlungen im Rahmen von Mindestdotierungsverpflichtungen	01.01.2011
IAS 32	Übernahme von Änderungen an IAS 32: Darstellung Finanzinstrumente	01.02.2010

Die wesentlichen Auswirkungen dieser Änderungen stellen sich wie folgt dar:

Die Änderung an IFRS 1 ermöglicht Unternehmen, die erstmalig IFRS anwenden, die Befreiung von Vergleichsangaben für die Bewertung zum beizulegenden Zeitwert und für das Liquiditätsrisiko in Anspruch zu nehmen. Diese Befreiung sieht IFRS in Fällen vor, in denen die Vergleichsperioden vor dem 31. Dezember 2009 enden. Die Änderung hat keine Auswirkungen auf die Konzernrechnungslegung.

IFRIC 19 liefert Leitlinien für die Bilanzierung von Eigenkapitalinstrumenten, die ein Schuldner nach Neuaushandlung der Konditionen einer finanziellen Verbindlichkeit zu deren vollständigen oder teilweisen Tilgung ausgibt. Die Interpretation stellt klar, dass

- die zur Tilgung einer finanziellen Verbindlichkeit an einen Gläubiger ausgegebenen Eigenkapitalinstrumente Bestandteil des "gezählten Entgelts" im Sinne von IAS 39.41 sind;
- die entsprechenden Eigenkapitalinstrumente grundsätzlich zum beizulegenden Zeitwert (fair value) zu bewerten sind. Sofern dieser nicht verlässlich ermittelbar ist, müssen die Eigenkapitalinstrumente mit dem beizulegenden Zeitwert der getilgten Verbindlichkeit bewertet werden;
- die Differenz zwischen dem Buchwert der auszubuchenden finanziellen Verbindlichkeit und dem erstmaligen Wertansatz der ausgegebenen Eigenkapitalinstrumente in der Gewinn- und Verlustrechnung zu erfassen ist.

IFRIC 19 und die Folgeänderungen an IFRS 1 werden somit in den Kreis der IFRS-Regelungen aufgenommen, die von Unternehmen, welche einen IFRS-Konzernabschluss nach den Regelungen des § 315 a HGB aufstellen, zwingend zu befolgen sind. Derartige Transaktionen wurden durch den Konzern nicht getätigt. Die Beschlussfassung hat daher keine Auswirkungen auf den Konzern.

Die überarbeitete Fassung des IAS 24 soll die Definition von nahe stehenden Unternehmen und Personen verdeutlichen und Unternehmen, die öffentlichen Stellen nahe stehen, von bestimmten Angaben zu Geschäftsvorfällen mit nahe stehenden Unternehmen und Personen befreien. Die Änderungen an IFRS 8 betreffen Folgeänderungen aus der Übernahme des IAS 24 bezogen auf die Angabepflicht bei wesentlichen staatlichen Kunden. Aus der überarbeiteten Fassung des IAS 24/IFRS 8 ergeben sich keine Auswirkungen auf den Konzern.

Durch die Änderungen von IFRIC 14 soll die unbeabsichtigte Folge von IFRIC 14 beseitigt werden, in denen ein Unternehmen, das einer Mindestdotierungsverpflichtung unterliegt, eine Beitragsvorauszahlung leistet und diese unter bestimmten Voraussetzungen als Aufwendung erfassen müsste. Die Interpretation gibt Hinweise, wie die Begrenzung nach IAS 19 „Employee Benefits“ für einen Überschuss festzulegen ist, der als Vermögenswert angesetzt werden kann. Zudem wird erklärt, welche Auswirkungen sich auf die Bewertung von Vermögenswerten und Rückstellungen aus leistungsorientierten Plänen auf Grund einer gesetzlichen oder vertraglichen Verpflichtung zu einer Einzahlung von Mindestbeträgen ergeben. Dadurch wird sichergestellt, dass Unternehmen einen Planvermögensüberschuss als Vermögenswert konsistent bilanzieren. Die Änderung von IFRIC 14 hat keine Auswirkungen auf die Bilanzierung des Konzerns.

Mit der an IAS 32 durchgeführten Änderung wird klargestellt, wie bestimmte Bezugsrechte zu bilanzieren sind, wenn die emittierten Instrumente nicht auf die funktionale Währung des Emittenten lauten. Werden solche Instrumente den gegenwärtigen Eigentümern anteilsgemäß zu einem festen Betrag angeboten, so sollten sie auch dann als Eigenkapitalinstrumente eingestuft werden, wenn ihr Bezugsrechtskurs auf eine andere Währung als die funktionale Währung des Emittenten lautet. Aus der Änderung sind keine Effekte auf den Konzern zu erwarten.

Der Konzern hat die folgenden Standards, Änderungen an Standards, IFRIC Interpretationen der IFRS, die bereits herausgegeben wurden, jedoch noch nicht in Kraft getreten sind, noch nicht vorzeitig angewendet. Die sich aus diesen Änderungen ergebenden wesentlichen Auswirkungen werden nachfolgend erläutert:

Standard bzw. Interpretation	Bezeichnung	für Geschäftsjahre ab dem
IFRS 9	Finanzinstrumente: Klassifizierung und Bewertung	01.01.2013
IFRS 10	Konzernabschlüsse	01.01.2013
IFRS 11	Gemeinsame Vereinbarungen	01.01.2013
IFRS 12	Angaben zu Beteiligungen an anderen Unternehmen	01.01.2013
IFRS 13	Bemessung des beizulegenden Zeitwertes	01.01.2013
IAS 27	Einzelabschluss	01.01.2013
IAS 28	Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen	01.01.2013
IAS 12	Latente Steuern: Realisierung zugrundeliegender Vermögenswerte	01.01.2012
IFRS 1	Schwerwiegende Hochinflation und Beseitigung fester Anwendungszeitpunkte	01.07.2011
IFRS 7	Angaben: Übertragung finanzieller Vermögenswerte	01.07.2011
IAS 1	Darstellung der Abschlüsse	01.07.2012
IAS 19	Leistungen an Arbeitnehmer	01.01.2013
IFRIC 20	Bilanzierung von Abraumbeseitigungskosten im Tagebergbau	01.01.2013

Der International Accounting Standards Board (IASB) hat am 12. November 2009 den neuen IFRS 9 zur Klassifizierung und Bewertung von Finanzinstrumenten herausgegeben. Die Veröffentlichung stellt den Abschluss des ersten Teils eines 3-phasigen Projekts zur Ersetzung von IAS 39 - Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung durch einen neuen Standard dar. Mit IFRS 9 werden neue Vorschriften für die Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten eingeführt. Die Vorschriften müssen ab dem 1. Januar 2013 angewendet werden.

IFRS 9 sieht für die Bewertung von Finanzinstrumenten lediglich zwei statt bisher vier Kategorien vor: at amortised cost (zu fortgeführten Anschaffungskosten zu bewerten) und at fair value (zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten). Die Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten ist als Ausnahme von der Bewertung zum fair value an strenge Voraussetzungen geknüpft. Mit den Neuregelungen zur Ermittlung von Impairments (Wertminderungen, insbesondere Kreditrisikovorsorge) vollzieht das IASB eine Abkehr vom Incurred Loss Model (Berücksichtigung eingetretener Verluste) hin zu einem Expected Loss Model (Berücksichtigung erwarteter Verluste). Die Anforderungen des Entwurfs zu den Impairment-Vorschriften gehen weit über die vorhandenen Systemfunktionalitäten hinaus, die Institute derzeit zur Impairment-Ermittlung für Bilanzierungszwecke nutzen. Nach den Planungen des IASB soll Fair Value-Hedging auch in Zukunft möglich sein - allerdings in einem dem bisherigen Cashflow-Hedging ähnlichen Bilanzierungsverfahren. Dieses ist für viele Kreditinstitute neu umzusetzen. Die Änderung hat eine Auswirkung auf die Kategorisierung und ggf. auf die Bewertung der finanziellen Vermögenswerte des Konzerns. Ebenso wird eine Veränderung der Anhangsangaben erwartet.

IFRS 10 schafft eine einheitliche Definition für den Begriff der Beherrschung. Mit der Neudefinition soll sichergestellt werden, dass zur Ermittlung eines Beherrschungsverhältnisses gleiche Kriterien für alle Unternehmen angewendet werden. Der neue Standard ersetzt die bisher relevanten IAS 27 - Consolidated and Separate Financial Statements und SIC-12 - Consolidation. Diese Definition wird durch umfassende Anwendungsleitlinien gestützt, die verschiedene Arten aufzeigen, wie ein berichtendes Unternehmen (Investor) ein anderes Unternehmen (Beteiligungsunternehmen) beherrschen kann. Das Kernprinzip, dass ein Konzernabschluss das Mutterunternehmen und seine Tochterunternehmen als ein einziges Unternehmen darstellt sowie die Konsolidierungsverfahren bleiben unverändert. IFRS 10 betrifft daher alle IFRS-bilanzierenden Unternehmen, die gemäß der Definition ein oder mehrere Beteiligungsunternehmen beherrschen. Der Konzern erwartet, dass sich aus der Neufassung von IFRS 10 keine Änderungen auf die Bilanzierung des Unternehmens ergeben.

IFRS 11 regelt die Bilanzierung von Sachverhalten, in denen ein Unternehmen gemeinschaftliche Führung (joint control) über ein Gemeinschaftsunternehmen (joint venture) oder eine gemeinschaftliche Tätigkeit (joint operation) ausübt. Der neue Standard ersetzt IAS 31 Interests in Joint Ventures und SIC-13 Jointly Controlled Entities. Der Konzern erwartet aus der Neufassung von IFRS 11 keine Änderungen auf die Konzernrechnungslegung

IFRS 12 regelt die Anhangsangaben zu Unternehmensverbindungen im Konzernabschluss und Joint Arrangements. Der Konzern geht davon aus, dass durch die Neufassung von IFRS 12 keine neuen Anhangsangabenpflichten entstehen.

IFRS 13 befaßt sich mit der Zeitwertermittlung sowie mit zugehörigen Anhangsangaben und verfolgt das Ziel einer weiteren Annäherung der IFRS und der US-amerikanischen Rechnungslegungsgrundsätze (US GAAP). IFRS 13 bietet Hilfestellungen für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes (fair value), soweit dieser als Wertmaßstab nach anderen IFRSs vorgeschrieben ist. Einer Ausdehnung der Fair Value-Bewertung sieht IFRS 13 nicht vor. Zielsetzung ist die standardübergreifende Vereinheitlichung des Fair Value-Begriffs und der bei der Fair Value-Ermittlung anzuwendenden Methoden sowie insbesondere auch der mit der Fair Value-Bewertung verbundenen Anhangsangaben. Der Konzern erwartet hieraus keine Veränderungen.

IFRS 10, Konzernabschlüsse, ist das Ergebnis des Konsolidierungsprojektes des IASB und ersetzt die Konsolidierungsleitlinien im bisherigen IAS 27, Konzern- und Einzelabschlüsse, und SIC-12, Konsolidierung – Zweckgesellschaften. Auf Einzelabschlüsse anzuwendende Vorschriften verbleiben unverändert in IAS 27, der in „Einzelabschlüsse“ umbenannt wird. Der Konzern erwartet aus der Neufassung von IFRS 10 keine Veränderung der Rechnungslegung.

Der IAS 28 wurde im Jahr 2011 im Zusammenhang mit dem IASB Projekt zu gemeinschaftlichen Vereinbarungen überarbeitet. Die meisten dieser Änderungen ergeben sich aus der Einbeziehung von Joint Ventures in IAS 28 (2011). Eine grundlegende Änderung ist für die Bilanzierung der Anteile an Gemeinschaftsunternehmen festzustellen. Die überarbeitete Fassung von IAS 28 schreibt nun verpflichtend die Anwendung der Equity-Methode für die bilanzielle Abbildung von Gemeinschaftsunternehmen vor. Ein quotaler Einbezug des Gemeinschaftsunternehmens und assoziierten Unternehmen wird unter dem reformierten IAS 28 somit nach einer einheitlichen Bilanzierungsmethode dargestellt. Die Überarbeitung von IAS 28 hat keine Auswirkungen auf die Rechnungslegung des Konzerns.

Nach IAS 12 ist die Bewertung latenter Steuern davon abhängig, ob der Buchwert eines Vermögenswertes durch die Nutzung oder durch Veräußerung realisiert wird. Die Abgrenzung erweist sich fallweise als schwierig und unterliegt oft subjektiven Einflüssen, insbesondere wenn der Vermögenswert nach dem Fair Value-Modell des IAS 40 als Finanzinvestition gehaltene Immobilie bewertet wird. Die Änderung bietet durch die Einführung einer widerlegbaren Vermutung, dass die Realisierung des Buchwerts im Normalfall durch Veräußerung erfolgt, eine praktische Lösung für dieses Problem. Als Konsequenz der Änderung gilt SIC 21, Ertragssteuern – Realisierung von neubewerteten, nicht planmäßig abzuschreibenden Vermögenswerten, nicht mehr für zum Fair Value bewertete als Finanzinvestition gehaltene Immobilien. Die übrigen Interpretationen in SIC-21 wurden in IAS 12 integriert und der SIC 21 aufgehoben. Durch die Änderung von IAS 12 ergeben sich keine Auswirkungen auf den Konzern.

IFRS 1 wurde um ein weiteres Befreiungswahlrecht erweitert. Durch die Änderung wurde eine zusätzliche Befreiungsregelung für Unternehmen begründet, die einer schwerwiegenden Hochinflation ausgesetzt waren und danach die Darstellung IFRS-konformer Abschlüsse wieder aufnehmen bzw. diese erstmalig nach IFRS aufstellen. Durch die Befreiungsregelung kann ein Unternehmen bestimmte Vermögenswerte und Verbindlichkeiten zum beizulegenden Zeitwert und diese Bewertung in der IFRS-Eröffnungsbilanz als Ersatz für die Anschaffungs- oder Herstellungskosten verwenden. Das Befreiungswahlrecht in IFRS 1 hat keine Relevanz für den Konzern.

Mit den Änderungen an IFRS 7 soll es den Abschlussadressaten erleichtert werden, die mit der Übertragung finanzieller Vermögenswerte verbundenen Risiken sowie die Auswirkungen dieser Risiken auf die Finanzlage eines Unternehmens zu bewerten. Sie sollen insbesondere bei Übertragungen, die mit einer Verbriefung finanzieller Vermögenswerte einhergehen, die Transparenz der Berichterstattung erhöhen. Der Konzern erwartet aus der Änderung von IFRS 7 keine zusätzlichen Angabepflichten.

Durch die Änderung des IAS 1 Darstellung von Posten im „Other Comprehensive Income (OCI)“ wird künftig die IFRS-Erfolgsrechnung nur formal noch aus einem einzigen Abschlussbestandteil bestehen: Dem „Statement of Profit or Loss and Other Comprehensive Income“. Gleichwohl muss diese formal zusammengefasste Erfolgsrechnung künftig verpflichtend in zwei Sektionen unterteilt werden: Eine mit dem Gewinn oder Verlust (profit or loss) und eine mit dem sonstigen Ergebnis (other comprehensive income). Nach dem derzeitigen IAS 1 kann die Gewinn- und Verlustrechnung formal ein gesonderter Bestandteil des Abschlusses sein, der der Gesamtergebnisrechnung vorangestellt werden muss. Geändert wird auch, dass die Erfolgsgröße „sonstiges Ergebnis“ (OCI) künftig danach aufzuspalten ist, ob die darin erfassten Aufwendungen und Erträge zu einem späteren Zeitpunkt in die Gewinn- und Verlustrechnung „recycelt“ werden. Fortbestehen bleibt das Wahlrecht, die Posten des OCI vor oder nach Steuern darzustellen; bei einer Vorsteuer-Darstellung müssen die Steuern jedoch danach getrennt werden, ob sie sich auf Posten beziehen, die recycelt werden können, oder auf nicht zu recycelnde Posten. Insgesamt führen die Änderungen zu einer transparenteren und vergleichbareren Darstellung des sonstigen Ergebnisses (OCI). Der Konzern erwartet durch die Änderung von IAS 1 Änderungen in der Darstellung der Gesamtergebnisrechnung.

Die bedeutendste Änderung des IAS 19 besteht darin, dass künftig unerwartete Schwankungen der Pensionsverpflichtungen sowie etwaiger Planvermögensbestände, sogenannte versicherungsmathematische Gewinne und Verluste, unmittelbar im sonstigen Ergebnis (other comprehensive income, OCI) erfasst werden müssen. Das bisherige Wahlrecht zwischen sofortiger Erfassung im Gewinn oder Verlust, im sonstigen Ergebnis (OCI) oder der zeitverzögerten Erfassung nach der sog. Korridormethode wird abgeschafft. Eine zweite Änderung der Rechnungslegung nach IAS 19 besteht darin, dass künftig das Management die Verzinsung des Planvermögens nicht mehr entsprechend der Verzinsungserwartung nach Maßgabe der Asset Allocation schätzen soll, sondern ein Ertrag aufgrund der erwarteten Verzinsung des Planvermögens lediglich in Höhe des Diskontierungszinssatzes erfasst werden darf. Der geänderte IAS 19 fordert umfangreichere Anhangsangaben. Unternehmen müssen künftig erstmals über die Finanzierungsstrategie ihrer Pensionspläne Angaben machen und die Finanzierungsrisiken ihrer Pläne nicht nur beschreiben, sondern auch quantifizieren. Unter anderem wird dazu künftig eine Sensibilitätsanalyse gefordert, die zeigt, in welchem Umfang Pensionsverpflichtungen bei Änderungen wesentlicher Bewertungsannahmen schwanken. Auch muss künftig die durchschnittliche Restlaufzeit der Pensionsverpflichtungen angegeben werden. Aus der Änderung von IAS 19 erwartet der Konzern eine Änderung in der Bewertung der Pensionsverpflichtung sowie veränderte und zusätzliche Anhangsangaben.

Die Interpretation IFRIC 20 beschäftigt sich mit der Bilanzierung von Kosten für Abraumbeseitigung, die in der Erschließungsphase einer Tagebergbaumine anfallen. Durch die Interpretation wird klargestellt, unter welchen Voraussetzungen Abraumbeseitigungskosten als ein Vermögenswert anzusetzen sind, und wie die Erst- und Folgebewertung des Vermögenswertes zu erfolgen hat. Die Änderung von IFRIC 20 hat für den Konzern keine Relevanz.

Das IASB hat das jährliche Änderungsverfahren 2007 eingeführt, um notwendige, aber nicht dringende Änderungen an Standards einheitlich jährlich vornehmen zu können. Diese „Verbesserungen der IFRS“ wurden im Mai 2008, April 2009, Mai 2010 und Juni 2011 veröffentlicht. Die in 2010 veröffentlichten Verbesserungen der IFRS, die für Geschäftsjahre ab dem 01.01.2011 anzuwenden sind, wurden durch den Konzern im Geschäftsjahr 2011 angewendet.

Die in 2011 veröffentlichten Verbesserungen der IFRS, die für Geschäftsjahre ab dem 01.01.2012 angewendet werden müssen, wurden durch den Konzern nicht angewendet. Bei den Verbesserungen 2011 handelt es sich um IFRS 1 – Erstmalige Anwendung der IFRS, IFRS 7 – Finanzinstrumente: Angaben, IAS 1 – Darstellung des Abschlusses, IAS 34 – Zwischenberichterstattung sowie IFRIC 13 – Kundenbindungsprogramme.

Da das jährliche Verbesserungsverfahren im Wesentlichen Inkonsistenzen beseitigt und missverständliche Formulierungen klarstellt, ergeben sich durch die Anwendung keine Effekte auf die Bilanzierung, Bewertung sowie Angaben im Abschluss.

2. Grundlagen der Erstellung des Abschlusses

Der vorliegende Konzernabschluss wurde zum 31.12.2011 für das Berichtsjahr vom 01.01.2011 bis zum 31.12.2011 erstellt. Das Wirtschaftsjahr entspricht für alle Konzerngesellschaften dem Kalenderjahr. Die Erstellung des Konzernabschlusses erfolgt grundsätzlich unter Anwendung des Anschaffungskostenprinzips. Hiervon ausgenommen sind kurzfristige und langfristige finanzielle Vermögenswerte, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden.

3. Berichtswährung

Der vorliegende Konzernabschluss wurde in Euro erstellt. Die Beträge werden auf ganze Euro gerundet dargestellt.

4. Konsolidierungskreis

In den Konzernabschluss der ATOSS Software AG, München, werden gemäß IAS 27.12 alle Tochterunternehmen im Wege der Vollkonsolidierung einbezogen. Tochterunternehmen werden ab dem Erwerbszeitpunkt, d.h. ab dem Zeitpunkt, an dem der Konzern die Beherrschung erlangt, voll konsolidiert. Die Konsolidierung endet, sobald die Beherrschung durch das Mutterunternehmen nicht mehr besteht. Die Abschlüsse der Tochterunternehmen werden unter Einhaltung einheitlicher Rechnungslegungsmethoden für das gleiche Berichtsjahr aufgestellt wie der Abschluss des Mutterunternehmens. Alle konzerninternen Salden, Erträge und Aufwendungen sowie unrealisierte Gewinne und Verluste und Dividenden aus konzerninternen Transaktionen werden in voller Höhe eliminiert.

Eine Veränderung der Beteiligungshöhe an einem Tochterunternehmen ohne Verlust der Beherrschung wird als Eigenkapitaltransaktion bilanziert.

Verliert das Mutterunternehmen die Beherrschung über ein Tochterunternehmen,

- bucht es die Vermögenswerte einschließlich Geschäfts- oder Firmenwert und die Schulden des Tochterunternehmens aus;
- bucht es den Buchwert aller Anteile ohne beherrschenden Einfluss an dem ehemaligen Tochterunternehmen aus;
- bucht es die im Eigenkapital erfassten kumulierten Umrechnungsdifferenzen aus;
- erfasst es den beizulegenden Zeitwert der erhaltenen Gegenleistung;
- erfasst es den beizulegenden Zeitwert der verbleibenden Beteiligung;
- erfasst es Ergebnisüberschüsse bzw. -fehlbeträge in der Gewinn- und Verlustrechnung;
- gliedert es die auf das Mutterunternehmen entfallenden Bestandteile des sonstigen Ergebnisses in die Gewinn- oder Verlustrechnung oder soweit vorgeschrieben in die Gewinnrücklagen um.

Die Jahresabschlüsse wurden entsprechend den nationalen Vorschriften erstellt und auf die Vorschriften nach IFRS übergeleitet.

Unternehmen	Anteil am gezeichneten Kapital	Eigenkapital 31.12.2011 in EUR	Jahresergebnis 2011 in EUR
ATOSS CSD Software GmbH, Cham, Deutschland	100%	280.561	180.859
ATOSS Software Gesellschaft m.b.H., Wien, Österreich	100%	559.183	522.846
ATOSS Software AG, Zürich, Schweiz	100%	317.018	218.998
ATOSS Software S.R.L., Timisoara, Rumänien	100%	204.499	38.374

5. Konsolidierungsgrundsätze

Der konsolidierte Jahresabschluss beinhaltet neben dem Mutterunternehmen ATOSS Software AG, München, sämtliche Tochtergesellschaften.

Tochterunternehmen werden ab dem Erwerbszeitpunkt, d. h. ab dem Zeitpunkt, an dem der Konzern die Beherrschung erlangt, vollkonsolidiert. Die Konsolidierung endet, sobald die Beherrschung durch das Mutterunternehmen nicht mehr besteht. Die Abschlüsse der Tochterunternehmen werden unter Anwendung einheitlicher Rechnungslegungsmethoden für die gleiche Berichtsperiode aufgestellt wie der Abschluss des Mutterunternehmens. Alle konzerninternen Salden, Geschäftsvorfälle, unrealisierte Gewinne und Verluste aus konzerninternen Transaktionen und Dividenden werden in voller Höhe eliminiert.

Die Kapitalkonsolidierung der vollkonsolidierten Unternehmen erfolgt nach der Erwerbsmethode. Dabei werden die Wertansätze der entrichteten Vermögenswerte und der übernommenen Schulden als Anschaffungswerte der Beteiligungen mit dem bei den Tochterunternehmen ausgewiesenen Eigenkapital gemäß IAS 27.22 ff. zum Erwerbszeitpunkt verrechnet. Die Kapitalkonsolidierung der in 2000 übernommenen Anteile der ATOSS CSD Software GmbH, Cham, erfolgt in Übereinstimmung mit IFRS 1 B1 unverändert nach der Interessenzusammenführungsmethode.

Unternehmenszusammenschlüsse werden nach IFRS 3 unter Anwendung der Erwerbsmethode bilanziert. Die Anschaffungskosten eines Unternehmenserwerbs bemessen sich als Summe der übertragenen Gegenleistung, bewertet mit dem beizulegenden Zeitwert zum Erwerbszeitpunkt und der Anteile ohne beherrschenden Einfluss am erworbenen Unternehmen. Bei jedem Unternehmenszusammenschluss bewertet der Erwerber die Anteile ohne beherrschenden Einfluss am erworbenen Unternehmen entweder zum beizulegenden Zeitwert oder zum entsprechenden Anteil des identifizierbaren Nettovermögens des erworbenen Unternehmens. Im Rahmen des Unternehmenszusammenschlusses angefallene Kosten werden als Aufwand erfasst.

Erwirbt der Konzern ein Unternehmen, beurteilt er die geeignete Klassifizierung und Designation der finanziellen Vermögenswerte und übernommenen Schulden in Übereinstimmung mit den Vertragsbedingungen, wirtschaftlichen Gegebenheiten und am Erwerbszeitpunkt vorherrschenden Bedingungen. Dies beinhaltet auch eine Trennung der in Basisverträgen eingebetteten Derivate.

Bei sukzessiven Unternehmenszusammenschlüssen wird der vom Erwerber zuvor an dem erworbenen Unternehmen gehaltene Eigenkapitalanteil zum beizulegenden Zeitwert am Erwerbszeitpunkt neu bestimmt und der daraus resultierende Gewinn oder Verlust erfolgswirksam erfasst.

Eine vereinbarte bedingte Gegenleistung wird zum Erwerbszeitpunkt zum beizulegenden Zeitwert erfasst. Nachträgliche Änderungen des beizulegenden Zeitwerts einer bedingten Gegenleistung, die einen Vermögenswert oder eine Schuld darstellt, werden in Übereinstimmung mit IAS 39 entweder in der Gewinn- und Verlustrechnung oder im sonstigen Ergebnis erfasst. Eine bedingte Gegenleistung, die als Eigenkapital eingestuft ist, wird nicht neu bewertet und ihre spätere Abgeltung wird im Eigenkapital erfasst.

Der Geschäfts- oder Firmenwert wird bei erstmaligem Ansatz zu Anschaffungskosten bewertet, die sich als Überschuss der übertragenen Gegenleistung über die erworbenen identifizierbaren Vermögenswerte und übernommenen Schulden des Konzerns bemessen. Liegt diese Gegenleistung unter dem beizulegenden Zeitwert des Reinvermögens des erworbenen Tochterunternehmens, wird der Unterschiedsbetrag in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Nach dem erstmaligen Ansatz wird der Geschäfts- oder Firmenwert zu Anschaffungskosten abzüglich kumulierter Wertminderungsaufwendungen bewertet. Zum Zweck des Wertminderungstests wird der im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses erworbene Geschäfts- oder Firmenwert ab dem Erwerbszeitpunkt den zahlungsmittelgenerierenden Einheiten des Konzerns zugeordnet, die vom Unternehmenszusammenschluss erwartungsgemäß profitieren werden. Dies gilt unabhängig davon, ob andere Vermögenswerte oder Schulden des erworbenen Unternehmens diesen zahlungsmittelgenerierenden Einheiten zugeordnet werden.

Wenn ein Geschäfts- oder Firmenwert einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit zugeordnet wurde und ein Geschäftsbereich dieser Einheit veräußert wird, wird der dem veräußerten Geschäftsbereich zuzurechnende Geschäfts- oder Firmenwert als Bestandteil des Buchwerts des Geschäftsbereichs bei der Ermittlung des Ergebnisses aus der Veräußerung dieses Geschäftsbereichs berücksichtigt. Der Wert des veräußerten Anteils des Geschäfts- oder Firmenwerts wird auf der Grundlage der relativen Werte des veräußerten Geschäftsbereichs und des verbleibenden Teils der zahlungsmittelgenerierenden Einheit ermittelt.

Die bestehende Gesellschaftsstruktur wurde im Geschäftsjahr 2011 nicht verändert.

6. Schätzungen, Annahmen und Ermessensentscheidungen bei der Erstellung des Konzernabschlusses

Die Aufstellung der Jahresabschlüsse in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRS) erfordert Schätzungen und Annahmen, welche die Beträge der Konzern-Bilanz, der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung und der Konzern-Anhangsangaben beeinflussen.

So werden Schätzungen bei der Ermittlung der Umsatzerlöse bei Fertigungsaufträgen vorgenommen. Deren Höhe richtet sich nach der voraussichtlichen Dauer der Implementierung und dem daraus resultierenden anteiligen Projektfortschritt. Die Umsätze aus zum Bilanzstichtag in Implementierung befindlichen Fertigungsaufträgen belaufen sich im Geschäftsjahr 2011 auf EUR 843.240 (Vorjahr: EUR 2.367.062).

Daneben wird bei Ausgabe von Wandelschuldverschreibungen die zukünftige Ausübung anhand der voraussichtlichen Mitarbeiterfluktuation geschätzt.

Die Ermittlung der Wertminderungen bei Forderungen unterliegt ebenfalls Schätzungen über Tatbestände, welche die Werthaltigkeit von Forderungen beeinflussen. Der Buchwert der Forderungen beträgt zum 31.12.2011 EUR 2.611.623 (Vorjahr: EUR 3.063.813).

Der Konzern ermittelt für zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte an jedem Berichtsstichtag, ob objektive Hinweise darauf schließen lassen, dass eine Wertminderung eines Vermögenswerts oder einer Gruppe von Vermögenswerten vorliegt. Bei als zur Veräußerung gehalten eingestuftem finanzieller Vermögenswerte würde ein signifikanter oder anhaltender Rückgang des beizulegenden Zeitwerts des Instruments unter seine Anschaffungskosten einen objektiven Hinweis darstellen. Die Entscheidung darüber, was „wesentlich“ oder „anhaltend“ bedeutet, ist eine Ermessensentscheidung. Im Rahmen dieser Ermessensentscheidung bewertet der Konzern neben anderen Faktoren die Kursschwankungen in der Vergangenheit sowie Dauer und Umfang, in dem der beizulegende Zeitwert einer Finanzinvestition unter seinen Anschaffungskosten liegt. Eine Wertminderung bei den sonstigen finanziellen Vermögenswerten liegt unter der Annahme vor, dass der Fair Value zum Bilanzstichtag bei Dividentitel 25 Prozent oder bei Gold 10 Prozent bzw. 6 Monate ununterbrochen unter den Anschaffungskosten datiert. Der Buchwert der sonstigen finanziellen Vermögenswerte beträgt zum 31.12.2011 EUR 9.733.650 (Vorjahr: EUR 399.816).

Ferner werden Schätzungen bei der Bildung und Bewertung von Rückstellungen hinsichtlich zukünftiger Risiken vorgenommen. Der Buchwert der Rückstellungen liegt zum 31.12.2011 bei EUR 94.000, während er zum 31.12.2010 bei EUR 99.000 lag.

Schließlich unterliegt auch die voraussichtliche Nutzungsdauer von Gegenständen des Anlagevermögens einer Schätzung. Der Buchwert des Anlagevermögens (Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte) beträgt zum 31.12.2011 EUR 3.126.036 (Vorjahr: EUR 2.948.328).

Die tatsächlichen Ergebnisse können von den Schätzungen abweichen.

7. Währungsumrechnung

Die funktionale Währung sämtlicher Konzerngesellschaften ist der Euro.

Fremdwährungstransaktionen werden von den Konzernunternehmen zunächst zu dem am Tag des Geschäftsvorfalles jeweils gültigen Kassakurses in die funktionale Währung umgerechnet.

Monetäre Vermögenswerte und Schulden in einer Fremdwährung werden unter Verwendung des jeweiligen Stichtagskurses in die funktionale Währung umgerechnet.

Nicht monetäre Posten, die zu historischen Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten in einer Fremdwährung bewertet werden, werden mit dem Kurs am Tag des Geschäftsvorfalles umgerechnet. Nicht-monetäre Posten, die mit ihrem beizulegenden Zeitwert in einer Fremdwährung bewertet werden, werden mit dem Kurs umgerechnet, der zum Zeitpunkt der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts gültig ist.

Entsprechende Fremdwährungsgewinne und -verluste werden in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

8. Finanzielle Vermögenswerte

Erstmalige Erfassung und Bewertung

Finanzielle Vermögenswerte im Sinne von IAS 39 werden entweder als finanzielle Vermögenswerte, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, als Kredite und Forderungen, als bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen, als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte oder als Derivate, die als Sicherungsinstrument designiert wurden und als solche effektiv sind, klassifiziert. Der Konzern legt die Klassifizierung seiner finanziellen Vermögenswerte mit dem erstmaligen Ansatz fest.

Finanzielle Vermögenswerte werden bei der erstmaligen Erfassung zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Im Falle von Finanzinvestitionen, die nicht als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet klassifiziert sind, werden darüber hinaus Transaktionskosten berücksichtigt, die direkt dem Erwerb der Vermögenswerte zuzurechnen sind.

Käufe oder Verkäufe finanzieller Vermögenswerte, die die Lieferung der Vermögenswerte innerhalb eines Zeitraums vorsehen, der durch Vorschriften oder Konventionen des jeweiligen Marktes festgelegt wird (marktübliche Käufe), werden am Handelstag erfasst, d. h. am Tag, an dem der Konzern die Verpflichtung zum Kauf oder Verkauf des Vermögenswerts eingegangen ist.

Die finanziellen Vermögenswerte des Konzerns umfassen Zahlungsmittel, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstige finanzielle Vermögenswerte.

Folgebewertung

Die Folgebewertung von finanziellen Vermögenswerten hängt folgendermaßen von deren Klassifizierung ab:

Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte

Die Gruppe der erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerte enthält die zu Handelszwecken gehaltenen finanziellen Vermögenswerte sowie finanzielle Vermögenswerte, die beim erstmaligen Ansatz als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet eingestuft werden. Finanzielle Vermögenswerte werden als zu Handelszwecken gehalten klassifiziert, wenn sie für Zwecke der Veräußerung oder des Rückkaufs in der nahen Zukunft erworben werden. Diese Kategorie umfasst vom Konzern abgeschlossene derivative Finanzinstrumente, die nicht als Sicherungsinstrumente in Sicherungsbeziehungen gemäß IAS 39 designiert sind. Derivative, einschließlich getrennt erfasster eingebetteter Derivate, werden ebenfalls zu Handelszwecken gehalten eingestuft, mit Ausnahme von Derivaten, die als Sicherungsinstrument designiert wurden und als solche effektiv sind. Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert erfasste finanzielle Vermögenswerte werden in der Bilanz zum beizulegenden Zeitwert erfasst, wobei Änderungen des beizulegenden Zeitwertes in der Gewinn- und Verlustrechnung in den Finanzerträgen bzw. Finanzaufwendungen erfasst werden.

Im Rahmen der Folgebewertung ist bei den erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert erfassten finanziellen Vermögenswerten (zu Handelszwecken gehalten) zu überprüfen, ob die Absicht, diese in naher Zukunft zu veräußern, noch angemessen ist.

Sofern der Konzern diese finanziellen Vermögenswerte aufgrund inaktiver Märkte nicht handeln kann und die Absicht des Managements, diese in absehbarer Zukunft zu veräußern, aufgegeben wird, kann der Konzern beschließen, diese finanziellen Vermögenswerte unter außergewöhnlichen Umständen umzugliedern. Die Umgliederung in Kredite und Forderungen, zur Veräußerung verfügbare oder bis zur Endfälligkeit zu haltend ist abhängig von der Art des Vermögenswerts. Diese Bewertung wirkt sich nicht auf die finanziellen Vermögenswerte aus, die in Ausübung der Fair-Value-Option als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet eingestuft wurden.

In Basisverträgen eingebettete Derivate werden separat bilanziert und zum beizulegenden Zeitwert erfasst, wenn ihre wirtschaftlichen Merkmale und Risiken nicht eng mit denen der Basisverträge verbunden sind und die Basisverträge nicht zu Handelszwecken gehaltenen oder nicht als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert designiert werden. Diese eingebetteten Derivate werden zum beizulegenden Zeitwert bewertet, wobei Änderungen des beizulegenden Zeitwertes erfolgswirksam erfasst werden. Eine Neubeurteilung erfolgt nur bei einer Änderung von Vertragsbedingungen, wenn es dadurch zu einer signifikanten Änderung der Zahlungsströme kommt, die sich sonst aus dem Vertrag ergeben hätten.

Der Konzern hat beim erstmaligen Ansatz keine finanziellen Vermögenswerte als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet eingestuft.

Kredite und Forderungen

Kredite und Forderungen sind nicht-derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbareren Zahlungen, die nicht in einem aktiven Markt notiert sind. Nach ihrer erstmaligen Erfassung werden solche finanziellen Vermögenswerte im Rahmen einer Folgebewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinsmethode und abzüglich etwaiger Wertminderungen bewertet. Fortgeführte Anschaffungskosten werden unter Berücksichtigung eines Agio oder Disagio bei Akquisitionen sowie Gebühr oder Kosten berechnet, die einen integralen Bestandteil des Effektivzinssatzes darstellen. Der Ertrag aus der Amortisation unter Anwendung der Effektivzinsmethode ist in der Gewinn- und Verlustrechnung als Teil der Finanzerträge enthalten. Die Verluste aus einer Wertminderung werden in der Gewinn- und Verlustrechnung unter Finanzaufwendungen erfasst.

Bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen

Nicht-derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder ermittelbaren Zahlungsbeträgen und festen Fälligkeitsterminen werden als bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen klassifiziert, wenn der Konzern die Absicht hat und in der Lage ist, diese bis zur Fälligkeit zu halten. Nach ihrer erstmaligen Erfassung werden bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinsmethode und abzüglich etwaiger Wertminderungen bewertet. Fortgeführte Anschaffungskosten werden unter Berücksichtigung eines Agio oder Disagio bei Akquisition sowie Gebühren oder Kosten berechnet, die einen integralen Bestandteil des Effektivzinssatzes darstellen. Der Ertrag aus der Amortisation unter Anwendung der Effektivzinsmethode ist in der Gewinn- und Verlustrechnung als Teil der Finanzerträge enthalten. Die Verluste aus einer Wertminderung werden in der Gewinn- und Verlustrechnung unter Finanzaufwendungen erfasst. Der Konzern hatte während des Geschäftsjahres 2011 keine bis zur Endfälligkeit zu haltenden Finanzinvestitionen.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Available-For-Sale) enthalten Schuld- und Eigenkapitaltitel. Bei den als zur Veräußerung gehalten eingestuften Eigenkapitalinstrumenten handelt es sich um diejenigen, die weder als zu Handelszwecken gehalten noch erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet eingestuft sind. Bei den Schuldtiteln in dieser Kategorie handelt es sich um diejenigen, die für einen unbestimmten Zeitraum gehalten werden sollen und die als Reaktion auf Liquiditätsbedarf oder Änderungen der Marktbedingungen verkauft werden können.

Nach der erstmaligen Bewertung werden zur Veräußerung gehaltene finanzielle Vermögenswerte in den folgenden Perioden zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Nicht realisierte Gewinne oder Verluste werden als sonstiges Ergebnis in der Rücklage für zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte erfasst. Wenn ein solcher Vermögenswert ausgebucht wird, wird der kumulierte Gewinn oder Verlust im Finanzergebnis ausgewiesen. Wenn ein Vermögenswert wertgemindert ist, wird der kumulierte Verlust erfolgswirksam in den Finanzaufwendungen erfasst und aus der Rücklage für zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte entfernt.

Durch den Konzern ist zu beurteilen, ob bei zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten die Möglichkeit und Absicht besteht, diese in naher Zukunft zu veräußern, noch angemessen ist. Sofern der Konzern diese finanziellen Vermögenswerte aufgrund inaktiver Märkte nicht handeln kann und die Absicht des Managements, diese in absehbarer Zukunft zu verkaufen, sich wesentlich ändert, kann der Konzern beschließen, diese finanziellen Vermögenswerte unter außergewöhnlichen Umständen umzugliedern. Die Umgliederung in die Kategorie Kredite und Forderungen ist dann gestattet, wenn der finanzielle Vermögenswert die Definition von Krediten und Forderungen erfüllt und der Konzern die Absicht hat und in der Lage ist, diesen Vermögenswert auf absehbare Zeit oder bis zu seiner Fälligkeit zu halten. Die Umgliederung in die Kategorie bis zur Endfälligkeit zu haltende Vermögenswerte ist nur dann gestattet, wenn das Unternehmen in der Lage ist und die Absicht hat, den finanziellen Vermögenswert entsprechend zu halten.

Bei einem finanziellen Vermögenswert, der aus der Kategorie zur Veräußerung verfügbar umgegliedert wurde, sind alle mit diesem Vermögenswert verbundenen früheren Gewinne oder Verluste, die erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst wurden, über die Restlaufzeit der Finanzinvestition unter Anwendung der Effektivzinsmethode erfolgswirksam aufzulösen. Die Differenzen zwischen den neuen fortgeführten Anschaffungskosten und den erwarteten Zahlungsströmen sind mittels der Effektivzinsmethode über die Restlaufzeit des Vermögenswerts aufzulösen. Wird nachträglich eine Wertminderung des Vermögenswerts festgestellt, ist der direkt im Eigenkapital erfasste Betrag in die Gewinn- und Verlustrechnung umzugliedern.

Finanzinvestitionen in Gold und Dividententitel wurden durch den Konzern als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifiziert.

Ausbuchung

Ein finanzieller Vermögenswert bzw. ein Teil eines finanziellen Vermögenswerts oder ein Teil einer Gruppe ähnlicher finanzieller Vermögenswerte wird ausgebucht, wenn eine der folgenden Voraussetzungen erfüllt ist:

- Die vertraglichen Rechte auf den Bezug von Cash Flows aus einem finanziellen Vermögenswert sind erloschen.
- Der Konzern hat seine vertraglichen Rechte auf den Bezug von Cash Flows aus dem finanziellen Vermögenswert an Dritte übertragen oder eine vertragliche Verpflichtung zur sofortigen Zahlung des Cash Flows an eine dritte Partei im Rahmen einer Vereinbarung, die die Bedingungen in IAS 39.19 erfüllt (sog. Durchleitungsvereinbarung), übernommen und dabei entweder a) im Wesentlichen alle Chancen und Risiken, die mit dem Eigentum am finanziellen Vermögenswert verbunden sind, übertragen oder b) zwar im Wesentlichen alle Chancen und Risiken, die mit dem Eigentum am finanziellen Vermögenswert verbunden sind, weder übertragen noch zurückbehalten, jedoch die Verfügungsmacht an dem Vermögenswert übertragen.

Wenn der Konzern seine vertraglichen Rechte auf Cash Flows aus einem Vermögenswert überträgt oder eine Durchleitungsvereinbarung eingeht und dabei im Wesentlichen alle Chancen und Risiken, die mit dem Eigentum an diesem Vermögenswert verbunden sind, weder überträgt noch zurückbehält, jedoch die Verfügungsmacht an dem übertragenen Vermögenswert behält, erfasst der Konzern einen Vermögenswert im Umfang seines anhaltenden Engagements.

In diesem Fall erfasst der Konzern auch eine damit verbundene Verbindlichkeit. Der übertragene Vermögenswert und die damit verbundene Verbindlichkeit werden so bewertet, dass den Rechten und Verpflichtungen, die der Konzern behalten hat, Rechnung getragen wird.

Wenn das anhaltende Engagement der Form nach den übertragenen Vermögenswert garantiert, so entspricht der Umfang des anhaltenden Engagements dem niedrigeren Betrag aus dem ursprünglichen Buchwert des Vermögenswerts und dem Höchstbetrag der erhaltenen Gegenleistung, den der Konzern eventuell zurückzahlen müsste.

9. Wertminderung von finanziellen Vermögenswerten

Der Konzern ermittelt an jedem Berichtstag, ob objektive Hinweise bestehen, dass eine Wertminderung eines finanziellen Vermögenswerts oder einer Gruppe von finanziellen Vermögenswerten vorliegt. Ein finanzieller Vermögenswert oder eine Gruppe von finanziellen Vermögenswerten gilt nur dann als wertgemindert, wenn infolge eines oder mehrerer Ereignisse, die nach dem erstmaligen Ansatz des Vermögenswerts eintreten (ein eingetretener „Schadensfall“), objektive Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen und dieser Schadensfall eine Auswirkung auf die erwarteten künftigen Cash Flows des finanziellen Vermögenswerts oder der Gruppe der finanziellen Vermögenswerte hat, die sich verlässlich schätzen lässt. Hinweise auf eine Wertminderung können dann gegeben sein, wenn Anzeichen dafür vorliegen, dass der Schuldner oder eine Gruppe von Schuldnern erhebliche finanzielle Schwierigkeiten hat, bei Ausfall oder Verzug von Zins- oder Tilgungszahlungen, der Wahrscheinlichkeit einer Insolvenz oder eines sonstigen Sanierungsverfahrens und wenn beobachtbare Daten auf eine messbare Verringerung der erwarteten künftigen Cash Flows hinweisen, wie Änderungen bei Rückständen oder wirtschaftlichen Bedingungen, die mit Ausfällen korrelieren.

Finanzielle Vermögenswerte, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert werden

In Bezug auf zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte wird zunächst festgestellt, ob ein objektiver Hinweis auf Wertminderung bei finanziellen Vermögenswerten, die für sich gesehen bedeutsam sind, individuell und bei finanziellen Vermögenswerten, die für sich gesehen nicht bedeutsam sind, individuell oder gemeinsam besteht. Stellt der Konzern fest, dass für einen einzelnen unteruchten finanziellen Vermögenswert, sei er bedeutsam oder nicht, kein objektiver Hinweis auf Wertminderung besteht, nimmt er den Vermögenswert in eine Gruppe finanzieller Vermögenswerte mit vergleichbaren Ausfallrisikoprofilen auf und untersucht sie gemeinsam auf Wertminderung. Vermögenswerte, die einzeln auf Wertminderungen untersucht werden und für die eine Wertberichtigung neu bzw. weiterhin erfasst wird, werden nicht in eine gemeinsame Wertminderungsbeurteilung einbezogen.

Bestehen objektive Anhaltspunkte dafür, dass eine Wertminderung eingetreten ist, ergibt sich die Höhe des Wertminderungsverlusts als Differenz zwischen dem Buchwert des Vermögenswerts und dem Barwert der erwarteten künftigen Cash Flows mit Ausnahme erwarteter künftiger, noch nicht eingetretener Kreditausfälle. Der Barwert der erwarteten künftigen Cash Flows wird mit dem ursprünglichen Effektivzinssatz des finanziellen Vermögenswerts abgezinst. Ist ein Kredit mit einem variablen Zinssatz ausgestattet, entspricht der zur Bewertung eines Wertminderungsaufwands verwendete Abzinsungssatz dem aktuellen effektiven Zinssatz.

Der Buchwert des Vermögenswerts wird unter Verwendung eines Wertberichtigungskontos reduziert und der Wertminderungsverlust erfolgswirksam erfasst. Auf den geminderten Buchwert werden weiterhin Zinserträge erfasst; dies geschieht mithilfe des Zinssatzes, der zur Abzinsung der künftigen Cash Flows bei der Bestimmung des Wertminderungsaufwands verwendet wurde. Die Zinserträge werden als Teil der Finanzerträge in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Forderungen werden einschließlich der damit verbundenen Wertberichtigung ausgebucht, wenn sie als uneinbringlich eingestuft werden und sämtliche Sicherheiten in Anspruch genommen und verwertet wurden. Erhöht oder verringert sich die Höhe eines geschätzten Wertminderungsaufwands in einer folgenden Berichtsperiode aufgrund eines Ereignisses, das nach der Erfassung der Wertminderung eintritt, wird der früher erfasste Wertminderungsaufwand durch Anpassung des Wertberichtigungskontos erfolgswirksam erhöht oder verringert. Wird eine ausgebuchte Forderung aufgrund eines Ereignisses, das nach der Ausbuchung eintritt, später wieder als einbringlich eingestuft, wird der entsprechende Betrag unmittelbar gegen die Finanzaufwendungen erfasst.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte

Der Konzern ermittelt für zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte an jedem Bilanzstichtag, ob objektive Hinweise darauf schließen lassen, dass eine Wertminderung eines Vermögenswerts oder einer Gruppe von Vermögenswerten vorliegt.

Bei als zur Veräußerung gehalten eingestuftem Eigenkapitalinstrumenten würde ein signifikanter oder anhaltender Rückgang des beizulegenden Zeitwerts des Instruments unter seine Anschaffungskosten einen objektiven Hinweis darstellen. Das Kriterium „signifikant“ ist anhand der ursprünglichen Anschaffungskosten der Finanzinvestition zu beurteilen und das Kriterium „länger anhaltend“ anhand des Zeitraums, in dem der beizulegende Zeitwert unter den ursprünglichen Anschaffungskosten lag.

Bestehen Hinweise auf eine Wertminderung, wird der kumulierte Verlust, der sich als Unterschiedsbetrag aus den Anschaffungskosten und dem derzeitigen beizulegenden Zeitwert abzüglich eines etwaigen früher erfolgswirksam verbuchten Wertminderungsaufwands auf dieses Instrument ergibt, aus dem sonstigen Ergebnis entfernt und erfolgswirksam erfasst. Wertberichtigungen für Eigenkapitalinstrumente werden nicht erfolgswirksam rückgängig gemacht: ein späterer Anstieg des beizulegenden Zeitwerts wird direkt im sonstigen Ergebnis erfasst.

Bei der Ermittlung der Wertminderung von als zur Veräußerung verfügbar eingestuftem Schuldinstrumenten werden die gleichen Kriterien herangezogen wie bei zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten finanziellen Vermögenswerten. Der für Wertminderungen erfasste Betrag ist jedoch der kumulierte Verlust, der sich als Unterschiedsbetrag aus den fortgeführten Anschaffungskosten und dem derzeitigen beizulegenden Zeitwert abzüglich eines etwaigen früher erfolgswirksam verbuchten Wertminderungsaufwands auf dieses Instrument ergibt.

Auf den geminderten Buchwert des Vermögenswerts werden weiterhin künftige Zinserträge erfasst; die Ermittlung wird mithilfe des Zinssatzes vorgenommen, der zur Abzinsung der künftigen Cash Flows bei der Bestimmung des Wertminderungsaufwands verwendet wurde. Die Zinserträge werden als Teil der Finanzerträge erfasst. Wenn der beizulegende Zeitwert eines Schuldinstruments in einer nachfolgenden Berichtsperiode ansteigt und sich der Anstieg objektiv auf ein Ereignis zurückführen lässt, das nach der erfolgswirksamen Verbuchung der Wertminderung auftrat, wird der Betrag der Wertaufholung erfolgswirksam erfasst, es sei denn, dass der Vermögenswert zum Neubewertungsbetrag erfasst wird. Jede Wertaufholung eines neu bewerteten Vermögenswerts ist als eine Wertsteigerung durch Neubewertung zu behandeln.

10. Vorräte

Die Gesellschaft bewertet ihre Vorräte gemäß IAS 2.9 zu Anschaffungskosten bzw. zum niedrigeren Nettoveräußerungswert. Bei Vorräten, die austauschbar sind, werden die Anschaffungskosten nach dem First-in-First-out-Verfahren (FIFO) ermittelt.

Der Nettoveräußerungswert ist der geschätzte, im normalen Geschäftsgang erzielbare Verkaufserlös abzüglich der geschätzten Kosten bis zur Fertigstellung und der geschätzten Vertriebskosten.

Alle erkennbaren Risiken, die sich aus überdurchschnittlicher Lagerdauer oder geminderter Verwendbarkeit ergeben, sind durch angemessene Wertabschläge berücksichtigt.

11. Langfristige Vermögenswerte

Der Konzern beurteilt an jedem Bilanzstichtag, ob Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass ein Vermögenswert wertgemindert sein könnte. Liegen solche Anhaltspunkte vor oder ist eine jährliche Überprüfung eines Vermögenswerts auf Werthaltigkeit erforderlich, nimmt der Konzern eine Schätzung des erzielbaren Betrags des jeweiligen Vermögenswerts vor. Der erzielbare Betrag eines Vermögenswerts ist der höhere der beiden Beträge aus beizulegendem Zeitwert eines Vermögenswerts oder einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit abzüglich Veräußerungskosten und Nutzungswert. Der erzielbare Betrag ist für jeden einzelnen Vermögenswert zu bestimmen, es sei denn, ein Vermögenswert erzeugt keine Cash Flows, die weitestgehend unabhängig von denen anderer Vermögenswerte oder anderer Gruppen von Vermögenswerten sind. Übersteigt der Buchwert eines Vermögenswerts seinen erzielbaren Betrag, ist der Vermögenswert wertgemindert und wird auf seinen erzielbaren Betrag abgeschrieben. Zur Ermittlung des Nutzungswerts werden die erwarteten künftigen Cash Flows unter Zugrundelegung eines Abzinsungssatzes vor Steuern, der die aktuellen Markterwartungen hinsichtlich des Zinseffekts und der spezifischen Risiken des Vermögenswerts widerspiegelt, auf ihren Barwert abgezinst. Zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts abzüglich der Verkaufskosten wird ein angemessenes Bewertungsmodell angewandt. Dieses stützt sich auf Bewertungsmultiplikatoren oder andere zur Verfügung stehende Indikatoren für den beizulegenden Zeitwert.

Wertminderungsaufwendungen der fortzuführenden Geschäftsbereiche werden erfolgswirksam in den Aufwandskategorien erfasst, die der Funktion des wertgeminderten Vermögenswerts im Unternehmen entsprechen.

Für Vermögenswerte wird zu jedem Bilanzstichtag eine Überprüfung vorgenommen, ob Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass ein zuvor erfasster Wertminderungsaufwand nicht mehr länger besteht oder sich verringert hat. Wenn solche Anhaltspunkte vorliegen, nimmt der Konzern eine Schätzung des erzielbaren Betrags vor. Ein zuvor erfasster Wertminderungsaufwand wird nur dann rückgängig gemacht, wenn sich seit der Erfassung des letzten Wertminderungsaufwands eine Änderung in den Schätzungen ergeben hat, die bei der Bestimmung des erzielbaren Betrags herangezogen wurden. Ist dies der Fall, so wird der Buchwert des Vermögenswerts auf seinen erzielbaren Betrag erhöht. Dieser Betrag darf jedoch nicht den Buchwert übersteigen, der sich nach Berücksichtigung planmäßiger Abschreibungen ergeben würde, wenn in den früheren Jahren kein Wertminderungsaufwand für den Vermögenswert erfasst worden wäre. Eine Wertaufholung wird im Periodenergebnis erfasst.

Im Geschäftsjahr kam es zu keinen Wertminderungen langfristiger Vermögenswerte gemäß IAS 36.

12. Sachanlagevermögen

Die Bewertung des Sachanlagevermögens erfolgt zu Anschaffungskosten abzüglich kumulierter planmäßiger linearer Abschreibungen. Die Abschreibungsdauer beträgt zwischen drei und fünf Jahren. Abweichend hiervon werden Mietereinbauten über die Dauer des Mietverhältnisses oder, falls diese kürzer ist, über die geschätzte Nutzungsdauer und das in Meerbusch erworbene Geschäftsgebäude über eine Nutzungsdauer von 33 Jahren abgeschrieben.

Die Abschreibungen auf Sachanlagevermögen werden den jeweiligen Aufwandspositionen in der Gewinn- und Verlustrechnung zugeordnet.

Eine Sachanlage wird entweder bei Abgang ausgebucht oder dann, wenn aus der weiteren Nutzung oder Veräußerung des Vermögenswertes kein wirtschaftlicher Nutzen mehr erwartet wird. Die aus der Ausbuchung des Vermögenswertes resultierenden Gewinne oder Verluste werden als Differenz zwischen dem Nettoveräußerungserlös und dem Buchwert des Vermögenswerts ermittelt und in der Periode, in der der Vermögenswert ausgebucht wird, erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Die Restwerte, Nutzungsdauer und Abschreibungsmethoden werden am Ende eines jeden Geschäftsjahres überprüft und bei Bedarf angepasst.

13. Immaterielle Vermögenswerte

Immaterielle Vermögenswerte werden bei Zugang mit ihren Anschaffungskosten bewertet und bei einer begrenzten Nutzungsdauer über ihre voraussichtliche Nutzungsdauer von drei bis fünf Jahren linear abgeschrieben. Zum Stichtag hält die Gesellschaft keine immateriellen Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer.

Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte mit begrenzter Nutzungsdauer werden in der Gewinn- und Verlustrechnung unter der Aufwandskategorie erfasst, die der Funktion des immateriellen Vermögenswerts im Unternehmen entspricht.

Immaterielle Vermögenswerte mit begrenzter Nutzungsdauer werden auf eine mögliche Wertminderung überprüft, sofern Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass der immaterielle Vermögenswert wertgemindert sein könnte. Die Abschreibungsdauer und die Abschreibungsmethode werden bei immateriellen Vermögenswerten mit einer begrenzten Nutzungsdauer mindestens zum Ende eines jeden Geschäftsjahres überprüft. Die aufgrund von Änderung der erwarteten Nutzungsdauer oder des erwarteten Verbrauchs des zukünftigen wirtschaftlichen Nutzens des Vermögenswerts erforderlichen Änderungen der Abschreibungsmethode und der Abschreibungsdauer werden als Änderungen von Schätzungen behandelt.

Gewinne oder Verluste aus der Ausbuchung immaterieller Vermögenswerte werden als Differenz zwischen dem Nettoveräußerungserlös und dem Buchwert des Vermögenswerts ermittelt und in der Periode, in der der Vermögenswert ausgebucht wird, erfolgswirksam erfasst.

Die Restwerte, Nutzungsdauer und Abschreibungsmethoden werden am Ende eines jeden Geschäftsjahres überprüft und bei Bedarf angepasst.

14. Steuern

Tatsächliche Ertragsteuern

Die tatsächlichen Steuererstattungsansprüche und Steuerschulden für die laufende und die früheren Perioden werden mit dem Betrag bemessen, in dessen Höhe eine Erstattung von der Steuerbehörde bzw. eine Zahlung an die Steuerbehörde erwartet wird. Der Berechnung des Betrags werden die Steuersätze und Steuergesetze zugrunde gelegt, die zum Bilanzstichtag gelten.

Tatsächliche Steuern, die sich auf Posten beziehen, die direkt im Eigenkapital erfasst werden, werden nicht in der Gewinn- und Verlustrechnung, sondern im Eigenkapital erfasst.

Latente Steuern

Die Bildung latenter Steuern erfolgt unter Anwendung der Verbindlichkeitsmethode auf zum Bilanzstichtag bestehende temporäre Differenzen zwischen dem Wertansatz eines Vermögenswerts bzw. einer Schuld in der Bilanz und dem steuerlichen Wertansatz.

Latente Steueransprüche werden für alle abzugsfähigen temporären Unterschiede, noch nicht genutzten steuerlichen Verlustvorträge und nicht genutzten Steuergutschriften in dem Maße erfasst, in dem es wahrscheinlich ist, dass ein zu versteuerndes Einkommen verfügbar sein wird, gegen das die abzugsfähigen temporären Differenzen und die noch nicht genutzten steuerlichen Verlustvorträge und Steuergutschriften verwendet werden können.

Der Buchwert der latenten Steueransprüche wird an jedem Bilanzstichtag überprüft und in dem Umfang reduziert, in dem es nicht mehr wahrscheinlich ist, dass ein ausreichendes zu versteuerndes Ergebnis zur Verfügung stehen wird, gegen das der latente Steueranspruch zumindest teilweise verwendet werden kann. Nicht angesetzte latente Steueransprüche werden an jedem Bilanzstichtag überprüft und in dem Umfang angesetzt, in dem es wahrscheinlich geworden ist, dass ein künftig zu versteuerndes Ergebnis die Realisierung des latenten Steueranspruchs ermöglicht.

Latente Steueransprüche und -schulden werden anhand der Steuersätze bemessen, die in der Periode, in der ein Vermögenswert realisiert wird oder eine Schuld erfüllt wird, voraussichtlich Gültigkeit erlangen werden. Dabei werden die Steuersätze und Steuergesetze zugrunde gelegt, die zum Bilanzstichtag gelten. Zukünftige Steuersatzänderungen sind am Bilanzstichtag zu berücksichtigen, sofern materielle Wirksamkeitsvoraussetzungen im Rahmen eines Gesetzgebungsverfahrens erfüllt sind.

Latente Steuern, die sich auf Posten beziehen, die direkt im Eigenkapital erfasst werden, werden nicht in der Gewinn- und Verlustrechnung, sondern ebenfalls im Eigenkapital erfasst.

Latente Steueransprüche und latente Steuerschulden werden miteinander verrechnet, wenn der Konzern einen einklagbaren Anspruch auf die Aufrechnung der tatsächlichen Steuererstattungsansprüche gegen tatsächliche Steuerschulden hat und diese sich auf Ertragsteuern des gleichen Steuersubjekts beziehen und von der gleichen Steuerbehörde erhoben werden.

Umsatzsteuer

Umsatzerlöse, Aufwendungen und Vermögenswerte werden in der Regel nach Abzug der Umsatzsteuer erfasst. Eine Ausnahme bilden folgende Fälle:

- Wenn die beim Kauf von Vermögenswerten oder Dienstleistungen angefallene Umsatzsteuer nicht von der Steuerbehörde eingefordert werden kann, wird die entrichtete Umsatzsteuer als Teil der Herstellungskosten des Vermögenswerts bzw. als Teil der Aufwendungen erfasst.
- Forderungen und Schulden werden mitsamt dem darin enthaltenen Umsatzsteuerbetrag angesetzt.

Der Umsatzsteuerbetrag, der von der Steuerbehörde erstattet oder an diese abgeführt wird, wird in der Konzern-Bilanz unter Forderungen bzw. Schulden erfasst.

15. Sonstige Verbindlichkeiten

Sonstige Verbindlichkeiten wie Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Verbindlichkeiten sind bei ihrer erstmaligen Erfassung mit den Anschaffungskosten bewertet, die dem Zeitwert der erhaltenen Gegenleistung entsprechen. In der Folgezeit werden diese Verbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten in der Bilanz ausgewiesen.

Der Umsatzabgrenzungsposten wird zum beizulegenden Zeitwert angesetzt und beinhaltet im Wesentlichen im Voraus fakturierte Beträge für Wartungsleistungen und Fertigungsaufträge, die erst in späteren Perioden erbracht und damit umsatzwirksam werden.

Eine Verbindlichkeit wird ausgebucht, wenn die dieser Verbindlichkeit zugrunde liegende Verpflichtung erfüllt, gekündigt oder erloschen ist. Wird eine bestehende Verbindlichkeit durch eine andere Verbindlichkeit desselben Kreditgebers mit substanziell verschiedenen Vertragsbedingungen ausgetauscht oder werden die Bedingungen einer bestehenden Verbindlichkeit wesentlich geändert, wird ein solcher Austausch oder eine solche Änderung als Ausbuchung der ursprünglichen Verbindlichkeit und Ansatz einer neuen Verbindlichkeit behandelt. Die Differenz zwischen den jeweiligen Buchwerten wird erfolgswirksam erfasst.

16. Rückstellungen

Eine Rückstellung wird dann angesetzt, wenn der Konzern eine gegenwärtige, gesetzliche oder faktische Verpflichtung aufgrund eines vergangenen Ereignisses besitzt, der Abfluss von Ressourcen mit wirtschaftlichem Nutzen zur Erfüllung der Verpflichtung wahrscheinlich und eine verlässliche Schätzung der Höhe der Verpflichtung möglich ist. Sofern der Konzern für eine passivierte abgegrenzte Schuld zumindest teilweise eine Rückerstattung erwartet, wie z. B. bei einem Versicherungsvertrag, wird die Erstattung als gesonderter Vermögenswert erfasst, sofern der Zufluss der Erstattung so gut wie sicher ist. Der Aufwand aus der Bildung der Rückstellung wird in der Gewinn- und Verlustrechnung abzüglich der Erstattung ausgewiesen.

Die Gesellschaft erwartet eine Restlaufzeit der kurzfristigen Rückstellungen von unter einem Jahr.

17. Wandelschuldverschreibungen

Wandelschuldverschreibungen sind ein zusammengesetztes Finanzinstrument, das eine Eigenkapitalkomponente (Wandlungsrecht) und eine Verbindlichkeitskomponente (Anleihe) enthält.

Dabei wird die Anleihe als Verbindlichkeitskomponente bei allen begebenen Wandelschuldverschreibungen zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinsmethode nach IAS 39 angesetzt. Das verdeckte Aufgeld, das sich aus der Unterverzinslichkeit als Differenz zwischen Nominalwert und Barwert der Anleihe ergibt, wird in die Kapitalrücklage eingestellt.

Bei der Eigenkapitalkomponente, dem Wandlungsrecht, wird nach dem Datum der Begebung unterschieden: bei Wandelschuldverschreibungen, die vor der Veröffentlichung des Entwurfs von IFRS 2 am 07.11.2002 begeben wurden, wird das Wandlungsrecht erfolgsneutral behandelt. Hingegen wird die Eigenkapitalkomponente von Wandelschuldverschreibungen, die nach dem 07.11.2002 begeben wurden, nach IFRS 2 mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet. Hierbei wird der Wert des Wandlungsrechts über den erwarteten Zeitraum bis zur Wandlung der Anleihe in Aktien aufwandswirksam erfasst und in die Kapitalrücklage eingestellt.

Die Bemessung des zu erfassenden Aufwands erfolgt hierbei nach dem Black-Scholes-Modell, das zur Bewertung des Zeitwerts von solchen Optionen entwickelt wurde, die keinen Bedingungen unterliegen und voll übertragbar sind. Nachdem dem Bewertungsmodell für Optionen subjektive Annahmen zugrunde liegen, können reale Abweichungen von diesen Annahmen den Wert der Optionen nachhaltig beeinflussen. Zudem unterliegen die Wandelschuldverschreibungen der Gesellschaft weiteren Restriktionen, die nur näherungsweise mit gehandelten Optionen vergleichbar sind, so dass das Bewertungsmodell nicht notwendigerweise einen verlässlichen Wert für die Optionen liefert.

Bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts unter Anwendung des Black-Scholes-Modells legt die Gesellschaft folgende Parameter zugrunde:

Datum	Anzahl	durchschnittlich erwartete Laufzeit in Monaten	Risiko-freier Zinssatz	Standard-abweichung	erwartete Fluktuation 31.12. 2011	Minderung durch Unter-verzins-lichkeit	Zurück-gegebene Wandel-schuldver-schreibungen	Bewertung des zu verteilenden Aufwands nach Rückgabe
August 2003	62.000	30	3,80%	80,30%	0%	-17.295	26.000	228.630
Mai 2004	52.000	30	3,80%	108,26%	0%	-9.193	10.500	291.440
August 2004	36.000	30	3,70%	102,80%	0%	-298	0	205.901
November 2004	5.000	30	3,40%	97,33%	0%	0	2.000	16.282

Die bei der Berechnung des zu verteilenden Aufwandes verwendete Standardabweichung wird aus dem täglichen Schlusskurs des XETRA-Handelssystems der Deutschen Börse ermittelt und von dieser veröffentlicht.

Da alle Wandelschuldverschreibungen zum 31. Dezember 2007 bereits ausübbar waren, entstand der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2011 kein weiterer Aufwand. Der zu verteilende Aufwand in Höhe von EUR 742.253 wurde in den Jahren 2002 bis 2007 vollständig erfasst.

18. Pensionsrückstellungen

Es besteht eine unverfallbare Pensionszusage gegenüber dem Vorstandsvorsitzenden der ATOSS Software AG, München, die als leistungsorientierter Plan klassifiziert wird. Mit Wirkung zum 01.08.2009 wurde die bisher gültige Pensionszusage vom 01.01.2004 durch eine neue Pensionszusage ersetzt und die Versorgungsleistung entsprechend aufgestockt. Gemäß diesem Plan setzen die Pensionszahlungen mit Vollendung des 65. Lebensjahres ein. Die Bezüge werden lebenslänglich gewährt. Die Gesellschaft hat zur Deckung der Pensionszusage Rückdeckungsversicherungen abgeschlossen und die Ansprüche daraus abgetreten, so dass seit dem Geschäftsjahr 2005 das Planvermögen aus den Rückdeckungsversicherungen in Höhe des beizulegenden Zeitwerts gemäß IAS 19.54d mit dem Verpflichtungsumfang zu saldieren ist.

Der Pensionsverpflichtung liegt ein versicherungsmathematisches Gutachten zugrunde, das auf der Basis von IAS 19 „Leistungen an Arbeitnehmer“ erstellt wurde. Der ausgewiesene Betrag für die aufgelaufene und prognostizierte Pensionsverpflichtung entspricht dem versicherungsmathematisch ermittelten Barwert, der seit 2005 um den beizulegenden Zeitwert des Planvermögens reduziert wird. Zugrunde gelegt wurden die Regeln von IAS 19.63ff. für Leistungszusagen.

In Übereinstimmung mit IAS 19.64f wird als Bewertungsverfahren die Methode der laufenden Einmalprämien (Projected Unit Credit Method) angewandt. Hiernach werden die in den einzelnen Jahren erdienten Teile der Versorgung als Bausteine angesehen, die insgesamt die Pensionsverpflichtung ergeben. Der Pensionsaufwand ergibt sich aus dem Zinsaufwand auf bereits zum Barwert bilanzierte Rentenanwartschaften, dem laufenden Dienstzeitaufwand, dem nachzuverrechnenden Dienstzeitaufwand aufgrund von Änderungen der Pensionszusage und den erwarteten Erträgen aus Planvermögen. Der Verpflichtungsumfang (Defined Benefit Obligation) ergibt sich als dynamischer Barwert der zeitanteilig erdienten Rententeile unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die künftigen Rentenanwartschaften bereits anteilig erdient sind.

Die Gesellschaft wendet zur Erfassung versicherungsmathematischer Gewinne und Verluste die sogenannte „Korridor-Methode“ an, nach der versicherungsmathematische Gewinne und Verluste ab dem nächsten Bilanzstichtag über die erwartete Restdienstzeit zu verteilen sind, wenn sie erstmals 10 Prozent des Versicherungsbarwertes oder 10 Prozent des beizulegenden Zeitwertes des Planvermögens überschreiten. Im Geschäftsjahr 2011 wurden versicherungsmathematische Gewinne in Höhe von EUR 0 (Vorjahr: EUR 17.548) ergebniswirksam erfasst.

Die Pensionsrückstellung wurde unter Annahme eines Rechnungszinssatzes von 5,6 Prozent (Vorjahr: 5,4 Prozent), einem Gehaltstrend von 2,0 Prozent (Vorjahr: 2,0 Prozent), einer Inflationsrate von 2,0 Prozent (Vorjahr: 2,0 Prozent) und einem Rententrend von 3,0 Prozent (Vorjahr: 3,0 Prozent) ermittelt. Es wurden die „Richttafeln 2005 G“ von Prof. Klaus Heubeck zugrunde gelegt. Für die zukünftige Verzinsung des Planvermögens wurde von jährlich 4,0 Prozent (Vorjahr: 4,0 Prozent) ausgegangen.

Zudem bestehen beitragsorientierte Pläne für einen Vorstand sowie für Mitarbeiter mit einer Betriebszugehörigkeit von 15 und mehr Jahren. Für diese leistet die Gesellschaft Beiträge zur privaten Altersvorsorge im Rahmen einer Unterstützungskasse während der Dauer ihrer Beschäftigungsverhältnisse. Die Beiträge für diese Verträge lagen im Geschäftsjahr 2011 bei EUR 76.775 (Vorjahr: EUR 60.938).

19. Eigene Anteile

Die eigenen Anteile werden zu Anschaffungskosten bewertet und als separater Abzugsposten im Eigenkapital ausgewiesen. Der Kauf, der Verkauf sowie die Ausgabe oder die Einziehung von eigenen Anteilen werden nicht erfolgswirksam erfasst.

20. Erfassung von Umsatzerlösen und Erträgen

Die Gesellschaft erzielt Umsatzerlöse aus der Lizenzvergabe von Softwareprodukten an Endkunden oder an Wiederverkäufer, aus Wartungsverträgen sowie aus Dienstleistungen und anderen Lieferungen und Leistungen.

Skonti, Rabatte sowie Umsatzsteuer oder andere Abgaben bleiben unberücksichtigt.

Erlöse aus Lizenzvergabe sowie aus Lieferungen und Leistungen gelten gemäß IAS 18.14 als realisiert, wenn:

- (a) das wesentliche Risiko bzw. die wesentlichen Chancen, die mit den vertraglichen Nutzungsrechten an den Softwarelizenzen in Zusammenhang stehen, übertragen wurden;
- (b) beim Unternehmen kein weiteres Verfügungsrecht an dem Lizenzmaterial verbleibt;
- (c) die Höhe der Umsätze verlässlich bestimmt werden kann;
- (d) der Zufluss des wirtschaftlichen Nutzens (Forderungseingang) hinreichend wahrscheinlich ist und
- (e) die im Zusammenhang mit dem Verkauf angefallenen Kosten verlässlich bestimmt werden können.

Die Gesellschaft hat zudem Wiederverkäuferverträge unterzeichnet, nach denen den Wiederverkäufern Rabatte auf die Listenpreise für Lizenzgebühren eingeräumt werden. Die bei der Gesellschaft verbleibenden Lizenzgebühren gelten grundsätzlich als realisiert, wenn dem Endkunden des Wiederverkäufers die Nutzungsrechte an den Softwarelizenzen eingeräumt wurden und damit die wesentlichen Chancen und Risiken auf den Endkunden oder Wiederverkäufer übertragen wurden.

Beratungsumsätze stehen in direktem Zusammenhang mit Dienstleistungen, die mit im Wesentlichen getrennten Verträgen durchgeführt werden. Erträge aus der Erbringung von Dienstleistungen sind gemäß IAS 18.20 zu realisieren, wenn

- (a) die Höhe der Umsätze verlässlich bemessen werden kann;
- (b) es hinreichend wahrscheinlich ist, dass der wirtschaftliche Nutzen aus dem Geschäft dem Unternehmen zufließen wird (Forderungseingang);
- (c) der Fertigstellungsgrad am Bilanzstichtag verlässlich bestimmt werden kann und
- (d) die für die Erbringung der Leistung angefallenen Kosten verlässlich bestimmt werden können.

Wartungsumsätze werden über den Zeitraum der Erbringung von Wartungsleistungen abgegrenzt.

Die Softwarelizenzen und Wartungsleistungen werden in der Regel gemeinsam verkauft. Die Realisierung der Umsätze erfolgt nach IAS 18.13.

Fertigungsverträge liegen vor, sofern die vertraglichen Vereinbarungen nach Werkvertragsrecht ausgestaltet sind oder die Aufträge nicht durch ATOSS-Partner oder Eigenleistungen des Kunden erfüllt werden können. Beauftragt der Kunde einen Fertigungsauftrag, werden Umsatzerlöse und Erträge nach dem Konzept der Gewinnrealisierung nach dem Fertigstellungsgrad (Percentage of Completion Method) ermittelt, soweit die Voraussetzungen nach IAS 11.23 vorliegen. Dabei werden die einzelnen Umsatzkomponenten grundsätzlich zusammenhängend in dem Umfang realisiert, der dem Anteil des Projektfortschritts der zu leistenden Dienstleistungen an dem erwartungsgemäß zu leistenden Gesamtvolumen der Dienstleistungen entspricht. Der Projektfortschritt wird dabei anhand der Dokumentation der Projektleitung sowie der Gesamtwürdigung durch das Management ermittelt.

Zinserträge werden erfasst, wenn die Zinsen entstanden sind.

21. Aufwendungen für Forschung und Entwicklung

Die Gesellschaft erfasst Kosten für Forschung und Entwicklung ihrer Softwareprodukte aufwandswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung. Die Kriterien des IAS 38.57, die eine Aktivierung von Entwicklungskosten vorsehen würden, werden nicht erfüllt, da die ursprüngliche Entwicklung der heutigen Produkte zum Teil im Rahmen von Kundenprojekten erfolgte sowie eine verlässliche Messung der jeweiligen zukünftig erzielbaren Erträge aus der Entwicklung von einzelnen Funktionen und Releases nicht möglich ist.

22. Fremdkapitalkosten

Fremdkapitalkosten werden in der Periode als Aufwand erfasst, in der sie angefallen sind.

23. Leasing

Die Feststellung, ob eine Vereinbarung ein Leasingverhältnis enthält, wird auf Basis des wirtschaftlichen Gehalts der Vereinbarung zum Zeitpunkt des Abschlusses dieser Vereinbarung getroffen und erfordert eine Einschätzung, ob die Erfüllung der vertraglichen Vereinbarung von der Nutzung eines bestimmten Vermögenswerts oder bestimmter Vermögenswerte abhängig ist und ob die Vereinbarung ein Recht auf die Nutzung des Vermögenswerts einräumt.

Die Gesellschaft überprüft regelmäßig ihre Vertragsbeziehungen mit Lieferanten dahingehend, ob sie entsprechend IFRIC 4 „Feststellung, ob eine Vereinbarung ein Leasingverhältnis enthält“ gemäß dieser Bestimmungen als ein Leasingverhältnis einzuordnen wäre. Zum 31.12.2011 bestehen wie bereits im Vorjahr keine Vertragsverhältnisse, welche den in IFRIC 4 genannten Kriterien entsprechen.

Leasingzahlungen für Operating-Leasingverhältnisse werden linear über die Laufzeit des Leasingverhältnisses als Aufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

III. Angaben zur Konzern-Bilanz

24. Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente

	31.12.2011 EUR	31.12.2010 EUR
Festgeldanlagen	3.899.842	16.356.855
Guthaben bei Kreditinstituten	11.217.454	4.334.564
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente gesamt	15.117.296	20.691.419

Die Festgeldanlagen erfolgen für unterschiedliche Zeiträume, die in Abhängigkeit vom jeweiligen Zahlungsmittelbedarf des Konzerns Restlaufzeiten von bis zu 9 Monaten aufweisen und zu Zinssätzen zwischen 0,10 Prozent und 2,12 Prozent pro Jahr angelegt sind. Sonstige Guthaben bei Kreditinstituten werden mit bis zu 1,15 Prozent verzinst.

Infolge des positiven operativen Cash Flows in Höhe von EUR 5.317.535 sowie des negativen Cash Flows aus der Investitionstätigkeit von EUR 8.546.767 infolge der in 2011 geänderten Anlagestrategie und der Ausschüttung von EUR 2.385.941 sowie der Einzahlung aus dem Verkauf von eigenen Anteilen in Höhe von EUR 41.050, ist der Bestand an Zahlungsmitteln und Zahlungsmitteläquivalenten von EUR 20.691.419 auf EUR 15.117.296 zurückgegangen.

Festgeldanlagen und sonstige Zahlungsmittel sind bei namhaften Finanzinstituten mit solventem und solidem finanziellen Hintergrund angelegt.

Der beizulegende Zeitwert der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente beträgt EUR 15.117.296 (Vorjahr: EUR 20.691.419).

25. Sonstige finanzielle Vermögenswerte

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

Die bilanzierten Forderungen setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2011 EUR	31.12.2010 EUR
Brutto-Forderungen (beizulegender Zeitwert)	2.618.454	3.063.813
abzüglich Wertminderungen	-6.831	0
Netto-Forderungen (Buchwert)	2.611.623	3.063.813

Zum 31.12. 2011 bestehen keine Forderungen (Vorjahr: EUR 53.884), deren Zahlungsziel nachträglich verlängert wurde. Diese Forderungen werden zum Nennwert bilanziert.

Im Geschäftsjahr wurden keine Erträge (Vorjahr: EUR 0) aus der Vereinnahmung von zuvor abgewerteten Forderungen erfolgswirksam realisiert. Wie im Vorjahr bestehen keine Forderungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr.

Die zum 31.12.2011 überfälligen und nicht wertberichtigten Forderungen haben folgende Altersstruktur:

	31.12.2011 EUR	31.12.2010 EUR
weder überfällig noch wertberichtigt	1.914.252	1.974.765
bis 30 Tage überfällig	648.891	836.667
31 bis 60 Tage überfällig	24.506	47.587
61 bis 90 Tage überfällig	20.530	195.828
91 bis 120 Tage überfällig	3.492	-336
Über 120 Tage überfällig	6.783	9.302
Bruttoforderungen	2.618.454	3.063.813
Wertberichtigungen	-6.831	0
Nettoforderungen	2.611.623	3.063.813

Die Wertberichtigungen auf zweifelhafte Forderungen aus Lieferungen und Leistungen betragen zum Bilanzstichtag EUR 6.831 (Vorjahr: EUR 0) und basieren auf der Einschätzung der Einbringbarkeit durch das Management. Wertminderungen werden in Höhe des Bilanzansatzes der Forderung gebildet, sofern die Fälligkeit 120 Tage überschreitet und unter Würdigung der Kundensituation hinsichtlich des allgemeinen Zahlungsverhaltens und der Bonität geboten erscheint. Im Falle der Insolvenz eines Kunden wird der Wert der Forderung in voller Höhe als Forderungsverlust ausgewiesen.

Grundsätzlich sind Forderungen innerhalb von 10 Tagen zur Zahlung fällig. Bei Werk- und Festpreisprojekten werden in Ausnahmefällen abweichende Zahlungsziele gewährt.

Die Entwicklung des Wertberichtigungskontos stellt sich wie folgt dar:

	2011 EUR	2010 EUR
Stand 01.01.	0	16.035
Aufwandswirksame Zuführungen	6.831	0
Verbrauch	0	0
Auflösung	0	16.035
Stand 31.12.	6.831	0

Die Gesellschaft verlangt keine Sicherheiten von ihren Kunden. Die Darstellung des Risikomanagementsystems, das auch Risiken von Finanzinstrumenten berücksichtigt, findet sich unter Punkt 6 des Konzernlageberichts.

Die Bilanzierung zur Veräußerung verfügbarer finanzieller Vermögenswerte setzt sich wie folgt zusammen:

Kurzfristig zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte

	31.12.2011 EUR	31.12.2010 EUR
Dividententitel	2.956.484	0
Gold	6.223.716	0
Summe zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (kurzfristig)	9.180.200	0

Langfristig zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte

	31.12.2011 EUR	31.12.2010 EUR
Gold	553.450	399.816
Summe zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (langfristig)	553.450	399.816

Der Konzern identifizierte infolge des in Textziffer 6 und 9 beschriebenen Vorgehens insgesamt Wertminderungen in Höhe von EUR 859.248 bei zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, die unter den Finanzaufwendungen in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst wurden.

Bei den kurzfristig zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten wurden Gewinne/Verluste erfolgsneutral im sonstigen Ergebnis in Höhe von EUR 96.786 (Vorjahr: EUR 0) sowie bei den langfristig zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten Gewinne erfolgsneutral im sonstigen Ergebnis in Höhe von EUR 148.547 (Vorjahr: EUR 0) erfasst. Auf die erfolgsneutral im sonstigen Ergebnis erfassten Gewinne wurden latente Steuern in Höhe von EUR 40.097 (Vorjahr: EUR 0) auf die temporäre Differenz zwischen dem Wertansatz des Vermögenswertes in der Bilanz und dem steuerrechtlichen Ansatz gebildet.

Der Buchwert der sonstigen finanziellen Vermögenswerte entspricht dem beizulegenden Zeitwert der sonstigen finanziellen Vermögenswerte.

Der beizulegende Zeitwert der zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte wird auf der Grundlage von Börsenpreisen auf aktiven Märkten (Level I) ermittelt.

Der Ausweis der langfristig zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte (Gold) erfolgte im Vorjahr unter den kurzfristigen finanziellen Vermögenswerten. In 2011 wurde dieser in die langfristigen finanziellen Vermögenswerte umgegliedert. Der Vorjahreswert wurde entsprechend angepasst.

26. Vorräte

Der Buchwert der Vorräte betrifft im Wesentlichen Hardwarekomponenten des Tochterunternehmens ATOSS CSD Software GmbH, Cham, die in geringer Stückzahl vorgehalten werden. Im laufenden Geschäftsjahr kam es wie im Vorjahr zu keinen Abwertungen des Vorratsvermögens.

27. Sonstige nicht finanzielle Vermögenswerte (kurzfristig)

Die sonstigen nicht finanziellen Vermögenswerte in Höhe von EUR 518.104 (Vorjahr: EUR 401.975) werden mit ihrem beizulegenden Zeitwert ausgewiesen und enthalten im Wesentlichen Periodenabgrenzungen in Höhe von EUR 340.568 (Vorjahr: EUR 294.295), Umsatzsteuerforderungen in Höhe von EUR 73.735 (Vorjahr: EUR 17.071) und abgegrenzte Zinsen in Höhe von EUR 40.484 (Vorjahr: EUR 41.183).

28. Anlagevermögen

Das Anlagevermögen hat sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

29. Ertragsteuern

Die Steuerrückstellungen umfassen jeweils Ertragsteuern für das abgelaufene Geschäftsjahr bzw. Vorjahre. Zur Erläuterung von Steueraufwand und -ertrag wird auf Anhangsangabe 51 verwiesen.

Die bilanzierten latenten Steuern setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2011 EUR	31.12.2010 EUR
Aktive latente Steuern auf Bewertungsunterschiede		
- Pensionsrückstellungen	277.534	260.259
Zwischensumme	277.534	260.259
Passive latente Steuern auf Bewertungsunterschiede		
- zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	-67.414	-26.045
- langfristige Fertigungsaufträge	-254.352	-701.806
Zwischensumme	-321.766	-727.851
Gesamt	-44.232	-467.592

	31.12.2011 EUR	31.12.2010 EUR
Steueraufwand aus der Entstehung passiver latenter Steuern		
- auf langfristige Fertigungsaufträge	-548.319	-1.111.826
- auf sonstige finanzielle Vermögenswerte	-1.272	-11.925
Steueraufwand aus der Umkehrung aktiver latenter Steuern		
- auf steuerliche Verlustvorträge	0	0
- auf Pensionsrückstellungen	0	0
Steuerertrag aus der Entstehung aktiver latenter Steuern		
- auf Pensionsrückstellungen	17.275	10.275
Steuerertrag aus der Umkehrung passiver latenter Steuern		
- auf langfristige Fertigungsaufträge	995.772	1.149.408
Gesamt	463.456	35.932

Der anzuwendende Steuersatz der ATOSS Software AG, München, setzt sich folgendermaßen zusammen:

	2011	2010	2009
Ergebnis vor Steuern	100%	100%	100%
Gewerbsteuer	-17,15%	-17,15%	-17,15%
Körperschaftssteuer 15,00% auf KöSt-pflichtiges Ergebnis	-15,00%	-15,00%	-15,00%
auf Körperschaftssteuer 5,50% Solidaritätszuschlag	-0,83%	-0,83%	-0,83%
Rechnerisch versteuerter Ergebnisanteil	67,02%	67,02%	67,02%
Rechnerischer Steuersatz	32,98%	32,98%	32,98%

Die Steuersätze für die Tochterunternehmen betragen in Österreich 25 Prozent, in der Schweiz 22 Prozent und in Rumänien 16 Prozent. Die Überleitung des erwarteten Steueraufwands des Konzerns zu dem tatsächlichen Steueraufwand gemäß IAS 12.81 ist im Folgenden dargestellt:

	31.12.2011 EUR	31.12.2010 EUR
Vorsteuer-Ergebnis nach IFRS	8.410.800	6.958.170
Erwarteter Steueraufwand (2011: 32,98%; 2010: 32,98%)	-2.773.882	-2.294.804
Nicht abziehbare Betriebsausgaben	-77.348	-18.552
Aufwendungen aufgrund von Wandelschuldverschreibungen	0	0
Steuererträge aus der Auflösung von Steuerrückstellungen der Vorjahre	0	0
Steuernachzahlungen/Steuererstattungen Vorjahre	-11.196	3.043
Niedrigere Steuersätze von Konzerngesellschaften und Niederlassungen	126.941	151.232
Tatsächlicher Konzern-Steueraufwand	-2.735.485	-2.159.081

Für die kommenden Geschäftsjahre rechnet die Gesellschaft für das Mutterunternehmen mit einem Steuersatz in Höhe von 32,98 Prozent. Aufgrund nicht abziehbarer Betriebsausgaben einerseits sowie niedrigerer Steuersätze der Konzerngesellschaften und Niederlassungen andererseits wird die tatsächliche Steuerbelastung etwas über oder unter diesem Wert liegen.

30. Verbindlichkeiten

Die Restlaufzeiten sind im Verbindlichkeitspiegel im Einzelnen dargestellt:

	Stichtag	Restlaufzeit bis 1 Jahr	Restlaufzeit 1-5 Jahre	Restlaufzeit über 5 Jahre	Gesamt
Wandelschuldverschreibungen	31.12. 2011	0	0	0	0
	31.12. 2010	7.000	0	0	7.000
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	31.12. 2011	790.104	0	0	790.104
	31.12. 2010	788.217	0	0	788.217
Umsatzabgrenzungsposten	31.12. 2011	1.702.752	0	0	1.702.752
	31.12. 2010	1.709.514	0	0	1.709.514
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten (kurzfristig)	31.12. 2011	4.622.107	0	0	4.622.107
	31.12. 2010	4.153.537	0	0	4.153.537
Steuerrückstellungen	31.12. 2011	1.038.468	0	0	1.038.468
	31.12. 2010	974.633	0	0	974.633
Rückstellungen (sonstige)	31.12. 2011	94.000	0	0	94.000
	31.12. 2010	99.000	0	0	99.000
Gesamt	31.12. 2011	8.247.431	0	0	8.247.431
	31.12. 2010	7.731.901	0	0	7.731.901

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie die sonstigen finanziellen Verbindlichkeiten sind nicht verzinslich.

31. Kreditlinien

Es bestehen nicht gesicherte Kreditlinien für Kontokorrentkredite in Höhe von Mio. EUR 0,51 (Vorjahr: Mio. EUR 0,51) bei den Hausbanken der einbezogenen Unternehmen. Kreditaufnahmen (Kontokorrentkredite) im Rahmen dieser Abkommen werden mit bis 5,34 Prozent (Vorjahr: 4,74 Prozent) verzinst. Es bestehen wie im Vorjahr keine Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

32. Sonstige Verbindlichkeiten (kurzfristig)

Die sonstigen Verbindlichkeiten enthalten im Wesentlichen folgende Beträge:

	31.12.2011 EUR	31.12.2010 EUR
Gehalts- und Provisionsverbindlichkeiten	3.789.492	3.492.426
Erwartete Abrechnungen	567.242	445.484
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	265.373	215.627
Gesamt	4.622.107	4.153.537

Die Gehalts- und Provisionsverbindlichkeiten beinhalten Ansprüche aus variablen Gehaltsbestandteilen, welche im Geschäftsjahr entstanden sind und erst im Folgejahr ausbezahlt werden, Lohnsteuerverbindlichkeiten sowie Rückstellungen für Urlaubsverpflichtungen. Die erwarteten Abrechnungen betreffen erhaltene Leistungen, deren Abrechnung zum Stichtag aussteht. Die sonstigen Verbindlichkeiten enthalten im Wesentlichen Rückstellungen für Abschluss und Prüfungskosten.

33. Umsatzabgrenzungsposten

Der Umsatzabgrenzungsposten setzt sich zum 31.12.2011 folgendermaßen zusammen:

	31.12.2011 EUR	31.12.2010 EUR
im Voraus fakturierte Beträge für Wartungsleistungen	711.421	470.160
im Voraus fakturierte Beträge für Fertigungsaufträge	777.432	700.172
Sonstige	213.899	539.182
Gesamt	1.702.752	1.709.514

Die sonstigen Umsatzabgrenzungen werden zum beizulegenden Zeitwert bilanziert und enthalten im Voraus fakturierte Beträge für Hotlineleistungen sowie für noch nicht gelieferte Soft- und Hardware und Dienstleistungen. Die im Voraus fakturierten Beträge für Fertigungsaufträge enthalten erhaltenen Anzahlungen in Höhe von EUR 590.218 (Vorjahr: EUR 595.640).

34. Rückstellungen (sonstige)

Die Rückstellungen enthalten die nachfolgenden Beträge:

	31.12.2010 EUR	Inanspruch- nahme	Auflösung	Zuführung	31.12.2011 EUR
sonstige Rückstellungen	99.000	25.000	5.000	25.000	94.000
Gesamt	99.000	25.000	5.000	25.000	94.000

Die sonstigen Rückstellungen beinhalten die Rückstellung für Gewährleistungen sowie die Rückstellung für Rückbauverpflichtungen.

35. Wandelschuldverschreibungen

Auf Basis des unter Punkt 39 beschriebenen, hierfür geschaffenen bedingten Kapitals hat die Gesellschaft Wandelschuldverschreibungen für folgende Programme ausgegeben:

Im Frühjahr 2000 wurde ein Mitarbeiter-Wandelschuldverschreibungsprogramm (Wandelschuldverschreibungs-Programm 2000/2010) durch Begebung von Wandelschuldverschreibungen begonnen. Dabei wurde den Mitarbeitern zum Börsengang und während des Jahres die Möglichkeit eingeräumt, Wandelschuldverschreibungen zum Nennwert von EUR 1,00 zu zeichnen. Es wurde ein Wandlungspreis zum Zeitpunkt der Gewährung festgelegt. Für gewährte Wandelschuldverschreibungen wurde der Durchschnitt der letzten fünf Handelstage vor Gewährung als Wandlungspreis festgelegt. Nach Ablauf von zwei, drei und vier Jahren hat der Mitarbeiter die Möglichkeit, unter Zuzahlung bis zum Wandlungspreis jeweils ein Drittel seiner Teilwandelschuldverschreibungen in Aktien der Gesellschaft zu wandeln. Hierzu dient das bedingte Kapital 2000/I in Höhe von EUR 280.000.

Im Geschäftsjahr 2002 hat die Gesellschaft auf der Hauptversammlung am 22.05.2002 zwei Wandelschuldverschreibungsprogramme für Aufsichtsräte (Wandelschuldverschreibungsprogramm 2002/2010) sowie Vorstand und Mitarbeiter der Gesellschaft (Wandelschuldverschreibungsprogramm 2002/2011) beschlossen. Hierfür wurde das bedingte Kapital 2002/II in Höhe von EUR 50.000 bzw. das bedingte Kapital 2002/I in Höhe von EUR 360.000 teilweise in Anspruch genommen.

Im Rahmen des Wandelschuldverschreibungsprogramms für Aufsichtsräte (Wandelschuldverschreibungs-Programm 2002/2010) wurde den Aufsichtsräten jeweils das Recht eingeräumt, 12.000 Wandelschuldverschreibungen zum Nennwert von je EUR 1,00 zu zeichnen. Es wurde ein Wandlungspreis zum Zeitpunkt der Angebotslegung festgelegt. Die Angebotslegung erfolgte innerhalb von zwei Wochen nach Veröffentlichung der Halbjahresgeschäftszahlen für das Geschäftsjahr 2002, der Wandlungspreis entspricht dem Durchschnitt der letzten fünf Handelstage vor Angebotslegung.

Nach Ablauf von zwei und drei Jahren hat das Aufsichtsratsmitglied die Möglichkeit, unter Zuzahlung bis zum Wandlungspreis jeweils die Hälfte seiner Teilwandelschuldverschreibungen in Aktien der Gesellschaft zu wandeln. Die Laufzeit der Wandelschuldverschreibungen beträgt sieben Jahre nach Angebotslegung.

Dem Wandelschuldverschreibungsprogramm 2002/2011 für Vorstand und Mitarbeiter der Gesellschaft liegen dieselben Bedingungen wie dem Programm für Aufsichtsräte zugrunde.

Im Geschäftsjahr 2004 hat die Gesellschaft auf der Hauptversammlung am 22.04.2004 ein weiteres Wandelschuldverschreibungsprogramm für Aufsichtsräte (Wandelschuldverschreibungsprogramm 2004/2012) beschlossen. Hierbei kommen die gleichen Konditionen wie im Wandelschuldverschreibungsprogramm 2002/2010 zum Tragen. Das Wandelschuldverschreibungsprogramm für Vorstände und Mitarbeiter der Gesellschaft (Wandelschuldverschreibungsprogramm 2002/2011) wurde um drei Jahre verlängert und trägt jetzt die Bezeichnung „Wandelschuldverschreibungsprogramm 2002/2014“. Als Grundlage wurde von der Hauptversammlung das bedingte Kapital 2004/I in Höhe von EUR 50.000 beschlossen.

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der umlaufenden Wandelschuldverschreibungen in den Geschäftsjahren 2011 und 2010:

Wandelschuldverschreibungen	Stück	gewichteter, durchschnittlicher Ausübungspreis
Ausstehend per 01.01.2010	16.000	5,10
Ausgeübt in 2010	9.000	4,51
Ausstehend per 31.12.2010 / 01.01.2011	7.000	5,86
Ausgeübt in 2011	7.000	5,86
Ausstehend per 31.12.2011	0	0

Zum 31.12.2011 stehen keine Wandelschuldverschreibungen mehr aus.

36. Wandelschuldverschreibungen der Organmitglieder

Zum 31.12.2011 halten Organmitglieder wie bereits zum 31.12.2010 keine Wandlungsrechte auf Aktien der ATOSS Software AG.

37. Pensionsrückstellungen

Der Pensionsaufwand ergibt sich wie folgt:

	31.12.2011 EUR	31.12.2010 EUR
Laufender Dienstzeitaufwand	116.853	105.281
Zinsaufwand	143.644	131.282
Abzüglich erwartete Erträge aus dem Planvermögen	-52.775	-37.861
Erfasste versicherungsmathematische Gewinne	0	-17.548
Nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand	0	0,00
Aufwendungen für Versorgungsleistungen	207.722	181.154

Der laufende Dienstzeitaufwand sowie der nachzuerrechnende Dienstzeitaufwand werden in der Gewinn- und Verlustrechnung unter den Vertriebskosten ausgewiesen, während der Zinsaufwand, die Erträge aus dem Planvermögen und die erfassten versicherungsmathematischen Gewinne im Zinsergebnis gezeigt werden.

Die tatsächliche Rendite des Planvermögens betrug in 2011 EUR 16.580 (Vorjahr: EUR 13.137). Die erwartete Rendite des Planvermögens beträgt 4 Prozent. Unter Beachtung, dass das Planvermögen in Rückdeckungsversicherungen namhafter Versicherungsgesellschaften investiert ist, hält die Gesellschaft diesen Wert auf langfristige Sicht für angemessen.

Für das Jahr 2012 erwartet die Gesellschaft Pensionsaufwendungen in Höhe von EUR 190.180.

Der Verpflichtungsumfang lässt sich folgendermaßen auf den Bilanzansatz überleiten:

	31.12.2011 EUR	31.12.2010 EUR	31.12.2009 EUR	31.12.2008 EUR
Leistungsorientierte Verpflichtung	2.745.208	2.679.934	2.303.187	1.275.692
Beizulegender Zeitwert des Planvermögens	-1.455.009	-1.202.953	-871.110	-711.781
	1.290.199	1.476.981	1.432.077	563.911
Nicht erfasste versicherungsmathematische Gewinne und Verluste	426.770	267.742	450.198	.612.939
Pensionsrückstellung	1.716.969	1.744.723	1.882.275	1.176.850

Die Gesellschaft hat die Ansprüche aus den zur Deckung der Pensionszusage abgeschlossenen Rückdeckungsversicherungen in 2005 bzw. in 2010 abgetreten.

Die Änderungen des Barwerts der leistungsorientierten Verpflichtungen stellen sich wie folgt dar:

	2011 EUR	2010 EUR
Leistungsorientierte Verpflichtung zum 01.01.	2.679.934	2.303.187
Zinsaufwand	143.644	131.282
Laufender Dienstzeitaufwand	116.853	105.281
Versicherungsmathematische Gewinne	-195.223	140.184
Nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand	0	0
Leistungsorientierte Verpflichtung zum 31.12.	2.745.208	2.679.934

Die Änderungen des beizulegenden Zeitwerts des Planvermögens stellen sich wie folgt dar:

	2011 EUR	2010 EUR
Beizulegender Zeitwert des Planvermögens zum 01.01.	1.202.953	871.110
Erwartete Rendite	52.775	37.861
Arbeitgeberbeiträge	235.476	318.706
Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste	-36.195	-24.724
Beizulegender Zeitwert des Planvermögens zum 31.12.	1.455.009	1.202.953

Die Beträge der laufenden und der vorangegangenen Berichtsperioden stellen sich wie folgt dar:

	31.12. 2011 EUR	31.12. 2010 EUR	31.12. 2009 EUR	31.12. 2008 EUR	31.12. 2007 EUR
Leistungsorientierte Verpflichtung	2.745.208	2.679.934	2.303.187	1.275.692	1.442.834
Planvermögen	-1.455.009	-1.202.953	-871.110	-711.781	-567.755
Unterdeckung	1.290.199	1.476.981	1.432.077	563.911	875.079

Im Geschäftsjahr nach der Berichtsperiode werden in den Pensionsplan voraussichtlich Beiträge in Höhe von EUR 235.774 bezahlt.

38. Eigenkapital

Die Entwicklung des Eigenkapitals ist aus der Darstellung der Veränderung des Konzern-Eigenkapitals ersichtlich. Die in 2011 ausgeschüttete Dividende betrug EUR 0,60 (Vorjahr: EUR 0,50) je Aktie. Die erfolgsneutrale Veränderung der Kapitalrücklage und der eigenen Anteile ist auf den Kauf und Verkauf von eigenen Anteilen zurückzuführen. Das Eigenkapital aus nicht realisierten Gewinnen und Verlusten ist auf die erfolgsneutralen Zuschreibungen der finanziellen Vermögenswerte und der damit verbundenen Bildung von latenten Steuern zurückzuführen.

39. Gezeichnetes Kapital

Ausgegebene Stückaktien im Umlauf

Das Kapital der Gesellschaft ist in 4.025.667 Stückaktien zum rechnerischen Nennwert von EUR 1,00 eingeteilt. Alle Aktien sind vollständig stimm- und dividendenberechtigt. Im Jahresmittel waren 4.025.667 Aktien abzüglich der 50.181 durchschnittlich gehaltenen eigenen Aktien, also 3.975.486 Aktien in Umlauf (Vorjahr: 3.964.423 Aktien).

Aktien der ATOSS Software AG im Besitz der Organmitglieder

Zum jeweiligen Bilanzstichtag halten die Organmitglieder folgende Aktienbestände der ATOSS Software AG:

	31.12. 2011	31.12. 2010
Andreas F.J. Obereder	1.981.184	1.981.184
Peter Kim	19.760	19.760
Gesamt	2.000.944	2.000.944

Genehmigtes Kapital

Der Vorstand wurde durch Beschluss der Hauptversammlung vom 30.04.2009, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts München am 06.05.2009, ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 29.04.2014 einmalig oder mehrmals um insgesamt bis zu EUR 402.566 durch Ausgabe von bis zu 402.566 neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlage zu erhöhen.

Bedingtes Kapital

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 16.02.2000, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts München am 10.03.2000, ist das Grundkapital um EUR 280.000 bedingt erhöht (Bedingtes Kapital 2000/I). Dieses bedingte Kapital betrifft das Wandelschuldverschreibungsprogramm 2000/2010.

Weiterhin ist das Grundkapital der Gesellschaft durch Beschlüsse der Hauptversammlung vom 22.05.2002, vom 30.04.2003 sowie vom 22.04.2004 zur Bedienung von Wandlungsrechten von Mitgliedern des Vorstands der Gesellschaft, der Geschäftsführung verbundener Unternehmen und sonstiger Leistungsträger (Wandelschuldverschreibungsprogramm 2002/2011 bzw. 2014) um EUR 360.000 bedingt erhöht (Bedingtes Kapital 2002/I) sowie zur Bedienung von Wandlungsrechten von Mitgliedern des Aufsichtsrats (Wandelschuldverschreibungsprogramm 2002/2010) um EUR 50.000 (Bedingtes Kapital 2002/II) bedingt erhöht.

Schließlich wurde das Grundkapital der Gesellschaft durch Beschluss der Hauptversammlung vom 22.04.2004, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts München am 11.06.2004, zur Bedienung von Wandlungsrechten von Mitgliedern des Aufsichtsrats (Wandelschuldverschreibungsprogramm 2004/2012) um EUR 50.000 bedingt erhöht (Bedingtes Kapital 2004/I).

40. Kapitalrücklage

Die Kapitalrücklage belief sich zum 31.12.2006 auf EUR 362.241. Im Geschäftsjahr 2007 wurden EUR 518.611 aufgrund von Verkäufen eigener Anteile aus der Kapitalrücklage entnommen. Aufgrund der in Vorjahren ausgegebenen Wandelschuldverschreibungen wurden der Kapitalrücklage EUR 21.859 im Geschäftsjahr 2007 zugeführt. Die Kapitalrücklage belief sich zum 31.12.2007 auf EUR -134.511.

Im Geschäftsjahr 2008 wurden EUR 113.942 aufgrund von Verkäufen eigener Anteile aus der Kapitalrücklage entnommen. Die Kapitalrücklage belief sich zum 31.12.2008 auf EUR -248.453.

Im Geschäftsjahr 2009 wurden EUR 52.560 aufgrund von Verkäufen eigener Anteile aus der Kapitalrücklage entnommen. Die Kapitalrücklage belief sich zum 31.12.2009 auf EUR -301.013.

Aufgrund weiterer Verkäufe von eigenen Anteilen im Geschäftsjahr 2010 wurden aus der Kapitalrücklage EUR 74.190 entnommen. Die Kapitalrücklage zum 31.12.2010 betrug EUR -375.203.

Infolge der im Geschäftsjahr 2011 durchgeführten Verkäufe von eigenen Anteilen wurden aus der Kapitalrücklage EUR 12.325 entnommen. Zum 31.12.2011 beträgt die Kapitalrücklage EUR -387.528.

41. Eigene Anteile

Die Gesellschaft hat im Dezember 2000 27.285 Aktien eines ehemaligen Vorstandsmitglieds zum Preis von EUR 10,00 je Aktie zurückgekauft. Dieser Preis lag geringfügig unter dem damals aktuellen Kurswert von EUR 11,00.

Nach Genehmigung durch die Hauptversammlung am 20.05.2001 wurden im Geschäftsjahr 2001 21.715 Aktien der Gesellschaft zu Preisen zwischen EUR 4,50 und EUR 10,00 zurückgekauft.

Im Geschäftsjahr 2002 wurde der Rückkauf eigener Anteile fortgesetzt und 184.760 Aktien zum Gesamtpreis von EUR 1.470.244 erworben.

In 2003 wurden weitere 18.000 Aktien zum Kurs von EUR 15,34 gekauft. Für ausgeübte Wandelschuldverschreibungen wurden im Geschäftsjahr 2003 23.107 eigene Anteile verwendet.

Im Geschäftsjahr 2004 wurden 75.718 eigene Anteile verwendet sowie 78.167 eigene Anteile zu Kursen zwischen EUR 8,47 und EUR 14,84 zurückgekauft.

In 2005 wurden weitere 81.044 eigene Aktien sowie in 2006 74.004 eigene Aktien für die Bedienung des Wandelschuldverschreibungsprogramms verwendet.

Im Geschäftsjahr 2007 wurden zur Bedienung des Wandelschuldverschreibungsprogramms 44.173 eigene Aktien verwendet.

Im Geschäftsjahr 2008 wurden zur Bedienung des Wandelschuldverschreibungsprogramms 14.500 eigene Aktien verwendet sowie 51.513 Aktien der Gesellschaft zu Preisen zwischen EUR 5,40 und EUR 8,00 je Aktie zurückgekauft.

Im Geschäftsjahr 2009 wurden zur Bedienung des Wandelschuldverschreibungsprogramms 8.000 eigene Aktien verwendet. Auf Grundlage der Ermächtigung der Hauptversammlung vom 29. April 2008 wurden im Geschäftsjahr 2009 weitere 4.205 Aktien der Gesellschaft zu Preisen zwischen EUR 7,00 und EUR 7,25 je Aktie zurückgekauft. Zum 31.12.2009 hält die Gesellschaft 65.099 eigene Aktien (Vorjahr: 68.894) zum Durchschnittspreis von EUR 7,54 (Vorjahr: EUR 8,17).

Im Geschäftsjahr 2010 wurden zur Bedienung des Wandelschuldverschreibungsprogramms 9.000 eigene Aktien verwendet. Eigene Anteile wurden im Geschäftsjahr 2010 nicht zurückgekauft. Zum 31.12. 2010 hielt die Gesellschaft 56.099 eigene Aktien (Vorjahr: 65.099) zum Durchschnittspreis von EUR 6,71 (Vorjahr: EUR 7,54).

Der Ermächtigungsbeschluss der Hauptversammlung vom 30. April 2010 bezüglich dem Rückkauf eigener Aktien wurde in der Hauptversammlung am 03. Mai 2011 aufgehoben.

Zugleich wurde der Vorstand in der am 03. Mai 2011 durchgeführten Hauptversammlung gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG ermächtigt, bis einschließlich zum 29. Oktober 2012, außer zum Zwecke des Handels mit eigenen Aktien und unter Beachtung der Beschränkungen gemäß § 71 Abs. 2 AktG, Aktien der Gesellschaft in einem Umfang von bis zu zehn von Hundert des Grundkapitals der Gesellschaft über die Börse oder mittels eines an alle Aktionäre der Gesellschaft gerichteten öffentlichen Kaufangebots zu erwerben.

Darüber hinaus wurde der Vorstand in der Hauptversammlung vom 03. Mai 2011 ermächtigt, die erworbenen eigenen Aktien ohne einen weiteren Hauptversammlungsbeschluss nicht nur über die Börse oder durch ein öffentliches Angebot an alle Aktionäre, sondern unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre auch

- mit Zustimmung des Aufsichtsrats gegen Sacheinlage an Dritte auszugeben, sofern der Erwerb der Sacheinlage im wohlverstandenen Interesse der Gesellschaft liegt und sofern der für eine eigene Aktie von Dritten zu erbringende Gegenwert nicht unangemessen niedrig ist;
- mit Zustimmung des Aufsichtsrats gegen Bareinlage an Dritte auszugeben, um die Aktien der Gesellschaft an einer ausländischen Börse einzuführen, an denen die Aktien der Gesellschaft bisher nicht zum Handel zugelassen sind;
- mit Zustimmung des Aufsichtsrats zu einem Barkaufpreis zu veräußern, der den Börsenpreis der Aktien der Gesellschaft zum Zeitpunkt der Veräußerung nicht wesentlich unterschreitet;
- in Erfüllung der Aktienbezugsrechte aus dem Wandelschuldverschreibungsprogramm der Gesellschaft an Bezugsberechtigte zu übertragen; soweit die eigenen Aktien in Erfüllung von Aktienbezugsrechten aus dem Wandelschuldverschreibungsprogramm dem Vorstand übertragen werden sollen, liegt die Zuständigkeit beim Aufsichtsrat.

Der Vorstand wurde ferner in der Hauptversammlung vom 03. Mai 2011 ermächtigt, die erworbenen eigenen Aktien ohne weiteren Hauptversammlungsbeschluss einzuziehen.

Die Ermächtigungen hinsichtlich der Verwendung von eigenen Aktien erfassen auch die Verwendung von eigenen Aktien der Gesellschaft, die aufgrund früherer Ermächtigungsbeschlüsse nach § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG erworben wurden.

Im Geschäftsjahr 2011 wurden zur Bedienung des Wandelschuldverschreibungsprogramms 7.000 eigene Aktien verwendet. Eigene Anteile wurden im Geschäftsjahr 2011 nicht zurückgekauft. Zum 31.12. 2011 hält die Gesellschaft 49.099 eigene Aktien (Vorjahr: 56.099) zum Durchschnittspreis von EUR 6,58 (Vorjahr: EUR 6,71). Zum Stichtag befinden sich 3.976.568 Aktien im Umlauf (Vorjahr: 3.969.568).

IV. Angaben zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

42. Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse setzen sich folgendermaßen zusammen:

	2011 EUR	2010 EUR
Software-Lizenzen	6.685.765	6.541.206
Software-Pflege	12.135.629	11.305.759
Software gesamt	18.821.394	17.846.965
Beratung	8.381.544	7.913.773
Hardware	2.806.126	2.452.064
Sonstige	1.565.465	1.101.670
Umsatzerlöse, gesamt	31.574.529	29.314.472

Die Gesellschaft wendet für langfristige Fertigungsaufträge die Umsatzrealisierung entsprechend dem Projektfortschritt nach IAS 11 an. Die Erlöse werden entsprechend dem Fertigstellungsgrad realisiert. Die Ermittlung des Fertigstellungsgrades erfolgt im Verhältnis von bereits geleisteten Implementierungsstunden zu den erwarteten Implementierungsstunden. Für jeden langfristigen Fertigungsauftrag wird ein Projektplan erstellt.

Insgesamt wurden im Geschäftsjahr 2011 EUR 2.628.457 (Vorjahr: EUR 4.393.953) aus Fertigungsaufträgen als Umsatzerlöse gewinnwirksam realisiert. Zum 31.12.2011 existieren Gewinne in Höhe von EUR 0 aus Projekten, welche nach der Teilgewinnrealisierungs-Methode realisiert und noch nicht berechnet wurden. Diese betragen im Vorjahr EUR 6.576.

Die Gesellschaft hat Kunden aus allen Industriezweigen sowie aus dem öffentlichen Dienst. In den Geschäftsjahren 2011 und 2010 hatte kein Kunde einen Umsatzanteil von 10 Prozent oder mehr am Gesamtumsatz.

Die Umsatzerlöse verteilen sich geografisch wie folgt:

	2011 EUR	2010 EUR
Deutschland	28.655.252	26.548.045
Österreich	1.836.630	1.984.987
Schweiz	695.992	490.838
Deutschsprachiger Raum, gesamt	31.187.874	29.023.870
Übrige Länder	386.655	290.602
Gesamt	31.574.529	29.314.472

43. Umsatzkosten

Unter den Umsatzkosten werden neben dem Materialaufwand für bezogene Waren (Hardware und sonstige Handelswaren) auch die Aufwendungen für bezogene Leistungen sowie die Personal- und Gemeinkosten für Consulting, Services und Support erfasst, die für die Erbringung von Dienstleistungen entstehen.

	2011 EUR	2010 EUR
Materialaufwand (bezogene Waren)	2.767.195	2.608.304
Materialaufwand (bezogene Leistungen)	68.300	127.007
Personalkosten	4.727.804	4.746.711
Planmäßige Abschreibungen	130.739	136.337
Gemeinkosten	1.651.925	1.734.512
Gesamt	9.345.963	9.352.871

44. Vertriebskosten

Die Vertriebskosten enthalten neben den Personal- und Gemeinkosten für Vertriebsaktivitäten auch Werbeaufwendungen, die sofort aufwandswirksam erfasst werden.

	2011 EUR	2010 EUR
Personalkosten Vertrieb	3.382.415	3.262.945
Planmäßige Abschreibungen	84.546	71.973
Gemeinkosten Vertrieb	1.362.193	692.596
Werbeaufwendungen	697.679	726.013
Gesamt	5.526.833	4.753.527

45. Verwaltungskosten

Die Aufwendungen für allgemeine und Verwaltungskosten setzen sich folgendermaßen zusammen:

	2011 EUR	2010 EUR
Personalkosten	1.890.402	1.813.367
Planmäßige Abschreibungen	46.672	.36.003
Gemeinkosten	802.918	694.913
Gesamt	2.739.992	2.544.283

46. Aufwendungen für Forschung und Entwicklung

Die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung setzen sich folgendermaßen zusammen:

	2011 EUR	2010 EUR
Personalkosten Forschung und Entwicklung	5.335.554	4.797.283
Planmäßige Abschreibungen auf Sachanlagen	224.261	201.925
Gemeinkosten Forschung und Entwicklung	1.091.663	963.408
Gesamt	6.651.478	5.962.616

47. Personalaufwand

	2011 EUR	2010 EUR
Löhne und Gehälter	12.649.274	11.908.490
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung davon für Altersversorgung EUR 240.030 (Vorjahr: EUR 172.479)	2.686.902	2.711.818
Aufwendungen für Wandelschuldverschreibungen	0	0
Gesamt	15.336.176	14.620.308

Die Rückstellungen für Personalaufwendungen wurden für das Geschäftsjahr 2010 nicht voll ausgeschöpft. Die Auflösung von Personalrückstellungen erfolgt im laufenden Geschäftsjahr gegen den Personalaufwand und führte zu einer Reduzierung der Personalkosten.

48. Finanzerträge und Finanzaufwendungen

Die Finanzerträge in Höhe von EUR 2.078.485 (Vorjahr: EUR 208.365) betreffen im Wesentlichen Gewinne aus der Veräußerung von finanziellen Vermögenswerten in Höhe von EUR 1.775.283 (Vorjahr: EUR 0), Dividendenerträge in Höhe von EUR 92.521 (Vorjahr: 0) sowie Zinserträge aus Festgeldern mit kurzen Restlaufzeiten sowie Tagesgelder und Girokonten in Höhe von EUR 197.864 (Vorjahr: 208.364). Die zum 31.12.2011 erhaltenen Finanzerträge betragen EUR 2.078.485 (Vorjahr: EUR 160.501).

Die Gesellschaft weist in 2011 Finanzaufwendungen in Höhe von EUR 975.644 (Vorjahr: EUR 89.787) aus. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Finanzaufwendungen im Rahmen der Wertberichtigung von sonstigen finanziellen Vermögenswerten in Höhe von EUR 859.248 (Vorjahr: 0) sowie Finanzaufwendungen im Zusammenhang mit der Pensionsrückstellung in Höhe von EUR 107.449 (Vorjahr: 89.010). Die zum 31.12.2011 gezahlten Zinsaufwendungen betragen EUR 1.297 (Vorjahr: EUR 681).

49. Sonstige betriebliche Aufwendungen und Erträge

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen und Erträge enthalten im Wesentlichen Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen von EUR 8.673 (Vorjahr: EUR 11.156), Erträge aus Kursdifferenzen von EUR 64.818 (Vorjahr: EUR 76.867). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten im Wesentlichen Aufwendungen aus Kursdifferenzen in Höhe von EUR 69.318 (Vorjahr: EUR 15.562).

50. Währungsumrechnung

Durch die Währungsumrechnung entstanden im Geschäftsjahr 2011 Erträge aus Kursdifferenzen von EUR 64.818 (Vorjahr: EUR 76.867) und Aufwendungen aus Kursdifferenzen von EUR 69.318 (Vorjahr: EUR 15.562), die in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen und Erträgen enthalten sind.

51. Steueraufwand/Steuerertrag

	2011 EUR	2010 EUR
Laufender Steueraufwand	3.198.941	2.195.623
Latente Steuern	-463.456	-35.932
Steuerertrag aus der Auflösung von Rückstellungen für Vorjahre	0	-610
Steueraufwand	2.735.485	2.159.081

52. Ergebnis je Aktie

Das Ergebnis je Aktie ergibt sich in Übereinstimmung mit IAS 33 aus der Division des Jahresergebnisses durch die gewichtete, durchschnittliche Anzahl der ausgegebenen Aktien. Für die Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie wurde die durchschnittliche Anzahl von Aktien durch Hinzurechnung der Ausgabe potentieller Aktien aus Wandelschuldverschreibungen erhöht und der der Berechnung zugrunde zu legende Jahresüberschuss um den Netto-Zinsaufwand für die Wandelschuldverschreibungen erhöht.

	2011 EUR	2010 EUR
Jahresüberschuss	5.675.315	4.799.089
Gewichtete, durchschnittliche Anzahl ausstehender Aktien	3.975.486	3.964.423
Ergebnis je Aktie	1,43	1,21
Ergebniseffekt aus Zinsaufwand für Wandelschuldverschreibungen	22	243
Jahresüberschuss um Verwässerungseffekte bereinigt	5.675.337	4.799.332
Verwässerungseffekt durch Wandelschuldverschreibungen	1.082	12.145
Gewichtete, durchschnittliche Anzahl ausstehender Aktien unter der Annahme der Verwässerung	3.976.568	3.976.568
Ergebnis je Aktie (verwässert)	1,43	1,21

V. Segmentberichterstattung

Die Gesellschaft verfügt über nur ein einheitliches Geschäftssegment im Sinne von IFRS 8, das die Erstellung, den Vertrieb und die Implementierung von Softwarelösungen in Hinblick auf den effizienten Personaleinsatz umfasst. Entsprechend der Strategie der Gesellschaft als Anbieter durchgängiger Lösungen im Thema Arbeitszeitmanagement und Personaleinsatzplanung werden die Softwarelösungen bestehend aus Softwarelizenzen, Wartungsleistungen, Beratungsleistungen und die Lieferung von Hardware zur Zeiterfassung und Zutrittskontrolle (Handelsware) integriert für Kunden angeboten und sind in ihrer Risikostruktur vergleichbar. Die Softwarelösungen werden bei kleineren und mittleren Unternehmen im KMU-Markt sowie bei Kunden des gehobenen Mittelstands und Großkunden (Premium-Markt) eingesetzt. Die Wahl der Softwarelösung hängt wesentlich von den spezifischen technischen und fachlichen Anforderungen des jeweiligen Kunden ab. Lediglich im Hinblick auf den Vertriebsansatz wird zwischen der Adressierung des KMU- und des Premium-Marktes unterschieden.

In den nachfolgenden Tabellen stellt die Gesellschaft die nach Softwarelösungen gegliederten Umsatzerlöse sowie die diesbezüglichen operativen Ergebnisbeiträge dar.

Bei den Softwarelösungen handelt es sich im Einzelnen um:

- ATOSS Staff Efficiency Suite (ASES) und ATOSS Startup Edition (ASE): ASES und ASE sind Softwarelösungen zum Arbeitszeitmanagement sowie zur Personaleinsatzplanung für Kunden aller Branchen und Größenordnungen. Mit diesen Softwarelösungen werden in der Regel Dienstleistungen zur Implementierung der Softwarelösungen beim Kunden und Schulung von Mitarbeitern der Kunden erbracht. Des Weiteren werden Consultingleistungen mit dem Ziel erbracht, innerhalb der betrieblichen Rahmenbedingungen sowie unter Berücksichtigung von Betriebsvereinbarungen oder Tarifverträgen optimale Lösungen zum effizienten Personaleinsatz zu entwickeln und vorhandene Spielräume sinnvoll zu nutzen. Ebenso werden Hardwarekomponenten zur Zeiterfassung sowie Erfassungsmedien als Handelsware vertrieben.

Die Softwarelösung ASES/ASE wird auf allen wesentlichen marktgängigen Systemplattformen und Datenbanken eingesetzt und erfüllt über ihre weit reichende Parametrierfähigkeit selbst höchste Anforderungen von Kunden gleich welcher Größenordnung und unterschiedlicher Branchen.

- ATOSS Time Control (ATC): ATC bietet eine Softwarelösung zum Arbeitszeitmanagement und zur Personaleinsatzplanung für kleinere und mittlere Kundengruppen sowie große, dezentral organisierte Kunden. Auch für ATC bietet ATOSS entsprechende Dienstleistungen zur Implementierung und Schulung der Softwarelösungen sowie Consultingleistungen zum effizienten Personaleinsatz an. Ebenso werden Hardware und Erfassungsmedien als Handelsware angeboten. Die Softwarelösung ATC wird auf der Systemplattform Microsoft Windows unter Verwendung marktgängiger SQL-Datenbanken eingesetzt und zeichnet sich durch besonders hohe Anwenderfreundlichkeit und Komfort bei kleineren und mittleren Kunden sowie großen dezentralen Organisationen aus.

Die Umsatzerlöse teilen sich auf die Produktgruppen folgendermaßen auf:

	2011 EUR	2010 EUR
ATOSS Staff Efficiency Suite (ASES) und ATOSS Startup Edition (ASE)	29.068.910	26.985.841
ATOSS Time Control	2.505.619	2.328.631
Gesamt	31.574.529	29.314.472

Das Ergebnis vor Zinsen und Steuern (EBIT) teilt sich auf die Produktgruppen folgendermaßen auf:

	2011 EUR	2010 EUR
ATOSS Staff Efficiency Suite (ASES) und ATOSS Startup Edition (ASE)	6.837.019	6.445.384
ATOSS Time Control	470.940	394.208
Betriebsergebnis	7.307.959	6.839.592

Die geografische Aufteilung der Konzernumsätze ist unter Punkt 42 aufgeführt. Die langfristigen Vermögenswerte werden im Wesentlichen in Deutschland gehalten. In den Geschäftsjahren 2011 und 2010 hatte kein Kunde einen Umsatzanteil von 10 Prozent oder mehr am Gesamtumsatz.

VI. Angaben zur Konzern-Kapitalflussrechnung

53. Cash Flow aus betrieblicher Tätigkeit

Der Cash Flow aus betrieblicher Tätigkeit liegt für den Zeitraum vom 01.01. 2011 bis zum 31.12. 2011 bei EUR 5.317.535 (Vorjahr: EUR 5.634.876) und damit um EUR 317.341 unter dem Vorjahreswert.

Positiv auf den Cash Flow aus betrieblicher Tätigkeit wirkte sich hauptsächlich das Nettoergebnis, Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens, der Rückgang der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie das sonstige Ergebnis aus Finanzanlagen (Wertberichtigungen, Zinserträge) aus. Cash Flow reduzierende Effekte ergaben sich durch den Verkauf von zur Veräußerung verfügbarer finanzieller Vermögenswerte, die im Cash Flow aus der Investitionstätigkeit ausgewiesen werden. Die durchschnittliche Forderungslaufzeit beträgt im Geschäftsjahr 2011 25 Tage (Vorjahr: 32 Tage) und ist als sehr niedrig anzusehen.

Der Ausweis der Einnahmen und Ausgaben aus Zinserträgen im Cash Flow wurde gegenüber dem Vorjahr verändert. Diese werden ab 2011 im Cash Flow aus der Investitionstätigkeit ausgewiesen. Der Vorjahreswert wurde entsprechend angepasst.

Die Cashflow Position „Anpassung zahlungsunwirksamer Posten“ beinhaltet im Wesentlichen die Korrektur der erfolgsneutral gebildeten latenten Steuern.

Die betrieblichen Steuern entfallen ebenfalls vollständig auf den Cash Flow aus betrieblicher Tätigkeit.

54. Cash Flow aus Investitionstätigkeit

Der Cash Flow aus Investitionstätigkeit liegt für den Zeitraum vom 01.01.2011 bis zum 31.12.2011 bei EUR -8.546.767 (Vorjahr: EUR -2.331.293) und damit um EUR 6.215.474 unter dem Vorjahreswert. Er resultiert aus Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen in Höhe von EUR 672.424 (Vorjahr: EUR 2.491.113) sowie aus Auszahlungen für Investitionen in sonstige finanzielle Vermögenswerte in Höhe von EUR 23.648.802 und Einzahlungen von Investitionen in sonstige finanzielle Vermögenswerte in Höhe von EUR 15.577.892 sowie Einzahlungen aus Zinsen in Höhe von EUR 197.864 und Auszahlungen für Zinsen von EUR 1.297.

55. Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit

Der Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit liegt für den Zeitraum vom 01.01.2011 bis zum 31.12.2011 bei EUR -2.344.891 (Vorjahr: EUR -1.940.224) und damit um EUR 404.667 unter dem Vorjahreswert. Er besteht in 2011 aus der Auszahlung der Dividende in Höhe von EUR 0,60 je Aktie (Vorjahr: EUR 0,50) sowie Einzahlungen aus dem Verkauf eigener Anteile in Höhe von EUR 41.050 (Vorjahr: EUR 40.560).

VII. Sonstige Angaben

56. Aufsichtsrat

Mitglieder des Aufsichtsrats sind:

Peter Kirn	Vorsitzender, Unternehmensberater, Böblingen
Richard Hauser	Stellvertretender Vorsitzender, Geschäftsführer der milon industries GmbH, Grünwald
Rolf Baron Vielhauer von Hohenhau	Präsident des Bundes der Steuerzahler in Bayern e.V., München

Die Aufsichtsratsmitglieder nehmen zum 31.12. 2011 weitere Aufsichtsratsmandate bei folgenden Unternehmen wahr:

Peter Kirn	Böblinger Baugesellschaft mbH, Böblingen Fernwärme Transportgesellschaft mbH, Böblingen
Richard Hauser	MT Aerospace AG, Augsburg
Baron Vielhauer von Hohenhau	Verwaltungsrat der Stadtparkasse Augsburg

Die Aufsichtsratsvergütung setzte sich wie folgt zusammen:

Peter Kirn	2011 EUR	2010 EUR
Satzungsmäßige Vergütung	20.000	20.000
Sitzungsgelder	6.000	6.000
Gesamt	26.000	26.000

Richard Hauser	2011 EUR	2010 EUR
Satzungsmäßige Vergütung	20.000	0
Sitzungsgelder	6.000	0
Gesamt	26.000	0

Fritz Fleischmann	2011 EUR	2010 EUR
Satzungsmäßige Vergütung	0	20.000
Sitzungsgelder	0	6.000
Gesamt	0	26.000

Rolf Baron Vielhauer von Hohenhau	2011 EUR	2010 EUR
Satzungsmäßige Vergütung	10.000	10.000
Sitzungsgelder	2.250	3.000
Gesamt	12.250	13.000

Für Beratungstätigkeiten, die über die Aufsichtsratsaktivität hinausgehen, fielen im Geschäftsjahr 2011 keine Aufwendungen an (Vorjahr: EUR 4.363).

59. Arbeitnehmer

Zum 31.12.2011 bestanden 269 Beschäftigungsverhältnisse (Vorjahr: 247), im Durchschnitt waren es 259 (Vorjahr: 243); ohne Berücksichtigung von Vorstand, Auszubildenden und Praktikanten waren durchschnittlich 244 Arbeitnehmer beschäftigt (Vorjahr: 225).

Die Mitarbeiterzahlen entwickelten sich im Quartalsdurchschnitt wie folgt:

	2011	2010
Vertrieb und Marketing	37	34
Beratung	70	70
Entwicklung	114	102
Verwaltung	38	37
Gesamt	259	243
davon Auszubildende	4	5
davon Aushilfen und Praktikanten	9	11
davon Vorstände	2	2

60. Honorare für Abschlussprüfer

Für die Abschlussprüfung sowie für sonstige Bestätigungs- und Bewertungsleistungen wurden folgende Honorare an die Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Stuttgart, Zweigniederlassung München, oder mit ihr verbundene Unternehmen als Aufwand erfasst:

	2011 EUR	2010 EUR
Abschlussprüfung	64.480	64.480
davon Einzelabschluss EUR 32.240 (Vorjahr: EUR 32.240)		
davon Konzernabschluss EUR 32.240 (Vorjahr: EUR 32.240)		
Sonstige Bestätigungs- und Bewertungsleistungen	0	0
Gesamthonorar	64.480	64.480

Weitere Vergütungen wurden an den Abschlussprüfer nicht geleistet. Der Gesellschaft ist im Februar 2011 eine Unabhängigkeitserklärung der Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Stuttgart, Zweigniederlassung München, zugegangen.

61. Finanzielle Verpflichtungen

Finanzielle Verpflichtungen betreffen Miet- und Leasingverträge.

Die Gesellschaft least ihren Fuhrpark, Kopierer sowie Server von unterschiedlichen Leasinggesellschaften. Dabei werden die Leasing-Verhältnisse als Operating-Leasing klassifiziert, da im Wesentlichen alle Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum verbunden sind, beim Leasinggeber verbleiben. In Einzelfällen werden auslaufende Leasingverträge verlängert. Eine Kaufoption am Ende der Laufzeit ist nicht vorgesehen. Die Leasingzahlungen werden gemäß IAS 17.33 als Aufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung linear über die Perioden erfasst. Die durchschnittliche Laufzeit der Leasingverträge liegt zwischen drei und fünf Jahren.

Büroflächen werden an den Standorten der Gesellschaft angemietet.

Teilweise beinhalten die Verträge Preisanpassungsklauseln zu marktüblichen Konditionen.

Die finanziellen Verpflichtungen für Miet- und Leasingzahlungen für die nächsten Geschäftsjahre setzen sich wie folgt zusammen:

	Mieten für Gebäudeflächen	Sonstige Miet- und Leasingzahlungen
2012	512.423	481.588
2013 bis 2015	460.190	425.745
nach 2015	117.598	0

Die gesamten Aufwendungen aus allen Miet- und Leasingverträgen betragen im Geschäftsjahr 2011 EUR 1.143.420 (Vorjahr: EUR 1.117.609).

62. Zielsetzungen und Methoden des Finanzrisikomanagements

Die Gesellschaft betrachtet das Eigenkapital als wesentliche Steuerungsgröße zur Abdeckung konjunktureller, branchen- und unternehmensspezifischer Risiken. Die Finanzstrategie der Gesellschaft zielt darauf ab, ein diesen Risiken angemessenes Eigenkapital vorzuhalten.

Der Konzern steuert seine Kapitalstruktur und nimmt Anpassungen vor unter Berücksichtigung des Wandels der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Zur Aufrechterhaltung oder Anpassung der Kapitalstruktur kann der Konzern Anpassungen der Dividendenzahlungen an die Anteilseigner oder eine Kapitalrückzahlung an die Anteilseigner vornehmen oder neue Anteile ausgeben. Zum 31.12.2011 und 31.12.2010 wurden keine Änderungen der Ziele, Richtlinien und Verfahren vorgenommen. Der Lagebericht enthält weitere Ausführungen zur Steuerung der Kapitalstruktur im Konzern.

Die wesentlichen durch den Konzern verwendeten finanziellen Verbindlichkeiten umfassen Schulden aus Lieferungen und Leistungen. Der Hauptzweck dieser finanziellen Verbindlichkeiten ist die Finanzierung der Geschäftstätigkeit des Konzerns.

Der Konzern verfügt über verschiedene finanzielle Vermögenswerte wie Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte sowie Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente. Die sich aus den finanziellen Vermögenswerten ergebenden wesentlichen Risiken des Konzerns umfassen Markt-, Liquiditäts- und Kreditrisiken.

Als wesentliches Risiko wird bei den zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten das Marktrisiko betrachtet. Das Marktrisiko ist das Risiko, dass der beizulegende Zeitwert oder künftige Cashflows eines Finanzinstruments aufgrund von Änderungen der Marktpreise schwanken. Die durch den Konzern vorgenommenen Investitionen in physisches Gold und Aktien sind anfällig für Marktpreisrisiken, die sich aus der Unsicherheit künftiger Wertentwicklungen dieser Finanzinstrumente ergeben. Der Konzern steuert das Marktpreisrisiko durch die Diversifikation und durch Beschränkungen bei der Investition in einzelne Anlageformen und Anlagetitel. Darüber hinaus investiert die Gesellschaft ihre frei verfügbaren finanziellen Mittel nicht in spekulative Anlageformen. Die Anlagestrategie des Konzerns ist auf eine langfristige Wert- und Inflationssicherung ausgelegt. Dem Management und Aufsichtsrat des Konzerns werden regelmäßig Berichte zur Entwicklung der finanziellen Vermögenswerte zur Verfügung gestellt. Die Unternehmensleitung überprüft und genehmigt sämtliche Entscheidungen über die Investition in finanzielle Vermögenswerte.

Zum Berichtsstichtag belief sich das Risiko bei in Aktien investierten finanziellen Vermögenswerten zum beizulegenden Zeitwert auf EUR 2.956.484. Ein weiterer Kursrückgang sämtlicher im Depot befindlichen Aktien um 10 Prozent infolge veränderter Marktbedingungen würde sich mit EUR -180.285 auf das Ergebnis sowie mit EUR -114.922 auf das Eigenkapital des Konzerns auswirken. Auf das Ergebnis wirken sich ausschließlich Wertminderungen aus. Eine Wertminderung bei Aktien liegt vor, sofern der beizulegende Zeitwert einer Aktie 25 Prozent und/oder 6 Monate ununterbrochen unter den Anschaffungskosten datiert. Ein Wertanstieg der Wertpapiere um 10 Prozent würde sich lediglich auf das Eigenkapital, jedoch nicht auf das Ergebnis auswirken.

Bei in Gold investierten finanziellen Vermögenswerten belief sich das Risiko zum Bilanzstichtag zum beizulegenden Zeitwert auf EUR 6.777.166. Ein weiterer Rückgang des Goldpreises um 10 Prozent infolge veränderter Marktbedingungen würde sich mit EUR -622.372 auf das Ergebnis und mit EUR -55.345 auf das Eigenkapital auswirken. Eine Wertminderung beim Gold liegt vor, sobald der beizulegende Zeitwert 10 Prozent und/ oder 6 Monate ununterbrochen unter den Anschaffungskosten datiert. Ein Wertanstieg des Goldes um 10 Prozent würde sich auf das Eigenkapital oder Ergebnis auswirken, abhängig davon, ob zuvor eine Wertminderung erfasst wurde.

Der Konzern verfügt über keine derivativen Finanzinstrumente. Entsprechend den konzerninternen Richtlinien wurde in den Geschäftsjahren 2011 und 2010, und wird auch künftig, kein Handel mit Derivaten betrieben.

Zur Steuerung der Kreditrisiken schließt der Konzern Geschäfte ausschließlich mit kreditwürdigen Dritten ab. Alle Kunden, die mit dem Konzern Geschäfte auf Kreditbasis abschließen möchten, werden einer Bonitätsprüfung unterzogen. Zudem werden die Forderungsbestände laufend überwacht, sodass der Konzern keinem wesentlichen Ausfallrisiko ausgesetzt ist. Das maximale Ausfallrisiko ist auf den in Anhangsangebe 25 ausgewiesenen Buchwert begrenzt. Bei sonstigen finanziellen Vermögenswerten des Konzerns, wie Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente, entspricht das maximale Kreditrisiko bei Ausfall des Kontrahenten dem Buchwert dieser Instrumente.

Weiterhin überwacht der Konzern laufend das Risiko eines Liquiditätsengpasses, indem eine Liquiditätsvorschau auf einen festen Planungshorizont durchgeführt wird.

Die aufgeführten Sensitivitätsanalysen beziehen sich jeweils auf den Stand zum 31. Dezember 2011. Die Sensitivitätsanalysen wurden auf der Grundlage des Bestands der finanziellen Vermögenswerte zum 31. Dezember 2011 aufgestellt.

Der Konzern beurteilt die Risikokonzentration hinsichtlich der sonstigen finanziellen Vermögenswerte als niedrig. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen bestehen gegenüber Kunden, die verschiedenen Branchen angehören und auf unabhängigen Märkten tätig sind. Ebenso investiert der Konzern seine frei verfügbaren finanziellen Mittel in verschiedene Anlageformen wie Gold, Aktien und Festgelder. Bei Investitionen in Aktien nimmt der Konzern zusätzlich eine Diversifikation der Investitionen in Aktien unterschiedlicher Emittenten aus unterschiedlichen Branchen vor.

Die von der Unternehmensleitung beschlossenen Strategien und Verfahren zur Steuerung der Risikoarten werden auch im Lagebericht dargestellt.

63. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Durch Beschluss der ordentlichen Hauptversammlung der ATOSS Software AG (nachfolgend „Gesellschaft“ genannt) vom 03. Mai 2011 ist der Vorstand ermächtigt worden, eigene Aktien der Gesellschaft zu erwerben. Die auf Grund dieser Ermächtigung und früherer Ermächtigungen erworbenen Aktien können u. a. eingezogen werden, ohne dass die Einziehung oder ihre Durchführung eines weiteren Hauptversammlungsbeschlusses bedarf (§ 71 Abs. 1 Nr. 8 Satz 6 AktG).

Aufgrund dieser Ermächtigung hat der Vorstand am 09. Januar 2012 mit Zustimmung des Aufsichtsrats vom 09. Januar 2012 beschlossen, das Grundkapital der Gesellschaft von EUR 4.025.667 um EUR 49.099 auf EUR 3.976.568 durch Einziehung von 49.099 Stückaktien mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital der Gesellschaft von EUR 1,00 je Aktie, die aufgrund der vorstehend erwähnten bzw. in den Vorjahren erfolgten Ermächtigungen zum Erwerb eigener Aktien über die Börse erworben wurden, herabzusetzen.

Die Einziehung und Kapitalherabsetzung erfolgte am 27. Januar 2012 nach Börsenschluss.

Es kam zu keinen weiteren berichtspflichtigen Vorgängen von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag.

64. Angaben zum deutschen Corporate Governance Codex

Vorstand und Aufsichtsrat haben die nach § 161 AktG erforderliche Entsprechenserklärung zur Einhaltung des deutschen Corporate Governance Kodex am 01.12. 2011 abgegeben. Der vollständige Wortlaut der Erklärung befindet sich im Internet unter http://www.atoss.com/NR/rdonlyres/699F22E9-8E20-4595-895F-6D4243826633/0/ATOSS_Entsprechenserklärung_2011.pdf. Vorstand und Aufsichtsrat nehmen jährlich zu den Empfehlungen der deutschen Corporate Governance Kommission Stellung und berichten darüber im Geschäftsbericht.

65. Mitteilungspflichtige Beteiligungen

Der Gesellschaft sind im Geschäftsjahr 2011 keine Mitteilungen über Beteiligungsveränderungen gemäß §§ 21 ff. WpHG zugegangen.

66. Freigabe des Konzernabschlusses

Der vorliegende Abschluss wurde am 27.01.2012 durch den Vorstand der Gesellschaft freigegeben und dem Aufsichtsrat vorgelegt, der bis einschließlich zur bilanzfeststellenden Aufsichtsratssitzung am 06.03.2012 Änderungen am Abschluss vornehmen kann.

Der Vorstand ist davon überzeugt, dass alle Angaben ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der wirtschaftlichen Situation der Gesellschaft, der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie des Cash Flows vermitteln.

67. Ergebnisverwendung

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den frei verfügbaren Bilanzgewinn der ATOSS Software AG, München, aus dem abgelaufenen Geschäftsjahr 2011 in Höhe von EUR 12.907.244 zur Ausschüttung einer Dividende von EUR 0,71 je dividendenberechtigter Stückaktie zu verwenden.

Der verbleibende Teil des Bilanzgewinns wird auf neue Rechnung vorgetragen.

München, 27.01.2012

Andreas F.J. Obereder

Christof Leiber

Konzern-Lagebericht für 2011

1. Unternehmen,
2. Geschäft und Rahmenbedingungen
3. Ertragslage
4. Finanz- und Vermögenslage
5. Nachtragsbericht
6. Risikomanagement- und Kontrollsystem
7. Ausschüttung
8. Prognosebericht: Künftige Wirtschafts- und Branchensituation, künftige Unternehmenssituation

1. Unternehmen

Die ATOSS Software AG ist einer der führenden Anbieter im Bereich Workforce-Management. Sie bietet Standardsoftwarelösungen sowie Prozessberatungs- und Implementierungsdienstleistungen im Bereich Workforce-Management für Unternehmen jeglicher Größenordnungen an.

Die ATOSS Software AG mit Sitz in München verfügt über Betriebstätten in Frankfurt, Hamburg, Stuttgart und Meerbusch sowie über die Tochterunternehmen ATOSS CSD Software GmbH in Cham, ATOSS Software Ges. mbh in Wien, die ATOSS Software AG in Zürich sowie die ATOSS Software S.R.L. in Rumänien.

Der Einsatz der Softwarelösungen der Gesellschaft erfolgt derzeit in weltweit 23 Länder und 8 Sprachen. Rund 4.000 Kunden vom Mittelstand bis zum Blue-Chip-Unternehmen arbeiten mit den Workforce-Management-Lösungen der ATOSS Software AG.

2. Geschäft- und Rahmenbedingungen

Gesamtwirtschaftliche Situation

Die deutsche Wirtschaft verzeichnete im Jahr 2011 ein kräftiges Wachstum. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) war nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes um 3 Prozent höher als im Vorjahr. Damit setzte sich der konjunkturelle Aufwärtstrend der deutschen Wirtschaft auch im zweiten Jahr nach der Wirtschaftskrise weiter fort. Das Wachstum des BIP war in 2011 geprägt durch Aufholeffekte in nahezu allen Wirtschaftsbereichen sowie durch eine gestiegene Nachfrage im In- und Ausland. Anders als im Vorjahr, als der Außenhandel wie schon in vielen früheren Jahren vor der Wirtschaftskrise ein wichtiger Wachstumsmotor der deutschen Wirtschaft war, übernahm diese Rolle im Jahr 2011 die Binnennachfrage. Im Inland wurde mehr konsumiert und investiert als ein Jahr zuvor. Aber auch der deutsche Außenhandel zeigte sich weiterhin dynamisch und konnte auch zur positiven wirtschaftlichen Entwicklung in 2011 beitragen.

Der Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft in Deutschland hat sich im Dezember nach einer Stabilisierung in den Vormonaten weiter auf 107 Punkte verbessert. Die aktuelle Geschäftslage wird von den Unternehmen als günstig eingeschätzt. Gegenüber dem Vorjahr weist der Geschäftsklimaindex einen Rückgang in Höhe von 7 Punkten auf. Gemäß der Konjunkturprognose 2011/2012 signalisieren Frühindikatoren zur Bewertung der Wirtschaftsleistung, dass der deutschen Konjunktur ein Abschwung bevorsteht. Maßgeblich hierfür sind die sich abschwächende Konjunktur und die europäische Schuldenkrise.

Branchensituation und Marktumfeld

Die Entwicklung der IT-Branche hat sich gegenüber dem Vorjahr und der aktuellen Marktentwicklung verbessert. Gemäß der durch den Branchenverband BITKOM veröffentlichten Marktzahlen verzeichnete die IT-Branche ein Wachstum von 3,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Bei Softwareunternehmen konnte sogar ein Wachstum von 5 Prozent gegenüber dem Vorjahr erzielt werden.

Diese Wachstumsentwicklung spiegelt auch der BITKOM Branchenindikator wider, der sich in 2011 deutlich über dem ifo-Geschäftsklimaindex für die Gesamtwirtschaft bewegt.

Während für die Gesamtwirtschaft für 2011 ein gegenüber dem Vorjahr verlangsamtes Wachstum und für den Software-Bereich durch BITKOM ein Wachstum von rund 5 Prozent in Deutschland errechnet wurde, setzte ATOSS seinen Wachstumskurs in 2011 mit einem Umsatzwachstum von 8 Prozent weiter fort.

Dies zeigt sich in den sehr erfolgreichen Umsatz- und Ergebniszahlen des abgelaufenen Jahres. In 2011 konnten mit Mio. EUR 31,6 (Vorjahr: Mio. EUR 29,3) Umsatzerlöse über dem Vorjahr und mit Mio. EUR 7,3 (Vorjahr: Mio. EUR 6,8) bereits zum sechsten Mal in Folge das beste Ergebnis (EBIT) der Unternehmensgeschichte erreicht werden. Die weiter hohen Auftragsbestände schaffen zudem Umsatz- und Planungssicherheit für die nähere Zukunft. Der hohe Bestand an liquiden Mitteln und die hohe Eigenkapitalquote geben darüber hinaus Sicherheit für Kunden, Mitarbeiter und Aktionäre.

Positionierung der ATOSS Gruppe

Der von ATOSS adressierte Markt teilt sich in den zahlenmäßig umfangreichen Markt der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU-Markt) mit bis zu 500 Mitarbeitern sowie in den Premium-Markt, der größere Unternehmen des Mittelstands und Großkunden umfasst. Dabei ist der Wettbewerbsdruck bei geringen Anforderungen an Personaleinsatzplanungssysteme naturgemäß deutlich höher als bei komplexen Lösungen, welche eine hohe Integration von Arbeitszeitmanagement (AZM) und Personaleinsatzplanung (PEP) erfordern. Die richtungsweisende Technologieplattform der Produkte von ATOSS, die hohe Beratungskompetenz sowie die langjährig verlässliche Unternehmensführung von ATOSS bilden überzeugende Entscheidungskriterien.

ATOSS verfolgt seit Unternehmensgründung ihre Vision, mit ihren Lösungen die Strukturen der modernen Arbeitswelt in einer Weise zu beeinflussen, so dass durch den Einsatz ihrer Lösungen im Ergebnis kreativeres, intelligenteres und humaneres Arbeiten ermöglicht wird.

Dabei löst ATOSS mit ihren Produkten und Dienstleistungen dort Kundenprobleme, wo es Schwierigkeiten bereitet, den optimalen Personalbedarf zu ermitteln, Arbeitszeitmodelle optimal zu gestalten, die Arbeitszeit sinnvoll zu verteilen, Zutritt sicher zu gewährleisten und das Personal effizient einzusetzen. Die Kunden der ATOSS Gruppe sind so in der Lage, durch einen wirtschaftlich sinnvollen, mitarbeiter- und kundenorientierten Personaleinsatz ihre Leistungsfähigkeit zu verbessern.

ATOSS ist mit den Kernthemen Arbeitszeitmanagement und Personaleinsatzplanung als Spezialist („Best of Breed“) mit einem sehr tiefen Angebot integrierter Lösungen positioniert, welche höchste funktionale und technologische Anforderungen erfüllen. Über Schnittstellen zu den Lösungen komplementärer Anbieter können Kunden jeder Branche und Unternehmensgröße sinnvoll adressiert werden. ATOSS ist dabei in allen Kundensegmenten sehr erfolgreich. Daneben verfügt die Gesellschaft über höchste Beratungskompetenz bei einer überzeugenden Lösungstiefe und kann somit ihren Kunden Effizienzsteigerungen und weitere Produktivitätsimpulse gewährleisten. Schließlich bietet ATOSS für ihre Lösungen Investitionssicherheit als langfristig engagierter und finanziell unabhängiger Partner.

Eigene Beobachtungen und Vertriebsfolge sowie etliche Studien zur Arbeitsproduktivität zeigen, dass das Marktumfeld Lösungen benötigt, die bei höchsten Komplexitätsanforderungen Steigerungen in der Produktivität ermöglichen:

Der richtige Mitarbeiter

In einem durchgängigen Lösungsportfolio zeigen die ATOSS Lösungen die Qualifikationen des verfügbaren Personals auf, eine schnelle Disposition ist damit möglich. Kurzfristige und auch saisonale Engpässe können so über den Zugriff auf eine Vielzahl von Arbeitnehmern abgedeckt werden.

Zur richtigen Zeit

Fast in allen Branchen schwankt die Auslastung, während das Personal nicht zu jeder Zeit entsprechend dieser Schwankungen beschäftigt werden kann. Unter Berücksichtigung der betrieblichen, tariflichen und gesetzlichen Regelungen sowie Einflussfaktoren wie Urlaub, Krankheit, Teilzeit etc. optimiert ATOSS über ihre Lösungen den Personaleinsatz, um Auftragsspitzen und Leerzeiten abzudecken.

Am richtigen Ort

Flexibler Einsatz von Personal an unterschiedlichen Standorten ermöglicht in dezentral organisierten Unternehmen und Filialbetrieben eine effizientere Auslastung und damit ein höheres Produktivitätsniveau.

Auf dem richtigen Auftrag

Die Integration von Personalplanung und Produktionsplanung erfolgt heute nur in wenigen Fällen. Dennoch lassen sich gerade hier über einen sinnvollen Datenaustausch Planungssicherheit erzeugen und Produktionsprozesse beschleunigen.

Zu den richtigen Kosten

Betriebliche Arbeitszeitmodelle eröffnen heute oftmals flexiblere Möglichkeiten Mitarbeiter einzusetzen, als dies bei starren Arbeitszeiten möglich ist. Doch erst die Bewertung der geleisteten Arbeitszeit mit Zuschlägen und Nebenkosten ermöglicht den Einsatz zu kostenoptimierten Bedingungen.

Die Möglichkeiten zahlreicher ATOSS Kunden wurden durch den Einsatz unserer Lösungen signifikant verbessert, wie durch eigene Untersuchungen gezeigt werden konnte. ATOSS bietet Kunden aller Größen individuelle und passende Konzepte sowie funktionale Kompetenz auf der Basis modernster Technologien.

Bei der Entscheidung für eine langfristige Partnerschaft steht insbesondere bei Großkunden die solide finanzielle Basis und Unabhängigkeit des Unternehmens zunehmend im Fokus. Für eine Investitionsentscheidung ist hierbei die solide Eigenkapitalquote von 67 Prozent (Vorjahr: 63 Prozent), der operative Cash Flow in Höhe von Mio. EUR 5,3 (Vorjahr: Mio. EUR 5,6) und die weiterhin hohen Aufwendungen für die technologische Weiterentwicklung maßgeblich.

Unternehmensentwicklung

Die Gesellschaft misst den Erfolg ihrer Aktivitäten im Wesentlichen an den Kennzahlen Umsatz, Betriebsergebnis (EBIT) und Cash Flow. Eine zentrale Bedeutung kommt hierbei der Entwicklung der Softwarelizenzerlöse zu, da sie den Motor für das Geschäftsmodell des Unternehmens darstellen. In diesem Zusammenhang sind auch die Größen Auftragseingang und Auftragsbestand für Softwarelizenzen essentielle Indikatoren für die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft.

ATOSS erzielte im Geschäftsjahr 2011 einen Umsatz von Mio. EUR 31,6 (Vorjahr: Mio. EUR 29,3) und ein operatives Ergebnis von Mio. EUR 7,3 (Vorjahr: Mio. EUR 6,8). Diese erfreuliche Umsatz- und Ergebnisentwicklung in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten ist unter anderem auf den technologischen Vorsprung der seit 2005 auf Java basierenden Software zurückzuführen. Die Vielzahl an Referenzen für die ATOSS Staff Efficiency Suite bildet so eine solide Basis und Entscheidungshilfe für weitere Geschäftserfolge.

Umsatzentwicklung bei Softwarelizenzen und -wartung, Auftragslage Softwarelizenzen

Die Softwarelizenz- und Softwarewartungsumsätze konnten in 2011 mit Erlösen von Mio. EUR 18,8 (Vorjahr: Mio. EUR 17,8) um 5 Prozent gesteigert werden. Der Umsatzanteil für Software lag bei 60 Prozent (Vorjahr: 61 Prozent).

Dabei stiegen die Umsätze für Softwarewartung im Jahresverlauf um 7 Prozent auf insgesamt Mio. EUR 12,1 (Vorjahr: Mio. EUR 11,3) an.

Die Umsätze für Softwarelizenzen bewegten sich mit Mio. EUR 6,7 (Vorjahr: Mio. EUR 6,5) leicht über dem Vorjahresniveau. Der Anstieg der Umsatzerlöse ist zurückzuführen auf Lizenzerweiterungen von Bestandskunden, den Projektfortschritt bei Großkunden sowie durch weitere Neukundenaufträge für langfristige Fertigungsaufträge.

Die Auftragseingänge in Höhe von Mio. EUR 6,9 bewegen sich deutlich über dem Vorjahr von Mio. EUR 6,3. 12 Prozent (Vorjahr: 28 Prozent) der Auftragseingänge beziehen sich auf langfristige Fertigungsaufträge. Der Auftragsbestand für Softwarelizenzen beträgt zum Geschäftsjahresende 2011 Mio. EUR 3,3 (Vorjahr: Mio. EUR 3,1) und bewegt sich damit weiterhin auf einem hohen Niveau und bildet eine gute Ausgangsbasis für das Jahr 2012. 24 Prozent (Vorjahr: 40 Prozent) des Auftragsbestandes beziehen sich auf langfristige Fertigungsaufträge. Die Realisierung des Auftragsbestandes wird innerhalb von einem Jahr erwartet.

Umsatzentwicklung bei Beratung

Bei den Beratungsumsatzerlösen konnte gegenüber dem Vorjahr ein moderates Umsatzwachstum erzielt werden. Die Beratungsumsätze lagen in 2011 mit Mio. EUR 8,4 um 6 Prozent über dem Vorjahr in Höhe von Mio. EUR 7,9. Sie hatten einen Anteil am Gesamtumsatz von 27 Prozent (Vorjahr: 27 Prozent).

Hardwareumsätze und sonstige Umsatzentwicklung

Die Erlöse aus Hardwareverkäufen stiegen in 2011 gegenüber dem Vorjahr an. Mit Mio. EUR 2,8 lagen sie um 14 Prozent über dem Vorjahr von Mio. EUR 2,5. Der Anteil am Gesamtumsatz betrug 9 Prozent (Vorjahr: 8 Prozent). Die sonstigen Umsätze, unter welchen insbesondere Ausweismedien und kundenspezifische Programmierleistungen verbucht werden, betrugen Mio. EUR 1,6 und lagen damit um 42 Prozent über dem Vorjahr mit Mio. EUR 1,1. Der Anteil am Gesamtumsatz betrug 5 Prozent (Vorjahr: 4 Prozent).

Fertigungsaufträge

Wie in den Vorjahren realisiert die Gesellschaft Aufträge aus langfristiger Auftragsfertigung entsprechend der Methode der Teilgewinnrealisierung. Im Geschäftsjahr 2011 waren davon 15 Aufträge (Vorjahr: 17) betroffen, welche in einer Höhe von Mio. EUR 2,6 (Vorjahr: Mio. EUR 4,4) entsprechend des Projektfortschritts realisiert wurden.

Unternehmensstrategie und Chancen

Kern der Geschäftstätigkeit ist die kontinuierliche Gewinnung von Neukunden sowie der Ausbau der Bestandskundeninstallationen in den Themen Arbeitszeitmanagement und Personaleinsatzplanung. In beiden Bereichen sind in 2011 beachtliche Fortschritte erzielt worden. So konnte bei wesentlichen Bestandskunden die neueste Produktgeneration der Softwarelösungen der Gesellschaft platziert werden. Zudem konnten eine Vielzahl neuer Kunden und weitere Großkundenaufträge gewonnen werden. Schließlich konnten im Vorjahr gewonnene Großprojekte im Geschäftsjahr 2011 erfolgreich realisiert werden. Über diese Erfolge sehen wir uns weiterhin in unserer Strategie bestätigt, die sich auf diese Weise sehr erfreulich in Umsatz und Ergebnis niedergeschlagen hat.

Wir sehen im deutschsprachigen Raum auch künftig weiterhin gute Wachstumsmöglichkeiten. Auch International sind wir mit unseren Produkten mittlerweile in 23 Ländern und acht Sprachen vertreten. Somit verfügen wir mittelfristig auch über Potenzial für internationales Wachstum, das besonders im Premium-Markt deutliche Entwicklungsmöglichkeiten bietet.

Die erstklassige Positionierung der Gesellschaft ist geprägt durch namhafte Referenzkunden, richtungsweisende Technologien (Java J2EE), ein überzeugendes funktionales Angebot, eine hohe Kompetenz in der Umsetzung von Softwareprojekten und in der inhaltlichen Beratung sowie durch die Stabilität und Unabhängigkeit des Unternehmens.

Um diese Wettbewerbsvorteile dauerhaft auszubauen, wird der Mitteleinsatz für die Produktentwicklung und den Marktzugang und damit für weiteres Wachstum auf dem hohen Niveau fortgeführt.

Forschung und Entwicklung

Die Sicherheit, auch zukünftig komplexeste Anforderungen abbilden zu können, ist für ATOSS Kunden entscheidend. Gleichzeitig ist es erforderlich, technologisch leistungsfähige Lösungen einzusetzen, die auch in den Systemumgebungen der Zukunft einsetzbar sind und ihren wirtschaftlichen Nutzen damit langfristig entfalten. Aus diesem Grund werden wir auch weiterhin das hohe Engagement für die Entwicklung unserer Produkte fortführen.

So schaffen wir auf der Basis moderner Technologieplattformen Lösungen, die jegliche Kunden- und Branchenanforderungen rund um den intelligenten Personaleinsatz abbilden. Wir gewährleisten dabei eine vollständige Aufwärtskompatibilität für unproblematische Releasewechsel; der Einsatz der modernsten Lösungen ist so jederzeit möglich.

Ziel unserer Produktentwicklung ist es, für die immer komplexer und individueller werdenden Anforderungen unserer Kunden passende Lösungen bieten zu können. Dabei war die Entwicklung einer in Java entwickelten Version der ASES (ATOSS Staff Efficiency Suite), ASE (ATOSS Startup Edition) und ATC (ATOSS Time Control), die die Integration dieser Lösungen in unterschiedlichen Systemumgebungen ermöglicht, ein großer Meilenstein.

Durch die Implementierung der sogenannten serviceorientierten Architektur (SOA) wird der Datenaustausch zwischen unseren und anderen vom Kunden eingesetzten Lösungen stark vereinfacht. So konnten unsere Lösungen beispielsweise erfolgreich mit vorgeschalteten Planungssystemen oder nachgelagerten Auswertungssystemen verbunden oder wie in einem anderen Einsatzszenario als Echtzeit-Informationsquelle in das Besucher-Management-System eines Kunden integriert werden. Somit generieren unsere Lösungen Mehrwerte über die originären Funktionalitäten hinaus. Die Fortentwicklung der Schnittstellen in unseren Systemen macht es für unsere Kunden einfach und leicht umsetzbar, unsere Lösungen in vorhandene IT-Systemlandschaften einzubinden und optimal zu nutzen.

Unser vollständig Java-basiertes Lösungspaket für softwaregestütztes Arbeitszeitmanagement kann in unterschiedlichsten Branchen eingesetzt werden. Dabei sind die ATOSS Startup Edition (ASE) und die ATOSS Time Control (ATC) durch sehr einfache Benutzerführung gekennzeichnet. Mit der ATOSS Startup Edition (ASE) sprechen wir Kunden auf unterschiedlichen Systemumgebungen an, welche bei zukünftig komplexeren Anforderungen einfach auf die ATOSS Staff Efficiency Suite (ASES) migrieren können. ATOSS Time Control (ATC) hingegen ist auf Kunden aus der Microsoft-Welt fokussiert.

Die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung betragen im Jahr 2011 Mio. EUR 6,7 (Vorjahr: Mio. EUR 6,0). Hiervon entfiel mit Mio. EUR 5,3 (Vorjahr: Mio. EUR 4,8) der wesentliche Teil auf die Personal-kosten der 114 (Vorjahr: 102) Softwareentwickler. Der Anteil der Aufwendungen für Forschung und Entwicklung am Gesamtumsatz lag bei 21 Prozent (Vorjahr: 20 Prozent).

Wie in den Vorjahren werden die Aufwendungen für die Entwicklung der Softwareprodukte nicht aktiviert, sondern vollständig im Aufwand erfasst.

Tochterunternehmen, Auslandsgeschäft

Sämtliche Tochtergesellschaften haben sich im Geschäftsjahr 2011 weiterhin positiv entwickelt. Alle Gesellschaften zeigen zum 31.12.2011 ein positives Ergebnis. Der Auslandsanteil des Konzernumsatzes lag in 2011 bei 9 Prozent, im Vorjahr betrug er 9 Prozent.

Mitarbeiter, Personalentwicklung

Im Geschäftsjahr 2011 beschäftigte der Konzern durchschnittlich 259 Mitarbeiter (Geschäftsjahr 2010: 243). Davon wurden 114 (Vorjahr: 102) Personen in der Produktentwicklung, 70 (Vorjahr: 70) Personen in der Beratung, 37 (Vorjahr: 34) Personen in Vertrieb und Marketing sowie 38 (Vorjahr: 37) Personen in der Verwaltung beschäftigt. Der Personalaufwand beträgt in 2011 Mio. EUR 15,3 und liegt damit über dem Vorjahr mit Mio. EUR 14,6.

Die unternehmerische Führung des Konzerns richtet sich nach der gemeinsam zwischen Vorstand und Aufsichtsrat verabschiedeten Konzernplanung. Sie wird jährlich überprüft und auf gegebene Veränderungen und sich bietende Chancen angepasst.

Die Steuerung der Gesellschaft beruht maßgeblich auf einem breit ausgelegten Zielsystem. Mit nahezu jedem Mitarbeiter werden Unternehmensziele, Bereichsziele und individuelle Ziele vereinbart, die in Abhängigkeit der jeweiligen Verantwortungsstufe mit einem entsprechenden variablen Gehaltsbestandteil versehen sind. Die variablen Gehaltsbestandteile liegen zwischen 10 Prozent und 50 Prozent des vertraglich vereinbarten Zielgehalts. Dabei richten sich die Unternehmensziele nach den für das Geschäftsjahr relevanten Plandaten hinsichtlich des Umsatzes und des operativen Ergebnisses. Die Bereichsziele sind je nach Funktions- und Verantwortungsbereich einheitlich aufgestellte, quantitative Umsatz- oder Performance-Ziele, während individuelle Ziele die Leistungen jedes einzelnen Mitarbeiters bewerten.

Ein Vorstandsvertrag wurde mit Wirkung zum 01.04.2012 verlängert. Die neu abgeschlossenen Ziele entfallen zu 40 Prozent auf Einjahresziele und zu 60 Prozent auf mehrjährige Ziele über einen Zeitraum von drei Jahren. Die Einjahresziele beinhalten Umsatz- und Ergebnisziele. Die Mehrjahresziele beinhalten qualitative und quantitative Ziele.

Die Jahresplanung wird durch den Vorstand und Aufsichtsrat freigegeben. Das Monitoring der Konzernziele erfolgt auf Basis eines konzernweiten Management-Informationssystems, das ein detailliertes Reporting über die Umsatz-, Kosten- und Ertragssituation enthält.

Zum 31.12.2011 bestanden 4 (Vorjahr: 5) Ausbildungsverhältnisse.

Organe

Dem Aufsichtsrat der Gesellschaft gehörten in 2011 Peter Kirn als Vorsitzender, Richard Hauser als Stellvertreter und Rolf Baron Vielhauer von Hohenhau an.

Der Aufsichtsrat erhält für seine Tätigkeit eine feste Vergütung mit einem von der Sitzungsanzahl abhängigen variablen Anteil.

Der Vorstand ist weiterhin mit Andreas F.J. Obereder als Vorsitzendem und Christof Leiber als Finanzvorstand besetzt.

Die Vergütung der Vorstandsmitglieder richtet sich nach ihrem Beitrag zum Geschäftserfolg und nach branchenüblichen Standards. Sie enthält erfolgsunabhängige und erfolgsabhängige Vergütungsbestandteile. Die erfolgsabhängigen Vergütungsbestandteile betragen zwischen 19 Prozent und 40 Prozent. Die erfolgsunabhängige Vergütung wird monatlich als Gehalt ausgezahlt. Auf die erfolgsabhängige Vergütung wird monatlich ein Vorschuss von höchstens 50 Prozent der Zieltantieme für das jeweilige Geschäftsjahr geleistet. Der Aufsichtsrat befasst sich zumindest einmal jährlich mit der Angemessenheit der Vergütung und setzt insbesondere die Erfolgsziele für die erfolgsbezogenen Vergütungsbestandteile jährlich im Voraus neu fest. Die Höhe der erfolgsabhängigen Vergütung (Tantieme) richtet sich hierbei nach dem Konzernumsatzziel und dem operativen Ergebnisziel vor Effekten aus den Wandelschuldverschreibungsprogrammen der Gesellschaft. Des Weiteren enthalten die Vorstandsverträge sonstige Vergütungsbestandteile in Form von durch die Gesellschaft gezahlte Versicherungsprämien und sonstige Nebenleistungen wie der Überlassung von Dienstwagen. Dem Vorsitzenden des Vorstands wurde darüber hinaus eine Pensionszusage gegeben.

Corporate Governance

Seit dem Börsengang beschäftigt sich die ATOSS Software AG intensiv mit dem Thema Corporate Governance und den entsprechenden gesetzlichen Regelungen. Seit 2001 informiert die Gesellschaft regelmäßig über die diesbezüglichen Aktivitäten. Dafür setzen sich Gesellschaftsorgane insbesondere intensiv mit den Entwicklungen und Änderungen des Deutschen Corporate Governance Kodex auseinander. Anders als die gesetzlichen Bestimmungen entfaltet der Kodex jedoch keine normative Bindungswirkung, sondern lässt auch Abweichungen von den Verhaltensempfehlungen zu.

Auch in 2011 haben sich Vorstand und Aufsichtsrat intensiv mit den neuen Anforderungen des Corporate Governance Kodex beschäftigt, diese mit den eigenen Grundsätzen abgeglichen und festgestellt, in welchen Punkten Abweichungen zu den Verhaltensempfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex vom 26. Mai 2010 bestehen.

Am 01.12.2011 verabschiedeten Vorstand und Aufsichtsrat eine neue Entsprechenserklärung nach § 161 AktG, in der bestätigt wird, dass den Verhaltensempfehlungen der von der Deutschen Bundesregierung eingesetzten Kommission zur Unternehmensleitung und -überwachung mit Ausnahme der in der Erklärung genannten Punkte entsprochen wird. Diese Erklärung ist auf der Homepage der Gesellschaft veröffentlicht. Im Ergebnis zeigte sich, dass die Gesellschaft den Empfehlungen in weiten Teilen nachkommt und nur in wenigen und aus Sicht des Unternehmens unwesentlichen Punkten nicht entsprochen wird.

Bei den Abweichungen handelt es sich um folgende Punkte:

- Der Deutsche Corporate Governance Kodex empfiehlt, die Einberufung der Hauptversammlung mit samt den Einberufungsunterlagen auf elektronischem Wege zu übermitteln (Kodex Ziffer 2.3.2). Da es sich bei den Aktien der ATOSS Software AG nicht um Namens- sondern Inhaberaktien handelt, ist die Empfehlung aus Sicht der Gesellschaft nicht praktikabel.
- Der Deutsche Corporate Governance Kodex empfiehlt, in Haftpflichtversicherungen, die ein Unternehmen für Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder abschließt, (sog. Directors and Officers Liability Insurances – D&O) einen Selbstbehalt vorzusehen (Kodex Ziffer 3.8). Die ATOSS Software AG ist aufgrund bestehender Vorstandsverträge erst zu deren Auslaufen in der Lage, einen Selbstbehalt zu vereinbaren. Hinsichtlich der Vereinbarung eines Selbstbehalts für die entsprechenden Versicherungen zu Lasten der Aufsichtsräte ist die Gesellschaft grundsätzlich nicht der Auffassung, dass das Engagement und die Verantwortung, mit der die Mitglieder des Aufsichtsrats ihre Aufgabe wahrnehmen, durch eine solche Maßnahme verbessert werden. Die D&O Versicherungen für Mitglieder von Vorstand und Aufsichtsrat der ATOSS Software AG sehen daher eine solche Regelung nicht vor. Eine Veränderung wird deshalb aktuell nicht beabsichtigt. Bei Auslaufen der bestehenden Vorstandsverträge oder nach Beendigung der laufenden Amtszeiten von Aufsichtsräten wird vor Neuabschluss eine Überprüfung insbesondere im Hinblick auf die dann geltenden rechtlichen Rahmenbedingungen vorgenommen. Bei dem im laufenden Geschäftsjahr verlängerten Vorstandsvertrag eines Vorstandsmitglieds wurde vor diesem Hintergrund bereits ein angemessener Selbstbehalt gemäß Kodex Ziffer 3.8 sowie § 93 Abs. II S. 3 AktG vorgesehen.
- Der Deutsche Corporate Governance Kodex gibt zunächst in Ziffer 4.2.3 die in 2009 geänderte Gesetzeslage wieder, nach der der Aufsichtsrat künftig dafür Sorge tragen muss, dass variable Vergütungsbestandteile der Vorstandsvergütung grundsätzlich eine mehrjährige Bemessungsgrundlage haben. Zudem empfiehlt der Deutsche Corporate Governance Kodex, dass bei der Ausgestaltung der variablen Vergütungsteile sowohl positive als auch negative Entwicklungen berücksichtigt werden sollen. Dies ist bei den aktuell laufenden Vorstandsverträgen der Gesellschaft nicht berücksichtigt. Die Gesellschaft ist nicht in der Lage, in bestehende Verträge mit den Vorständen einzugreifen. Selbstverständlich hat die Gesellschaft bei der Verlängerung bestehender Verträge im laufenden Geschäftsjahr die Gesetzeslage berücksichtigt und wird ebenfalls bei künftigen Verlängerungen oder bei Abschluss neuer Vorstandsverträge die jeweils aktuelle Gesetzeslage berücksichtigen.
- Der Deutsche Corporate Governance Kodex empfiehlt zudem in Ziffer 4.2.3 bei Abschluss von Vorstandsverträgen für den Fall einer vorzeitigen Beendigung der Vorstandstätigkeit ohne wichtigen Grund Zahlungen an Vorstandsmitglieder auf zwei Jahresvergütungen einschließlich Nebenleistungen zu begrenzen und nicht mehr als die Restlaufzeit des Anstellungsvertrages zu vergüten. Die Gesellschaft hat in den Verträgen mit den Vorständen keine Abfindungsregelungen getroffen, da die Anstellungsverträge jeweils auf die Dauer der Bestellungsperiode geschlossen werden und in dieser Zeit nicht ordentlich kündbar sind. Vor diesem Hintergrund ist die Gesellschaft der Auffassung, dass eine solche Regelung einer Abfindung im Voraus der Natur des befristeten Anstellungsvertrages widersprechen würde. Im Übrigen gewähren die Vorstandsverträge keine Abfindungsansprüche der Vorstandsmitglieder z.B. für sogenannte Change of Control Fälle.
- Gemäß dem Deutschen Corporate Governance Kodex (Kodex Ziffer 5.1.2) wird empfohlen, dass der Aufsichtsrat bei der Zusammensetzung des Vorstands auch auf Vielfalt (Diversity) achten und dabei insbesondere eine angemessene Berücksichtigung von Frauen anstreben soll. Dieser Empfehlung wird derzeit nicht entsprochen, da dies nach Ansicht des Aufsichtsrats der ATOSS Software AG für die effektive und erfolgreiche Arbeit des aktuell aus zwei Mitgliedern bestehenden Vorstands nicht angemessen ist. Der Aufsichtsrat wird prüfen, inwieweit dieser Empfehlung zukünftig entsprochen werden kann.
- Der Deutsche Corporate Governance Kodex empfiehlt die Bildung von Aufsichtsratsausschüssen (Ziffer 5.3). Die ATOSS Software AG sieht aufgrund der Größe der Gesellschaft von der Bildung besonderer Aufsichtsratsausschüsse ab. Im Übrigen ist die ATOSS Software AG der Auffassung, dass bei einem aus drei Mitgliedern bestehenden Aufsichtsrat die Effizienz der Arbeit des Aufsichtsrates keineswegs durch die Bildung von Ausschüssen erhöht würde.

- Der Deutsche Corporate Governance Kodex (Kodex Ziffer 5.4.1) empfiehlt, dass der Aufsichtsrat für seine Zusammensetzung konkrete Ziele unter Beachtung der unternehmensspezifischen Situation, der internationalen Tätigkeit des Unternehmens, potentieller Interessenskonflikte, einer festzulegenden Altersgrenze für Aufsichtsratsmitglieder und Vielfalt (Diversity) benennen soll. Diese konkreten Ziele sollen insbesondere eine angemessene Beteiligung von Frauen vorsehen. Dieser Empfehlung wird derzeit nicht entsprochen, da nach Ansicht des Aufsichtsrats der ATOSS Software AG eine solche Zielaufstellung für die effektive und erfolgreiche Arbeit des aus drei Mitgliedern bestehenden Aufsichtsrats nicht erforderlich ist. Der Aufsichtsrat wird prüfen, inwieweit dieser Empfehlung zukünftig entsprochen werden kann.
- Gemäß dem Deutschen Corporate Governance Kodex (Kodex Ziffer 5.4.3) wird empfohlen, Wahlen zum Aufsichtsrat als Einzelwahl durchzuführen. Aus Gründen eines effizienten Abstimmungsverfahrens wurde die Neuwahl der Mitglieder des Aufsichtsrats auf der Hauptversammlung der ATOSS Software AG bisher als Gruppenwahl durchgeführt. Gegen diese Vorgehensweise erhob kein anwesender Aktionär Einwände. Die Gesellschaft beabsichtigt daher, bei entsprechenden Wahlen dieses Verfahren fortzusetzen.
- Der Deutsche Corporate Governance Kodex (Kodex Ziffer 5.4.6) empfiehlt die Vereinbarung einer festen und einer erfolgsorientierten Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrates. Die bestehende Regelung einer festen Vergütung mit einer variablen, von der Sitzungsanzahl abhängigen Vergütung, hat sich bewährt. Im Übrigen wurde diese Vergütungsregelung durch die Hauptversammlung beschlossen. Die Gesellschaft hält sich an diese Vorgaben der Hauptversammlung gebunden.
- Hinsichtlich der Veröffentlichung der Berichte wird gemäß Ziffer 7.1.2 empfohlen, Zwischenberichte innerhalb von 45 Tagen zugänglich zu machen. Die Gesellschaft veröffentlicht eine umfangreiche Kennzahlenübersicht (Umsatz, Umsatzarten, Operatives Ergebnis - EBIT -, Ergebnis vor Steuern - EBT -, Nettoergebnis, Nettoergebnis per Aktie) bereits innerhalb von weniger als 30 Tagen und den vollständigen Zwischenbericht innerhalb von zwei Monaten nach Quartalsende. Durch diese gestufte Veröffentlichungspraxis stellt die Gesellschaft auch außerhalb von Ad-hoc-pflichtigen Informationen eine besonders zeitnahe und umfassende Information des Kapitalmarktes her. Die Gesellschaft wird diese Veröffentlichungspraxis zur Sicherstellung möglichst aktueller Kapitalmarktinformationen fortsetzen.

Erklärung zur Unternehmensführung

Durch den Vorstand wurde die Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289a HGB abgegeben und auf der Internetseite der Gesellschaft unter dem Link http://www.atoss.com/atoss/de/Company/Investor_Relations/Corporate_Governance/Unternehmensführung/default.htm veröffentlicht.

Sonstige Angaben

Das Kapital der Gesellschaft ist in 4.025.667 Inhaberstückaktien zum rechnerischen Nennwert von einem Euro eingeteilt, welche vollständig stimm- und dividendenberechtigt sind. Von diesen hält der Mehrheitsaktionär, Andreas F.J. Obereder, Grünwald, Deutschland, mit 1.981.184 Aktien einen Anteil von 49 Prozent. Andere Aktionäre, welche meldepflichtige Beteiligungen von mehr als 10 Prozent der Stimmrechte halten, sind der Gesellschaft nicht bekannt.

Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen, auch wenn sie sich aus Vereinbarungen zwischen Gesellschaftern ergeben können, sind der Gesellschaft nicht bekannt.

Sonderrechte, die Kontrollbefugnisse verleihen, bestehen nicht.

Soweit Arbeitnehmer am Kapital beteiligt sind, sind sie in ihren Kontrollrechten nicht beschränkt.

Der Vorstand wurde durch Beschluss der Hauptversammlung vom 30. April 2009, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts München am 06. Mai 2009, ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 29. April 2014 einmalig oder mehrmals um insgesamt bis zu EUR 402.566 durch Ausgabe von bis zu 402.566 neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlage zu erhöhen.

Weiterhin wurde der Vorstand in der am 03. Mai 2011 durchgeführten Hauptversammlung gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG ermächtigt, bis einschließlich zum 29. Oktober 2012, außer zum Zwecke des Handels mit eigenen Aktien und unter Beachtung der Beschränkungen gemäß § 71 Abs. 2 AktG, Aktien der Gesellschaft in einem Umfang von bis zu zehn von Hundert des Grundkapitals der Gesellschaft über die Börse oder mittels eines an alle Aktionäre der Gesellschaft gerichteten, öffentlichen Kaufangebots zu erwerben.

Darüber hinaus wurde der Vorstand in der Hauptversammlung vom 03. Mai 2011 ermächtigt, die erworbenen eigenen Aktien ohne einen weiteren Hauptversammlungsbeschluss nicht nur über die Börse oder durch ein öffentliches Angebot an alle Aktionäre, sondern unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre auch

- mit Zustimmung des Aufsichtsrats gegen Sacheinlage an Dritte auszugeben, sofern der Erwerb der Sacheinlage im wohlverstandenen Interesse der Gesellschaft liegt und sofern der für eine eigene Aktie von Dritten zu erbringende Gegenwert nicht unangemessen niedrig ist;
- mit Zustimmung des Aufsichtsrats gegen Bareinlage an Dritte auszugeben, um die Aktien der Gesellschaft an einer ausländischen Börse einzuführen, an denen die Aktien der Gesellschaft bisher nicht zum Handel zugelassen sind;
- mit Zustimmung des Aufsichtsrats zu einem Barkaufpreis zu veräußern, der den Börsenpreis der Aktien der Gesellschaft zum Zeitpunkt der Veräußerung nicht wesentlich unterschreitet;
- in Erfüllung der Aktienbezugsrechte aus dem Wandelschuldverschreibungsprogramm der Gesellschaft an Bezugsberechtigte zu übertragen; soweit die eigenen Aktien in Erfüllung von Aktienbezugsrechten aus dem Wandelschuldverschreibungsprogramm dem Vorstand übertragen werden sollen, liegt die Zuständigkeit beim Aufsichtsrat.

Der Vorstand wurde ferner in der Hauptversammlung vom 03. Mai 2011 ermächtigt, die erworbenen eigenen Aktien ohne weiteren Hauptversammlungsbeschluss einzuziehen.

Die Ermächtigungen hinsichtlich der Verwendung von eigenen Aktien erfassen auch die Verwendung von eigenen Aktien der Gesellschaft, die aufgrund früherer Ermächtigungsbeschlüsse nach § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG erworben wurden. Der zuvor bestehende Ermächtigungsbeschluss der Hauptversammlung vom 30. April 2010 bezüglich dem Rückkauf eigener Aktien wurde in der Hauptversammlung am 03. Mai 2011 aufgehoben.

Im Geschäftsjahr 2011 wurden zur Bedienung des Wandelschuldverschreibungsprogramms 7.000 eigene Aktien verwendet. Eigene Anteile wurden im Geschäftsjahr 2011 nicht zurückgekauft. Zum 31.12.2011 hält die Gesellschaft 49.099 eigene Aktien (Vorjahr: 56.099) zum Durchschnittspreis von EUR 6,58 (Vorjahr: EUR 6,71). Zum Stichtag befinden sich 3.976.568 Aktien im Umlauf (Vorjahr: 3.969.568).

Die Ernennung und Abberufung von Mitgliedern des Vorstands erfolgt nach § 84 und § 85 AktG sowie nach § 6 der Satzung.

Satzungsänderungen folgen den Regelungen des § 133 und der §§ 179 ff. AktG.

Wesentliche Vereinbarungen der Gesellschaft, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen, bestehen nicht. Ebenso wurden keine Entschädigungsvereinbarungen mit den Mitgliedern des Vorstands oder Arbeitnehmern für den Fall eines Übernahmeangebots getroffen.

Die ATOSS Software AG, München, verfügt neben den Tochterunternehmen ATOSS Software Ges. mbH, Wien, der ATOSS Software AG, Zürich, der ATOSS CSD Software GmbH, Cham, und der ATOSS Software S.R.L., Timisoara, über Betriebsstätten in Frankfurt, Hamburg, Meerbusch und Stuttgart.

3. Ertragslage

Die Ertragslage im Geschäftsjahr 2011 ist geprägt durch angestiegene Gesamtumsätze (Mio. EUR 31,6; Vorjahr: Mio. EUR 29,3). Gleichzeitig sind die Kosten – ohne Berücksichtigung des Wareneinsatzes – um 8 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf Mio. EUR 21,4 angestiegen (Vorjahr: Mio. EUR 19,9). Damit konnte die Ertragskraft unter Berücksichtigung gestiegener Investitionen im Vertrieb mit einer EBIT-Marge auf dem Niveau des Vorjahres fortgeschrieben werden.

Die für den operativen Erfolg der Gesellschaft wesentliche Kennzahl, das Ergebnis vor Zinsen und Steuern (EBIT), wurde von Mio. EUR 6,8 im Vorjahr auf Mio. EUR 7,3 verbessert. Damit lag die Umsatzrendite des Ergebnisses vor Zinsen und Steuern bei 23 Prozent (Vorjahr: 23 Prozent).

Das Nettoergebnis vor Steuern (EBT) lag bei Mio. EUR 8,4 (Vorjahr: Mio. EUR 7,0). Das Jahresergebnis (Net Income) betrug Mio. EUR 5,7 (Vorjahr: Mio. EUR 4,8). Das Ergebnis je Aktie stieg somit auf EUR 1,43 (Vorjahr: EUR 1,21), um umlaufende Wandelschuldverschreibungen verwässert beträgt es EUR 1,43 (Vorjahr: EUR 1,21).

Die Gesellschaft hat insbesondere durch die Gewinnung von weiteren Neukunden und den Ausbau des Bestandskundengeschäfts sowie einem effizienten Kostenmanagement unter Beibehaltung der hohen Aufwendungen für die Entwicklung funktional überlegener Produkte ihre Ertragskraft steigern und dadurch die Richtigkeit ihrer langfristig ausgelegten Unternehmensstrategie auch finanziell untermauern können.

4. Finanz- und Vermögenslage

Die Gesellschaft betrachtet das Eigenkapital als wesentlich zur Abdeckung konjunktureller, branchen- und unternehmensspezifischer Risiken. Die Finanzstrategie der Gesellschaft zielt darauf ab, ein dieses Risiken angemessenes Eigenkapital vorzuhalten. Damit soll den Aktionären eine angemessene Eigenkapitalrendite sowie den Kunden und Lieferanten über langfristige Partnerschaften Investitionssicherheit für ihre Software-Entscheidungen gewährleistet werden.

Hierbei war die ATOSS Gruppe im Geschäftsjahr 2011 sehr erfolgreich:

Der operative Cash Flow entwickelte sich auf dem Niveau des Vorjahres in Höhe von Mio. EUR 5,3 (Vorjahr: Mio. EUR 5,6). Der Finanzmittelfonds (Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente) ist von Mio. EUR 20,7 auf Mio. EUR 15,1 zurückgegangen. Die Entwicklung der Gesamtposition aus Finanzmittelfonds sowie kurzfristigen und langfristigen sonstigen finanziellen Vermögenswerten (z.B. Gold, Aktien) hat sich von Mio. EUR 21,1 auf Mio. EUR 24,9 erhöht. Die liquiden Mittel je Aktie inklusive Berücksichtigung der lang- und kurzfristigen sonstigen finanziellen Vermögenswerte beliefen sich zum 31.12.2011 auf EUR 6,25 (Vorjahr: EUR 5,32).

Positiv auf den Cash Flow aus betrieblicher Tätigkeit in Höhe von Mio. EUR 5,3 wirkte sich hauptsächlich das Nettoergebnis von Mio. EUR 5,7, Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens von Mio. EUR 0,5, der Rückgang der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 0,5 Mio. sowie das sonstige Ergebnis aus Finanzanlagen (Wertberichtigungen, Zinserträge) von Mio. EUR 0,7 aus. Cash Flow reduzierende Effekte ergaben sich in Höhe von Mio. EUR 1,9 im Wesentlichen durch den Verkauf von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten. Diese Einnahmen werden im Cash Flow aus der Investitionstätigkeit ausgewiesen.

Der Rückgang des Finanzmittelfonds gegenüber dem Vorjahr ist auf eine Umschichtung von Anlagen in kurzfristige und langfristige sonstige finanzielle Vermögenswerte zurückzuführen. Durch die insoweit veränderte Anlagestrategie beabsichtigt die Gesellschaft die langfristige Wert- und Inflationssicherung zu unterstreichen.

Insgesamt ist der Vorstand durch den Aufsichtsrat der Gesellschaft ermächtigt, Investitionen in physisches Gold in einem Umfang von bis zu Mio. EUR 17,0 sowie in Dividentitel von bis zu Mio. EUR 5,0 zu tätigen. Zum 31.12.2011 hat die Gesellschaft Mio. EUR 7,0 in Gold sowie Mio. EUR 2,9 in Dividentitel investiert.

Darüber hinaus wurde der Finanzmittelfond durch die Auszahlung einer Dividende in Höhe von EUR 0,60 (Vorjahr: EUR 0,50) je Aktie belastet.

ATOSS verfügt insgesamt über eine ausgezeichnete Ausstattung an Finanzmitteln, um konjunkturelle Risiken wie Branchenrisiken abzudecken und Möglichkeiten externen Wachstums zu nutzen. Auch die Fähigkeit der Gesellschaft, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen, ist damit unverändert auf hohem Niveau gewährleistet.

Der Bestand des Sachanlagevermögens sowie der immateriellen Vermögenswerte bewegt sich mit Mio. EUR 3,1 auf dem Niveau des Vorjahres. Die Investitionen in das Anlagevermögen betragen im laufenden Geschäftsjahr Mio. EUR 0,7 nach Mio. EUR 2,5 im Vorjahr.

Unter den langfristigen finanziellen Vermögenswerten in Höhe von 0,6 Mio. EUR erfolgt der Ausweis des langfristig gehaltenen Goldbestandes. Dieser wurde in 2011 aus den kurzfristigen finanziellen Vermögenswerten in die langfristigen finanziellen Vermögenswerte umgegliedert. Der Vorjahreswert wurde entsprechend angepasst. Bei den langfristigen finanziellen Vermögenswerten wurden in 2011 erfolgsneutrale Zuschreibungen in Höhe von Mio. EUR 0,1 vorgenommen.

Der Forderungsbestand reduzierte sich von Mio. EUR 3,1 auf Mio. EUR 2,6. Die durchschnittliche Forderungslaufzeit mit 25 Tagen (Vorjahr: 32 Tage) ist nach wie vor extrem niedrig, was aus Sicht der Gesellschaft insbesondere auf die hohe Kundenzufriedenheit und das erfolgreiche Forderungsmanagement zurückzuführen ist.

Die sonstigen kurzfristigen finanziellen Vermögenswerte, die als zur Veräußerung verfügbar klassifiziert wurden, sind von Mio. EUR 0,0 auf Mio. EUR 9,2 angestiegen. Der Anstieg resultiert aus der Umsetzung der im Vorjahr bereits avisierten Anlagestrategie. Die sonstigen finanziellen Vermögenswerte umfassen Investitionen in Dividentitel in Höhe von Mio. EUR 2,9 (Vorjahr: Mio. EUR 0) und Gold von Mio. EUR 7,0 (Vorjahr: Mio. EUR 0). Zum 31.12.2011 wurden bei Eigenkapitalinstrumenten (Aktien) Wertminderungen in Höhe von Mio. EUR 0,1 sowie bei Schuldinstrumenten (Gold) Wertminderungen in Höhe von Mio. EUR 0,8 erfolgswirksam erfasst. Erfolgsneutrale Zuschreibungen wurden bei den Eigenkapitalinstrumenten in Höhe von Mio. EUR 0,1 vorgenommen.

Die Finanzierung der Gesellschaft erfolgt aus dem laufenden betrieblichen Cash Flow. Die kurzfristigen Schulden beinhalten Schulden aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von Mio. EUR 0,8 (Vorjahr: Mio. EUR 0,8), Umsatzabgrenzungen in Höhe von Mio. EUR 1,7 (Vorjahr: Mio. EUR 1,7), Steuerrückstellungen in Höhe von Mio. EUR 1,0 (Vorjahr: Mio. EUR 1,0) sowie sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten in Höhe von Mio. EUR 4,6 (Vorjahr: Mio. EUR 4,2). Die kurzfristigen Schulden sind zum 31.12.2011 gegenüber dem Vorjahr auf Mio. EUR 8,2 (Vorjahr: Mio. EUR 7,7) angestiegen. Der Anstieg ist im Wesentlichen auf den Anstieg der sonstigen Verbindlichkeiten zurückzuführen.

In den sonstigen kurzfristigen Verbindlichkeiten sind überwiegend Verpflichtungen gegenüber Mitarbeitern für variable Gehaltsbestandteile, die im Folgejahr ausgezahlt werden, sowie erwartete Rechnungen enthalten.

Unter den langfristigen Schulden werden unter anderem die Einlagen für Wandelschuldverschreibungen ausgewiesen. Von den zum 31.12.2010 ausstehenden 7.000 Stück Wandelschuldverschreibungen wurden im Geschäftsjahr 7.000 Stück gewandelt. Somit befinden sich zum 31.12.2011 keine Wandelschuldverschreibungen im Umlauf.

Das Konzern-Eigenkapital lag per 31.12.2011 bei Mio. EUR 21,1 (Vorjahr: Mio. EUR 17,6), die Eigenkapitalquote betrug demnach 67 Prozent nach 63 Prozent zum 31.12.2010. Die Eigenkapitalrendite liegt zum 31.12.2011 bei 27 Prozent (Vorjahr: 27 Prozent).

ATOSS weist die Aufwendungen zur Weiterentwicklung der Produktlösungen grundsätzlich in der Gewinn- und Verlustrechnung aus. Eine Aktivierung von selbst erstellten immateriellen Vermögenswerten findet unverändert nicht statt.

Zur Verringerung der Verwaltungskosten ist der Fuhrpark sowie diverse Geschäftsausstattung der Gesellschaft geleast. Zum 31.12.2011 bestanden 78 Leasingverträge für Firmenfahrzeuge (Vorjahr: 81). Weiterhin bestehen zum 31.12.2011 Mietverträge für 7 (Vorjahr: 7) Kopiergeräte.

Aufgrund der sehr guten Ertragslage und der weiterhin soliden Vermögenslage sieht sich die Gesellschaft auch für die Zukunft in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

5. Nachtragsbericht

Durch Beschluss der ordentlichen Hauptversammlung der ATOSS Software AG (nachfolgend „Gesellschaft“ genannt) vom 03. Mai 2011 ist der Vorstand ermächtigt worden, eigene Aktien der Gesellschaft zu erwerben. Die auf Grund dieser Ermächtigung und früherer Ermächtigungen erworbenen Aktien können u. a. eingezogen werden, ohne dass die Einziehung oder ihre Durchführung eines weiteren Hauptversammlungsbeschlusses bedarf (§ 71 Abs. 1 Nr. 8 Satz 6 AktG).

Aufgrund dieser Ermächtigung hat der Vorstand am 09. Januar 2012 mit Zustimmung des Aufsichtsrats vom 09. Januar 2012 beschlossen, das Grundkapital der Gesellschaft von EUR 4.025.667 um EUR 49.099 auf EUR 3.976.568 durch Einziehung von 49.099 Stückaktien mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital der Gesellschaft von EUR 1,00 je Aktie, die aufgrund der vorstehend erwähnten bzw. in den Vorjahren erfolgten Ermächtigungen zum Erwerb eigener Aktien über die Börse erworben wurden, herabzusetzen.

Die Einziehung und Kapitalherabsetzung erfolgte am 27. Januar 2012 nach Börsenschluss.

Zu weiteren berichtspflichtigen Vorgängen von besonderer Bedeutung kam es nach dem Bilanzstichtag nicht.

6. Risikomanagement- und Kontrollsystem

Als kapitalmarktorientierte Kapitalgesellschaft im Sinne des § 264d HGB ist der Konzern gemäß § 289 Abs. 5 HGB verpflichtet, die wesentlichen Merkmale des internen Risikomanagement- und Kontrollsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess zu beschreiben.

Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem bezüglich des Rechnungslegungsprozesses ist gesetzlich nicht definiert. Wir verstehen das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem als umfassendes System und lehnen uns an die Definition des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V., Düsseldorf, zum rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystem (IDW PS 261 Tz. 19 f.) und zum Risikomanagementsystem (IDW PS 340, Tz. 4) an. Unter einem internen Kontrollsystem werden danach die von dem Management im Konzern eingeführten Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen verstanden, die gerichtet sind auf die organisatorische Umsetzung der Entscheidungen des Managements

- zur Sicherung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftstätigkeit,
- zur Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der internen und externen Rechnungslegung sowie
- zur Einhaltung der für das Unternehmen maßgeblichen rechtlichen Vorschriften.

Das Risikomanagementsystem beinhaltet die Gesamtheit aller organisatorischen Regelungen und Maßnahmen zur Risikoerkennung und zum Umgang mit den Risiken unternehmerischer Betätigung. Die Vorgehensweise zur Erkennung und Steuerung von Risiken ist den nachfolgenden Erläuterungen zu entnehmen:

Im Einklang mit der langfristig ausgelegten Unternehmensstrategie versucht die Gesellschaft keine unangemessenen Risiken einzugehen. Dennoch ist das Unternehmen im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit unvermeidlich unterschiedlichen Risiken ausgesetzt, die sich aus dem operativen Geschäft selbst, aber auch aus geänderten Umfeldbedingungen ergeben.

Um diese Risiken transparent darzustellen und bewerten zu können, hat die Gesellschaft ein umfassendes Risikomanagementsystem entwickelt. Dabei soll nicht nur die fortlaufende Identifikation und Beobachtung von Risiken sichergestellt werden, sondern auch durch die Bewertung von Eintrittswahrscheinlichkeit und denkbarem Schaden Entscheidungskriterien bereitgestellt werden, welche es ermöglichen, die Bereitschaft zum Eingehen von Risiken transparent darzustellen. Insgesamt verfügt ATOSS aus Sicht des Vorstands über ein sehr umfassendes und einfach nachvollziehbares System, welches die Risikostrategie sinnvoll unterstützt.

Es wurden im abgeschlossenen Jahr zwei umfassende Risikoerhebungen durchgeführt. Die daraus resultierenden Ergebnisse wurden durch das Risikomanagement Komitee zum Risikobericht zusammengefasst und dem Vorstand vorgelegt.

Wesentliche Risikofelder werden insbesondere in den Bereichen konjunkturelles Umfeld, Marktumfeld, Mitarbeiterfluktuation, Datenschutz und Datensicherheit, der System- und Netzwerkinfrastruktur sowie dem Liquiditätsverlust aufgrund von Kursschwankungen des in finanzielle Vermögenswerte investierten Cash gesehen. Die Gesellschaft versucht weiterhin diesen Risiken durch organisatorische und risikoreduzierende Maßnahmen sowie durch das installierte Risikomanagementsystem, das eine zeitnahe Kommunikation der Risiken an den Vorstand sicherstellt, zu begegnen.

Die hohe Eigenkapitalquote sowie die hohen Bestände liquider Mittel bieten Sicherheit in einem konjunkturell herausfordernden Umfeld. Das Marktumfeld wird laufend beobachtet, sich ergebende mögliche Wachstumschancen geprüft, Differenzierungspotentiale gegenüber Wettbewerbern genutzt. Hohe Investitionen in Forschung und Entwicklung ebenso wie die hohe fachliche Qualifikation unserer Mitarbeiter sind Garant für eine hohe Produktqualität. Bei Großprojekten erfolgt eine laufende Kommunikation an die Verwaltung hinsichtlich des jeweiligen Projektfortschrittes. Das Risiko des Ausfalls von Schlüsselpositionen ist grundsätzlich darüber abgedeckt, dass eine Verteilung der Kenntnisse innerhalb der Bereiche vorgenommen wird. Ebenso werden neben organisatorischen Maßnahmen zum Datenschutz und zur Datensicherheit neue Mitarbeiter auf die Einhaltung datenschutzrechtlicher Bestimmungen verpflichtet. Risiken aus System- und Netzwerkausfällen werden insbesondere durch laufende Datensicherungen, Notfallpläne bei Systemausfällen sowie die in 2010/2011 eingerichtete und fortentwickelte Hochverfügbarkeitsplattform begegnet.

Dem durch die veränderte Anlagestrategie ergebenden finanzwirtschaftlichen Risiko begegnet der Konzern durch die Diversifikation und Beschränkungen der Investition in einzelne Anlageformen und Anlagetitel. Darüber hinaus investiert die Gesellschaft ihre frei verfügbaren finanziellen Mittel nicht in spekulative Anlageformen. Frei verfügbare Mittel werden ganz oder teilweise in Festgelder namhafter Banken mit kurzen Laufzeiten, Aktien und physischem Gold angelegt. Die Anlagestrategie des Konzerns ist auf eine langfristige Wert- und Inflationssicherung ausgelegt. Dem finanzwirtschaftlichen Risiko wird durch eine regelmäßige Beobachtung des Finanzmarktes, ein regelmäßiges Reporting über die Entwicklung der finanziellen Vermögenswerte an den Vorstand und an den Aufsichtsrat begegnet. Darüber hinaus überprüft und genehmigt die Unternehmensleitung sämtliche Entscheidungen über Investitionen in finanzielle Vermögenswerte.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen werden kontinuierlich hinsichtlich ihrer Realisierbarkeit bewertet und bei Auffälligkeiten Wertberichtigungen vorgenommen. Nachdem die Gesellschaft über keine Kundenbeziehungen mit einem Umsatzanteil von mehr als 10 Prozent verfügt, hat das Kreditrisiko keinen bestandsgefährdenden Umfang.

Aufgrund der hohen und kurzfristig verfügbaren Zahlungsmittel sowie des positiven operativen Cash Flows besteht für die Gesellschaft kein Liquiditätsrisiko.

Ebenso werden die Risiken aus bestehenden oder neu abzuschließenden Kundenverträgen permanent beobachtet und bewertet.

Im Bereich rechtlicher Risiken oder Änderungen von regulatorischen Anforderungen können sich Beeinträchtigungen des operativen Geschäfts ergeben. Durch die Börsennotierung ergibt sich das Risiko, zunehmenden gesetzlichen Anforderungen nicht mehr in einer wirtschaftlich vertretbaren Weise nachkommen zu können. Weiterhin werden hierfür innerhalb der Organisation formelle Abläufe geschaffen, welche den geänderten Rahmenbedingungen Rechnung tragen sollen.

Schließlich besteht weiterhin die Möglichkeit, dass nicht erkannte und berichtete Risiken eintreten, welche ebenfalls negative Einflüsse auf die Geschäftstätigkeit nehmen könnten. Aus der Konzentration von grundsätzlich voneinander unabhängigen Risiken können sich zusätzliche, sich gegenseitig verstärkende Gefahren für die Gesellschaft entwickeln. Deshalb wird ATOSS sein Umfeld weiterhin kontinuierlich beobachten und die Wirksamkeit der beschlossenen Maßnahmen wie auch das gesamte Risikomanagementsystem überprüfen. Trotz ständiger Anpassungen des Risikomanagementsystems lassen sich die dargestellten Risiken hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und ihrer betragsmäßigen Auswirkungen jedoch nicht vollständig quantifizieren.

Die wesentlichen Merkmale des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess können bei der ATOSS Software AG wie folgt beschrieben werden:

- Der Konzern zeichnet sich durch eine klare Führungs-, Unternehmens- und Kontrollstruktur aus.
- Die Funktionen der am Rechnungslegungsprozess wesentlich beteiligten Bereiche Finanzbuchhaltung, Auftragsabwicklung und Controlling sind klar getrennt und die Verantwortungsbereiche eindeutig zugeordnet.
- Zur Analyse und Steuerung ertragsrelevanter Risikofaktoren wurde das zuvor beschriebene Risikomanagementsystem integriert sowie ein abgestimmtes Planungs- und Controllingsystem eingerichtet.
- Um die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage laufend zu überwachen wird monatlich ein Review an das Management und den Aufsichtsrat versendet.
- Eine einheitliche Rechnungslegung wird durch konzernweite einheitliche Richtlinien gewährleistet, die bei Bedarf angepasst werden.
- Die Funktionen und Verantwortlichkeiten in sämtlichen Bereichen des Rechnungslegungsprozesses sind eindeutig zugeordnet.
- Die am Rechnungslegungsprozess beteiligten Abteilungen entsprechen den quantitativen und qualitativen Anforderungen.
- Die im Rahmen der Rechnungslegung eingesetzten EDV-Systeme sind durch Sicherheitseinrichtungen gegen unbefugten Zugriff geschützt.
- Die eingesetzten Finanzsysteme basieren auf einer Standardsoftware.
- In den wöchentlich stattfindenden Finanzmeetings werden wesentliche rechnungslegungsrelevante Sachverhalte angesprochen und geklärt.
- Wesentliche rechnungslegungsbezogene Prozesse unterliegen regelmäßigen Prüfungen. Das Risikomanagementsystem wird bei Bedarf an aktuelle Entwicklungen angepasst.
- Bei wesentlichen rechnungslegungsrelevanten Prozessen wird durchgängig das Vier-Augen-Prinzip angewendet.
- Der Aufsichtsrat befasst sich mit wesentlichen Fragen der Rechnungslegung, des Risikomanagements, des Prüfungsauftrags und seinen Schwerpunkten.

- Der Vorstand trägt die Gesamtverantwortung für das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess in der Gesellschaft. Über eine fest definierte Führungs- und Berichtsorganisation sind alle in den Abschluss einbezogenen Gesellschaften und Bereiche eingebunden.

Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem, bezogen auf den Rechnungslegungsprozess, dessen wesentlichen Merkmale zuvor beschrieben worden sind, stellt sicher, dass unternehmerische Sachverhalte bilanziell richtig erfasst, aufbereitet und gewürdigt sowie korrekt in die externe Rechnungslegung übernommen werden. Zudem wird dadurch gewährleistet, dass potenzielle Risiken frühzeitig erkannt sowie gegebenenfalls entsprechende Gegenmaßnahmen rechtzeitig eingeleitet werden.

Die klare Führungs- und Unternehmensstruktur sowie die geeignete personelle und materielle Ausstattung des Rechnungswesens stellen die Grundlage für einen ordnungsgemäßen, einheitlichen und nachhaltigen Rechnungslegungsprozess dar. Die klare Abgrenzung der Verantwortungsbereiche sowie verschiedene Kontroll- und Überprüfungsmechanismen gewährleisten eine fehlerfreie und kohärente Rechnungslegung.

Durch das interne Kontroll- und Risikosystem wird bei dem Konzern sichergestellt, dass die Rechnungslegung im Einklang mit den rechtlichen und gesetzlichen Vorgaben sowie den internen Leitlinien steht und Risiken rechtzeitig erkannt, bewertet, kommuniziert und gegebenenfalls Gegenmaßnahmen ergriffen werden.

7. Ausschüttung

Wie im Vorjahr legen Vorstand und Aufsichtsrat bei ihrem Dividendenvorschlag die langfristige Dividendenpolitik des Unternehmens zugrunde, nach der 30 Prozent bis 50 Prozent des im Geschäftsjahr erwirtschafteten Konzerngewinns je Aktie ausgeschüttet werden. Aus diesem Grund hat sich der Vorstand entschlossen, der Hauptversammlung für das Geschäftsjahr 2011 eine Dividende in Höhe von 0,71 EUR je dividendenberechtigter Aktie vorzuschlagen.

8. Prognosebericht: Künftige Wirtschafts- und Branchensituation, künftige Unternehmenssituation

Die Aussichten für die Weltwirtschaft haben sich im Sommer 2011 deutlich verschlechtert. In Europa besteht die Gefahr, dass sich die Staatsschuldenkrise zu einer Bankenkrise ausweitet. Dies belastet zunehmend auch die deutsche Konjunktur. Gemäß der Einschätzung führender Wirtschaftsforschungsinstitute kann die stark erhöhte Unsicherheit die inländische Nachfrage dämpfen und der Außenhandel dürfte aufgrund der schwierigen Lage wichtiger Handelspartner nicht mehr zur Expansion beitragen. Aufgrund dieser Unsicherheiten wird in der durch die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute erstellten Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2011 für 2012 ein Wirtschaftswachstum von 0,8 Prozent prognostiziert. Die Arbeitslosenquote dürfte nur leicht von 7,0 Prozent auf 6,7 Prozent im Jahr 2012 zurückgehen. Die Inflationsrate von voraussichtlich 2,3 Prozent im Jahr 2011 und 1,8 Prozent im Jahr 2012 wird mehr und mehr vom inländischen Preisauftrieb bestimmt.

Das ifo-Institut prognostiziert in seiner Konjunkturprognose für 2012 ebenso einen Abschwung der deutschen Wirtschaft. Maßgeblich hierfür sind die sich abschwächende Weltwirtschaft und die europäische Schuldenkrise. Durch das ifo-Institut wird für 2012 ein Wirtschaftswachstum von 0,4 Prozent vorhergesagt.

Im Gegensatz zu dem gegenüber 2011 rückläufigen Wirtschaftswachstum wird durch den Branchenverband BITKOM für 2012 ein Wachstum für die IT-Branche von 4,5 Prozent sowie für den Software-Bereich ein Wachstum von 5,2 Prozent prognostiziert. Der deutsche ITK-Markt soll in 2012 erstmals ein Marktvolumen von über 150 Mrd. Euro nach 148 Mrd. EUR in 2011 überschreiten. Besonders stark soll sich hierbei der Umsatz mit Software entwickeln und in 2012 auf über 5 Prozent auf dann 17 Mrd. Euro ansteigen.

Die ITK Anbieter blicken demnach optimistisch in das Jahr 2012. 69 Prozent der befragten Unternehmen rechnen 2012 mit steigenden Umsatzerlösen, 20 Prozent erwarten stabile Erlöse und lediglich 11 Prozent rechnen mit einem Rückgang. Spitzenreiter sind Anbieter von Software. In diesen Segmenten rechnen fast 80 Prozent mit steigenden Umsatzerlösen.

Die Gesellschaft ist aufgrund hoher Differenzierung auf Ebene von Produkt und Technologie, finanzieller Stabilität und Nachhaltigkeit sowie erstklassiger Referenzen in allen relevanten Märkten gut positioniert, um sich bietende Chancen zu ergreifen und in geschäftlichen Erfolg umzusetzen. Zudem sieht die Gesellschaft gerade in dem von ihr adressierten Feld von Lösungen zum effizienteren Workforce Management starkes Potential zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit ihrer Zielkunden und damit nachhaltige Absatzchancen.

Die Gesellschaft geht daher für 2012 von einer moderat ansteigenden Umsatzentwicklung aus. Zugleich beabsichtigt ATOSS im Geschäftsjahr 2012 weitere Investitionen mit Schwerpunkt in den Vertrieb vorzunehmen, um so neues Wachstumspotenzial im Bereich Workforce Management zu erschließen. Auch unter Berücksichtigung dieser Investitionen erwartet der Vorstand für 2012 eine EBIT-Marge von über 20 Prozent.

Mittelfristig erwartet die Gesellschaft eine Fortsetzung dieser Umsatz- und Margenentwicklung.

Der Vorstand versichert nach bestem Wissen, dass der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und der Lage der Gesellschaft in diesem Lagebericht so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, und dass die wesentlichen Chancen und Risiken beschrieben sind.

München, den 27.01.2012

Andreas F.J. Obereder

Christof Leiber